



WHO CARES?!

Wege aus der Sorge-Krise





Gefördert durch die

GlücksSpirale

Inhalt

Schwerpunkt

- 4** Von der Sorge-Krise zur Sorge-Gerechtigkeit
- 8** Alte Denkmuster überwinden – Interview mit Dr. Klaus Schulenburg
- 10** Wir müssen lauter werden! Ein Gespräch mit Praktikerinnen darüber, wie vor Ort Gemeinschaft gestaltet werden kann
- 16** Die Care-Krise – Hintergründe, Strukturmerkmale und Wege aus dem aktuellen Dilemma
- 23** Erkenntnisse zur Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit
- 27** Geteilte Elternzeit, geteilte Freude, geteilte Sorge
- 28** Kindertagesbetreuung
- 31** Flexible und ergänzende Kinderbetreuungsangebote erhöhen Erwerbschancen von Alleinerziehenden
- 32** Gute Arbeitsbedingungen und hohe Zufriedenheit bei den Beschäftigten in den PariKitas
- 34** Pflegen und betreuen – ein gesellschaftliches Thema?
- 37** Alzheimer Gesellschaft München – Interview mit Angehörigen von jungen Demenzerkrankten
- 40** Familienpflegezeit
- 42** Arbeitgeber gestalten Arbeitsbedingungen – Arbeitersamarterbund in Coburg
- 43** Umsetzung eines mitarbeiterorientierten Personalkonzeptes im Senioren- und Pflegeheim Ludwig Feuerbach
- 44** Wohnen für Hilfe
- 46** Krankheit und Pflege in Familien mit türkischen Wurzeln

Sozialpolitik

- 50 Freiwilligendienste**
Ein Plädoyer für die Freiwilligendienste
- 51 Inklusion**
Der Paritätische in Unterfranken und Chapeau Claque e.V. werden mit Preis für Inklusion 2018 der Luise-Kiesselbach-Stiftung ausgezeichnet
- 53 Migration**
Sprachbarrieren verhindern Teilhabe
- 55 Psychiatrie**
Die „Stigmatisierung“ bleibt!

Aus dem Landesverband

- 57** Der Paritätische in Bayern strukturiert die Aufgabenzuschnitte im Referat Teilhabe von Menschen mit Behinderungen um.
- 58** Luise Kiesselbach Preis 2019
- 59** Workshop zu Agilität
- 60** Der Paritätische im Diskurs: Zusammen gestalten wir Zukunft
- 62** Digitalisierungsprojekte beim „Forum Ehrenamt“

Regionales

- 64 Mittelfranken**
Neues aus dem Projekt „Fit für Inklusion“
- 66** Förderberatungstag Kommune Inklusiv Erlangen
- 67** „Gemeinsam handeln“
- 69 Niederbayern | Oberpfalz**
Politische Gespräche mit Bezirksrät/-innen
- 69** Freie und öffentliche Wohlfahrtspflege im Regierungsbezirk Oberpfalz
- 70** Workshop „Gruppeninventur: Selbsthilfe zukunftsfähig gestalten“
- 71 Oberbayern**
Projekt „Brücken bauen“
- 72** Über die unermüdliche Motivation der Ehrenamtlichen, Geflüchtete zu unterstützen
- 74 Oberfranken**
Selbsthilfe braucht weitergehende Unterstützung
- 74** Im Gespräch mit Pflegefachkräften
- 75 Schwaben**
Oberallgäu Forum zum Thema Pflegenotstand
- 75** Fritz-Felsenstein-Haus unterstützt Einrichtung in der Ukraine
- 76 Unterfranken**
Diskussionsveranstaltung zur Kampagne „Mensch, Du hast recht!“
- 77** 50 Jahre Paritätischer in Schweinfurt
- 77** Der Paritätische auf dem Würzburger Stadtfest

Service

- 78** Fördermittel | Zuschüsse

79 Neue Mitglieder

81 Mitgliedschaft

82 Kontakt

Liebe Leserinnen und Leser,



Erziehung, Pflege, Hausarbeit, Unterstützung und Engagement für andere – all das gehört zur Care-Arbeit. Diese Sorge-Tätigkeiten – privat wie beruflich erbracht – sind anspruchsvoll und gesellschaftlich unverzichtbar.

Heute ist die Sorge-Arbeit in vielen Lebensbereichen nicht mehr sichergestellt. Die Krise zeigt sich in fehlenden Fachkräften, in der enormen Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen und Diensten, und in den Familien, die Erwerbs- und Sorge-Arbeit in Einklang bringen müssen, was nicht selten zu privater Überforderung führt.

An manchen relevanten Stellschrauben wird seit einiger Zeit politisch gedreht, umfassende Lösungen sind nicht in Sicht. Eine differenzierte Analyse der Krise und ein gesellschaftlicher Konsens sind notwendig, die in wirkungsvollen Maßnahmen münden. Dabei müssen die gesellschaftliche Aufwertung von sogenannten reproduktiven Tätigkeiten, die Organisation von Erwerbstätigkeit, Chancengleichheit von Frauen und Männern und die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme zusammengedacht werden.

Nach wie vor wird Frauen die primäre Zuständigkeit für Sorgearbeiten und Haushalt zugewiesen. Folge davon sind beispielsweise die hohe Teilzeitquote von Frauen und ungleiche Chancen am Arbeitsmarkt – mit den bekannten negativen Effekten für die wirtschaftliche Absicherung von Frauen auch im Alter.

Die Care-Krise ist aber mitnichten ein Frauenthema. Sie betrifft Frauen und Männer gleichermaßen. Es stellt sich die Frage, wie wir leben wollen? Und welchen Wert die reproduktiven Tätigkeiten – also die Sorge für andere und das Engagement für andere im Gemeinwesen – in unserer Gesellschaft haben und welchen Raum und welche Absicherung wir für sie als Gesellschaft vorsehen? Denn eines steht fest: Wir alle sind auf Sorge und Fürsorge durch andere angewiesen, mal mehr, mal weniger im Laufe unseres Lebens. Unsere Gesellschaft und die Wirtschaft können ohne Sorge-Arbeit nicht existieren. Und obwohl das so ist, erfahren diese Tätigkeiten nicht die Wertschätzung, die sie verdienen.

Die Frage um die Wertigkeit von Sorge-Arbeit betrifft uns als Wohlfahrtsverband im Kern. Unsere Aufgabe ist es, gute Rahmenbedingungen einzufordern, Lösungen aufzuzeigen und vor allem Sorge-Arbeit sichtbar zu machen. Deshalb widmen wir uns im vorliegenden Themenheft der Sorge-Krise.

In das komplexe Thema führt Prof. Dr. Barbara Thiessen ein, Mitinitiatorin des Care-Manifests. Sie zeigt auf, wie eine Politisierung von Sorge-Arbeit gelingen kann.

Im Themenheft geht es u.a. um die Fragen,

- worin liegen die Ursachen der Sorge-Krise?
- wie können Sorge-Arbeit und Sorge-Berufe aufgewertet werden?
- welche Rahmenbedingungen sind notwendig, um die Versorgung in allen Bereichen sicherzustellen?

Zu Wort kommen dabei neben Dr. Klaus Schulenburg vom Bayerischen Landkreistag und Dr. Uta Meier-Gräwe – Sachverständige für den ersten und zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung – vor allem Praktikerinnen und Praktiker aus Paritätischen Mitgliedsorganisationen. Sie zeigen auf, wie vor Ort Sorge und Gemeinschaft organisiert werden können, und auch was Arbeitgeber tun können, um die Arbeitsbedingungen in den Sorge-Berufen zu verbessern. Darüber hinaus veranschaulichen mehrere „Sorgende“ das komplexe Thema aus ihrer persönlichen Erfahrung.

In all den Beiträgen wird erkennbar: Es braucht deutlich mehr als politische Sonntagsreden. Was wir brauchen, sind konkrete Maßnahmen, die rasch auf den Weg gebracht werden, aber ebenso langfristige Konzepte, die an den komplexen Ursachen ansetzen.

Sorge-Arbeit sicherzustellen, ist eine gesellschaftliche Aufgabe – keine Privatsache!

Uta
Meier-Gräwe

Schwerpunkt



WHO CARES?!

Wege aus der Sorge-Krise



Von der Sorge-Krise zur Sorge-Gerechtigkeit

„Wir wenden uns mit diesem Manifest an die Öffentlichkeit, weil wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, der über wechselseitige Sorge (Care) gewährleistet wird, gefährdet sehen. Care in allen Facetten ist in einer umfassenden Krise. Hierzu gehören unverzichtbare Tätigkeiten wie Fürsorge, Erziehung, Pflege und Unterstützung, bezahlt und unbezahlt, in Einrichtungen und in privaten Lebenszusammenhängen, bezogen auf Gesundheit, Erziehung, Betreuung u.v.m. – kurz: die Sorge für andere, für das Gemeinwohl und als Basis die Sorge für sich selbst, Tag für Tag und in den Wechselfällen des Lebens. (...) Care (ist) keine Privatangelegenheit, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Auch wenn derzeit einzelne Themen öffentlich verhandelt werden (Kita-Ausbau, Pflegenotstand, Burnout etc.), sind grundsätzliche Lösungen nicht in Sicht. Das Ausmaß der Krise zeigt sich erst, wenn alle Care-Bereiche zusammen gedacht werden.“ Ende Oktober 2013 wurde der vollständige Text des sog. Care-Manifests, das mit dieser Diagnose beginnt, unter www.care-macht-mehr.com ins Netz gestellt.

Die Sorge-Krise: Wer kümmert sich ums, 'Kümmern'?

Die Initiator*innen sind Wissenschaftler*innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz und kommen aus Disziplinen wie Gender Studies, Gerontologie, Politikwissenschaften, Ökonomie, Soziologie und Wissenschaft Soziale Arbeit. Wir alle forschen seit vielen Jahren zu unterschiedlichsten Aspekten der Sorge-Arbeit: von der Kindertagesbetreuung bis zu Männern in der Angehörigenpflege, von prekärer Beschäftigung in Privathaushalten bis zur Krankenpflege im europäischen Vergleich. In Fachkreisen wird dazu eifrig diskutiert, aber mit den Einzelerkenntnissen konnte gesellschaftlich wenig erreicht werden. Das Problem ist: Das zentrale Ergebnis der Analysen – die systemische Qualität der gegenwärtigen Care-

Krise – wird in der Öffentlichkeit bisher nicht wahrgenommen. Man weiß zwar, dass es zu wenig Kita- und Krippenplätze gibt, kennt den Personalnotstand in den Krankenhäusern oder hat mangelhafte Zustände in den Alten- und Pflegeheimen vielleicht sogar aus eigener Erfahrung erlebt. Vielleicht hat man auch mal einen Zeitungsartikel über ausgebrannte pflegende Angehörige gelesen oder eine Fernsehsendung über die Kinder migrierender Eltern oder über die Missstände in den Kliniken in Osteuropa gesehen. Aber außerhalb von Fachtagungen wird kaum thematisiert, dass und wie solche Punkte miteinander zusammenhängen. Wer sieht schon die Verknüpfungen in einem Gesamtsystem Care, das gut oder schlecht (oder auch nur an welchen Stellen mal besser mal gar nicht) funktioniert? Welcher Begriff ist überhaupt angemessen?

Über ‚Care‘ wird in der skandinavischen und angloamerikanischen Forschung, insbesondere in den Gender Studies, schon seit über vierzig Jahren gearbeitet. Übereinstimmend wird Care als von allen Beteiligten gemeinsam gestaltete soziale Praxis verstanden, die jedoch von ganz spezifischen Machtdifferenzen durchzogen ist. Daher sind Fragen von Gerechtigkeit und Partizipation schon immer in die genderkritische Care-Forschung einbezogen worden. Der englischsprachige Begriff stößt im deutschsprachigen Raum häufig auf Irritation und Ablehnung. Der deutsche Begriff ‚Fürsorge‘ transportiert dagegen die historisch nicht unproblematische Geschichte von staatlicher und wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge im 19. und 20. Jahrhundert, die auch mit repressiven Praxen einherging. Mittlerweile hat sich daher der Begriff ‚Sorge‘ oder ‚Sorge-Arbeit‘ in wissenschaftlichen und fachpolitischen Debatten durchgesetzt. Ich verwende ‚Sorge‘ und ‚Care‘ synonym.

Die halbe Modernisierung von Geschlechterverhältnissen

Seit Jahrzehnten wird in zahlreichen Studien differenziert darauf verwiesen, dass Care, so wie sie derzeit organisiert und strukturiert ist, grundlegend bedroht ist. Unsere Gesellschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel, der auf das Engste verbunden ist mit dem generellen und in Deutschland besonders markanten sozialen Wandel von der Industriegesellschaft hin zur globalisierten und beschleunigten Dienstleistungs- und Wissensökonomie. Dieser Wandel berührt auch und wesentlich die Organisation von Care. Neue Erwerbsarbeitsmuster, pluralisierte Familienformen, veränderte Leitbilder von Mutter- und Vaterschaft, gewandelte verwandtschaftliche Versorgungsnetze sowie die Professionalisierung von bislang eher privat organisierten Tätigkeiten und Leistungen wie Kinderbetreuung und Kranken- oder Altenpflege bedingen eine Neuformierung von Care.

Prof. Dr. Barbara Thiessen

Die diplomierte Sozialpädagogin und Supervisorin ist Professorin für Gendersensible Soziale Arbeit an der Hochschule Landshut. Sie leitet das Institut Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung (IKON) und ist Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Genderdynamiken in intersektionaler Perspektive, Gender und Care im Kontext sozialer Ungleichheitslagen und Migration, Familie und Familienpolitik im sozialen Wandel sowie Professionalisierung in personenbezogenen Dienstleistungen. Kontakt: barbara.thiessen@haw-landshut.de



Die Sorge für Andere wird für die Betroffenen oft zur Zerreißprobe.

Erwerbsarbeit – auf der einen Seite – findet zunehmend zeitlich und räumlich entgrenzt statt. Räumliche Mobilität, Intensivierung und überlange Arbeitszeiten nehmen zu. Lebenslanges Lernen bietet neue Chancen und Zumutungen. Hinzu kommt, dass veränderte Erwerbsarbeit mit ihren höheren Ansprüchen an Flexibilität, Mobilität und Arbeitsverdichtung immer weiter Zeiten von Familienleben, Erholung, Beziehungsgestaltung und Ehrenamt okkupiert und fragmentiert. Die Organisation von Care-Aufgaben – auf der anderen Seite – spiegelt jedoch noch ihre historische Entstehung im 19. Jahrhundert. Care wurde Frauen zugewiesen, abgewertet als ihre scheinbar natürliche Aufgabe, unsichtbar gemacht im privaten Raum der Familie oder unterfinanziert und semi-professionalisiert im sozialen Bereich organisiert. Aber inzwischen haben zahlreiche Veränderungen stattgefunden, erkennbar beispielsweise an der Zunahme von Frauen- und Müttererwerbstätigkeit in Westdeutschland, gestiegenen Bildungsansprüchen, veränderten Ansprüchen an Beziehungsqualitäten, einer höheren Lebenserwartung, der steigenden Komplexität in der Gesundheitsversorgung, neuen Pflegeanforderungen und -bedarfen.

Die Entkopplung weiblicher Lebensläufe von Care-Arbeit stellt eine historische Befreiung dar. Das heißt aber auch: Care bzw. die Sorge um Andere macht sich nicht (mehr), von allein, d.h. nicht mehr als weiblicher ‚Liebes-Dienst‘, der im unsichtbaren Privaten der Familie vorausgesetzt werden kann. Durch die erhöhte Frauen- und Müttererwerbsarbeit sind Care-Aufgaben in Familien neu zu verteilen: Erziehung von Kindern, Versorgung von Kranken und Pflegebedürftigen, Alltagsmanagement und Reinigung. Und hier beginnt ein wesentliches Problem: Weder die aktuelle Organisation noch die Qualität von Care passen zu den

veränderten gesellschaftlichen oder individuellen Bedingungen und Ansprüchen. Die Sorge für andere wird für die Betroffenen oft zur Zerreißprobe, und die hieraus entstehenden Folgen und Dilemmata sind individuell kaum mehr lösbar.

Wir befinden uns daher mitten in einer umfassenden Sorge-Krise, die von der aktuellen neoliberalen Politik verschärft wird. Jeder/jede soll zunehmend allein die eigene Absicherung bewerkstelligen, auf sich selbst gestellt und je nach eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Zeit-Räume für Care werden zum Risiko im Lebenslauf.

Was noch kaum thematisiert wird, sind neue Phänomene der Vermarktlichung von Care. Konzerne übernehmen Kliniken und Pflegeeinrichtungen, Rendite soll erwirtschaftet werden. Care wird in neuer Weise ökonomisiert und zum Markt, inklusive rationeller Organisation, Dokumentation und QM-Rhetorik sowie zunehmend dem Einsatz von Pflegerobotik. Auch im privaten Haushalt hat fast unbemerkt eine Vermarktlichung stattgefunden: Aus den individuellen Notlagen der täglichen Vereinbarkeitsdilemmata ist ein Markt in ca. 4,5 Millio-



Die Initiative Care.Macht.Mehr hat am 1. Mai den Tag der unsichtbaren Arbeit ausgerufen.
Fotos: Prof. Dr. Barbara Thiessen

nen Haushalten in Deutschland entstanden für zumeist irreguläre Arbeitsverhältnisse. Die Indienstnahme von Kindermädchen, Putzfrauen und Pflegerinnen ist eine immer selbstverständlichere Form der Entlastung von Care-Aufgaben in Familien der Mittelschichten. Weil die aus Polen, Ungarn, den Philippinen oder Rumänien stammenden care worker in ihren Familien wiederum andere Migrantinnen aus noch ärmeren Ländern oder auch Verwandte beschäftigen – hat sich eine global umspannende ‚care-chain‘ entwickelt. Diese geht einher mit einem care-drain in den Herkunftsländern sowie Prekarisierung und Dequalifizierung der hier im Privaten Beschäftigten.

Politisierung von Sorge-Arbeit

Wenn wir alle Befunde über Sorge-Arbeit aus den Bereichen Erziehung, Versorgung, Pflege Betreuung nebeneinanderlegen, stellt sich die Frage: Wie wollen wir, wie können wir künftig gut für einander sorgen? Die Suche nach Antworten kann nicht in einer akademischen Nische stattfinden. Daher wollten wir unsere Forschungsergebnisse in neuer Form in die Öffentlichkeit bringen. Daraus ist die länderübergreifende Initiative „Care.Macht.Mehr“ entstanden mit dem Ziel, die Care-Krise als drängendes gesellschaftliches Problem in absehbarer Zeit allgemein bekannt zu machen und zu grundlegenden Veränderungen aufzurufen. Das ist ambitioniert, aber nicht unmöglich: Anfang der 1970er Jahre sprach man nur in Fachkreisen von der ‚Frauenfrage‘ oder vom ‚Klimawandel‘. Heute haben nahezu alle davon gehört und die Öffentlichkeit kennt die Komplexität und Dringlichkeit dieser Inhalte. Für das Thema Care sind wir derzeit noch am Anfang eines vergleichbaren Weges.

Was ist seit 2013 passiert? Unser Manifest haben wir an die Bundesregierung, alle einschlägigen Ministerien, an Parteien und Wohlfahrtsverbände, an Gewerkschaften und Initiativen geschickt – mit zunächst verhaltenem Erfolg. Zwar haben viele tausend Menschen und Verbände unser Manifest gezeichnet, aber die politikgestaltenden Stellen konnten damit nicht viel anfangen. Denn die Zuständigkeiten sind in unterschiedliche Ressorts aufgeteilt, niemand ist für den

Das Unsichtbare sichtbar machen



Sorge-Arbeit auf die Straße tragen

Gesamtzusammenhang zuständig. Unterdessen wird die Frage nach Sorge-Gerechtigkeit in der Öffentlichkeit, in Medien und Zivilgesellschaft immer lauter formuliert.

Beachtenswert ist die Bewegung „Care Revolution“, die 2014 mit einer Konferenz in Berlin begann, an der 500 Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters teilgenommen haben. Von Selbsthilfegruppen aus der „Krüppelbewegung“ über illegalisierte Care Worker aus privaten Haushalten bis zu Vertreter*innen aus Pflege- und Erziehungsberufen, aus Hauswirtschaft und Lieferservice wurden die unterschiedlichen Auswirkungen von Krisenphänomenen im Bereich der Care-Arbeit diskutiert. Seitdem gibt es regionale Vernetzungen in ganz Deutschland, die lokale Aktionen vorantreiben (<https://care-revolution.org/>).

„Das Unsichtbare sichtbar machen: Care auf die Straße tragen“ ist ebenfalls ein Anliegen, das seit 2014 mit der Umdeutung des 1. Mai-Feiertages in „Tag der unsichtbaren Arbeit“ Menschen in etlichen Städten in Deutschland dazu veranlasst hat, öffentliche Denkmäler mit Utensilien der Haus- und Familienarbeit zu versehen, um auf unsichtbare Reproduktionsarbeit und deren ungerechte Verteilung aufmerksam zu machen. Frauenverbände ebenso wie überregionale Arbeitsgemeinschaften von Gleichstellungsbeauftragten nehmen das Thema Care-Krise auf ihre Agenda. Auch in Talkshows, in Parlamenten und Feuille-

tons wird über Familien und Lebensformen, über Kinderbetreuung und Altenpflege gerungen, gestritten und polemisiert. Ein Altenpflegeschüler konfrontiert die Bundeskanzlerin in einer TV-Wahlveranstaltung mit Menschenrechtsverletzungen durch den Fachkräftemangel in Kranken- und Altenpflege.

All diese Ereignisse haben dazu geführt, dass über ‚Sorge‘ mittlerweile breit diskutiert wird und die Zusammenhänge sichtbar werden. Bemerkenswert ist auch, dass sich zu diesem Thema ganz unterschiedliche Akteure zusammenfinden. Neben Menschen aus der Wissenschaft, aus Fachverbänden und Politik sind soziale und politische Initiativen maßgeblich im Care-Diskurs. Es finden sich ebenso politisch eher linke wie traditionell-konservative Positionen zusammen und stimmen nicht selten in ihren Analysen überein.

Geschlechtergerechtigkeit und sozialverträgliche Sorge-Arbeit zusammendenken

So langsam dämmert es uns, dass gute Care-Strukturen für uns alle die Grundlage eines guten Lebens sind. Wir brauchen eine neue gesellschaftliche Kultur, in der die Sorge für sich und andere einen eigenständigen Stellenwert bekommt, unabhängig davon, ob eigene Kinder oder Eltern zu versorgen sind. Wir brauchen neue Wege der Bereitstellung, Anerkennung, Aufwertung und Bezahlung wie

auch der gesellschaftlichen Organisation von Sorge-Arbeit auf lokaler, nationaler und transnationaler Ebene und jenseits geschlechtlicher Zuweisungen.

Beachtenswert ist ein Vorschlag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf), das „Recht für andere zu sorgen und umsorgt zu werden“ als Ergänzung im Sozialgesetzbuch I, § 1 aufzunehmen. Dann müsste private und beruflich erbrachte Sorge-Arbeit bei Tarif- oder Pflegesatzverhandlungen, bei der Konzeption kommunaler Daseinsvorsorge und Ausgestaltung bundesweiter Rahmenbedingungen systematisch und angemessen einbezogen werden. Ebenso könnte dann eine Vermarktlichung von Care ohne Rücksicht auf Beschäftigte und Qualität zurückgewiesen werden. Weil wir alle in unterschiedlichem Ausmaß und biografisch differenziert mal mehr mal weniger auf Fürsorge angewiesen sind, betrifft die Gestaltung von Sorge-Arbeit – privat wie beruflich – uns alle. Care ist weder ausschließlich ‚Liebe‘ noch ausschließlich ‚Kostenfaktor‘ oder ‚Rendite‘. Bei der Gestaltung von Care spielen Wohlfahrtsverbände eine wichtige Rolle. Als sozial- und gesellschaftspolitische Akteure haben sie die Aufgabe, Lebensbedingungen sozial und geschlechtergerecht mitzugestalten.

Prof. Dr. Barbara Thiessen ■

Alte Denkmuster überwinden

Mut für eine kluge Ordnungspolitik

Interview mit Dr. Klaus Schulenburg

Dr. Klaus Schulenburg ist Direktor beim Bayerischen Landkreistag und u.a. zuständig für Sozialplanung, die Auswirkungen des demographischen Wandels, Pflege, Seniorenpolitik, Krankenhausplanung und Bürgerschaftliches Engagement. Der Bayerische Landkreistag wird von den 71 Bayerischen Landkreisen getragen. Auch und besonders der ländliche Raum steht vor der gewaltigen Aufgabe, die soziale Versorgung seiner Bevölkerung vor Ort zu sichern.

Der Paritätische: Erziehung, Pflege, Hausarbeit, Unterstützung und Engagement für andere – all das ist – Care-Arbeit. Heute ist sie beruflich wie privat in unterschiedlichen Lebensbereichen nicht mehr sichergestellt. Wir befinden uns mitten in einer Care-Krise. Wo und wie zeigt sich diese Krise in den Landkreisen? Was sind aus der Sicht des Landkreistages die größten Herausforderungen?

Dr. Klaus Schulenburg: Die Care-Krise zeigt sich besonders im Fachkräftemangel. In vielen Sozial- und Gesundheitsberufen haben wir Nachwuchs- und Rekrutierungsprobleme in einem Ausmaß, dass in manchen Regionen etwa Altenpflegebetten nicht belegt werden können oder Krankenhäuser bestimmte Leistungen nicht anbieten können. Auch der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung stößt in Zuzugsregionen mit steigenden Geburtenzahlen aufgrund der Knappheit an Erzieherinnen an seine Grenzen. Die regionale Betroffenheit ist dabei nach meiner Wahrnehmung ganz unterschiedlich und weist aktuell noch kein Muster auf. Die größten Herausforderungen bestehen für den ländlichen Raum sicherlich darin, dass zum Wettbewerb der Sozial- und Gesundheitsberufe gegenüber anderen Berufsfeldern noch der Standortwettbewerb gegenüber den Ballungsregionen kommt.

Der Paritätische: Was sind aus Ihrer Sicht die zentralen Ursachen für die aktuelle Situation, die sich in den nächsten Jahren absehbar weiter zuspitzen wird?

Dr. Klaus Schulenburg: Die Ursachen für die aktuelle Situation sind vielfältig. Viele Tätigkeiten im Care-Bereich leiden darunter, dass der eigentliche Wesenskern der Arbeit – sich um andere Menschen kümmern – überlagert oder sogar verdrängt wird durch notwendige, aber immer aufwändiger und umfangreicher werdende Hilfstätigkeiten wie Dokumentation, Koordination und Organisation. Hinzu kommt, dass im Care-Bereich viele Tätigkeiten im internationalen Vergleich weniger anspruchsvoll sind und weniger Weiterentwicklungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen bestehen. Auch die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung vieler Care-Berufe leidet. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Bezahlung trotz eines vergleichsweise hohen Tarifriveneaus als nicht belastungsgerecht angesehen wird. Daraus hat sich ein für die Branche nicht ungefährlicher Teufelskreislauf der Argumentation entwickelt.

Der Paritätische: Wo sehen Sie die entscheidenden Hebel, um die Care-Krise zu lösen. Welche Stellschrauben hat dabei der Landkreistag? Wen braucht es zur Umsetzung? Wo sehen Sie die Rolle der Wohlfahrtsverbände?

Dr. Klaus Schulenburg: Der entscheidende Hebel ist leider ein vergleichsweise utopischer. Er besteht in der Herbeiführung eines neuen gesamtgesellschaftlichen Konsenses, dass der Care-Bereich strukturell und finanziell besser ausgestattet werden muss. Das gilt für Pflege



Dr. Klaus Schulenburg

und Teilhabe ebenso wie für Bildung und Erziehung sowie das Gesundheitswesen. Wenn wir nicht endlich von der Doktrin abkommen, dass Care nichts kosten darf – weil das früher ja von der Familie geleistet werden konnte – werden wir die Herausforderungen aus demographischer Entwicklung und gesellschaftlichem Wandel nicht meistern. Die Möglichkeiten des Landkreistages, diese übergeordnete Diskussion zu beeinflussen, muss man allerdings realistisch sehen. Als Leistungserbringer sind wir ebenfalls dem Kostendiktat der Politik unterworfen. Als Kostenträger sind wir an die geltenden Gesetze und das Haushaltsrecht gebunden. Für eine echte Trendwende müssten lang gehegte Rollenmuster und Denkweisen überwunden werden. Dazu gehören überzogene fachliche Standards und Anspruchshaltungen ebenso wie eine unreflektierte Sparwut. Die richtige Mitte zu finden, ist allerdings in einer von Gutachten und Haftungsfragen geprägten Zeit schwierig. Die Rolle der Wohlfahrtsverbände sehe ich gerade in dem Versuch des Ausgleichs zwischen Fachlichkeit und Wirtschaftlichkeit, um Care bedarfsorientiert für alle auf möglichst hohem Niveau dauerhaft finanzierbar zu halten.

Der Paritätische: Wie kann die Versorgung vor Ort sichergestellt werden? Welche Rahmenbedingungen brauchen die Kommunen? Was sind die größten Hindernisse?

Dr. Klaus Schulenburg: Das Geheimnis dürfte in der Vorhaltung eines bedarfsgerechten und flexiblen Leistungsangebots liegen, das von niedrigschwelligen, ehrenamtlich organisier-

ten Betreuungs- und Unterstützungsleistungen bis hin zu hochspezialisierten Diensten und Einrichtungen reicht. Entscheidend wäre dabei, dass sich Betroffene und Angehörige, ehrenamtlich Tätige und Professionelle sowie Kostenträger auf gemeinsamer Augenhöhe bewegen. Ob dafür der Begriff der Caring Community bzw. der sorgenden Gemeinschaft der treffende ist, weiß ich nicht. Er nimmt aber immerhin in den Blick, dass Care eine gesellschaftliche Verantwortung für alle darstellt. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre es so dringend notwendig, in den Sozialleistungsgesetzen nicht immer engere Vorgaben zu machen, sondern wieder mehr Spielräume für eigenverantwortliche Entscheidungen vor Ort zu geben. Zur Flexibilisierung des Leistungsangebots müssten z.B. endlich die Sektorengrenzen zwischen ambulant und stationär in allen Bereichen überwunden werden. Daneben müssten wir wegkommen von dem übertriebenen Förderdschungel, bei dem in den Zentren von München, Berlin oder gar Brüssel immer gemeint wird, die Lösung für örtliche Probleme parat zu haben. Es gibt hervorragende Beispiele von regionalen, thematisch begrenzten Budgets, mit denen die vor Ort Verantwortlichen selbst gestaltend Probleme lösen können. Wir müssten insgesamt dazu kommen, dass die übergeordneten Ebenen wieder mehr Mut hätten für eine kluge Ordnungspolitik.

Der Paritätische: Wo sehen Sie die größten Unterschiede in den Herausforderungen für die ländlichen und städtischen Räume? Können Sie Beispiele guter Konzepte nennen? Lassen sich diese auf andere Kommunen übertragen?

Dr. Klaus Schulenburg: Die Zukunft des Sozialen wird hinsichtlich der Vorhaltung eines bedarfsgerechten Leistungsangebots im ländlichen Raum entschieden werden, nicht in den Städten. Aufgrund der höheren Fallzahlen können die Leistungsanbieter in den Städten spezialisierte Angebote vorhalten und Skaleneffekte nutzen. In manchen Abwanderungsregionen gibt es das Wunsch- und Wahlrecht nur auf dem Papier und die Kommunen haben schon Probleme, wesentliche Funktionen der Daseinsvorsorge etwa bei der Infrastruktur bereitzustellen (z.B. ÖPNV, Breitbandinternet). Nicht umsonst wurde auf Bundesebene eine Kommission zur Gleichwertigkeit der Lebens-

Wir müssen wegkommen von einem übertriebenen Förderdschungel.

verhältnisse eingerichtet, um Vorschläge zu erarbeiten, wie das weitere Auseinanderdriften von städtischen und ländlichen Regionen verhindert werden kann. Dabei liegen manche Verbesserungsvorschläge eigentlich auf der Hand.

Gerade in ländlichen Regionen müssten wir die Monofunktionalität vieler Einrichtungen und Dienste überwinden und die Sektorengrenzen abschaffen. Um in einem Gebäude einen Mix an Tagespflege und -betreuung für Junge und Alte und Menschen mit Behinderung anbieten zu können, müssten aber mindestens drei Betriebserlaubnisse bzw. Versorgungsverträge parallel vorliegen. Es gibt verschiedene Beispiele guter Praxis für Quartierskonzepte oder auch Ansätze für sorgende Gemeinschaften, deren Skalierbarkeit aber noch abgewartet werden muss. Systemgrenzen zu überwinden und Innovation zu schaffen, beruht vielfach auf der Kreativität und dem Engagement handelnder Personen vor Ort. Dies kann nicht ohne weiteres übertragen werden.

Der Paritätische: Ein Blick über den Tellerrand: Andere Länder stehen vor den gleichen Herausforderungen wie Deutschland. Gibt es Beispiele, von denen wir lernen können?

Dr. Klaus Schulenburg: Die Care-Systeme in skandinavischen Ländern oder in den Niederlanden werden häufiger als vorbildhaft beschrieben. In diesen Ländern gibt man z.B. wesentlich mehr Geld für die Betreuung älterer Menschen oder der Erziehung und Bildung junger Menschen aus als in Deutschland. Dafür bedarf es aber auch wesentlich höherer finanzieller Aufwendungen, die über Steuern und Sozialversicherungsbeiträge geleistet werden müssen. Womit wir wieder bei der bereits erwähnten gesamtgesellschaftlichen Diskussion sind, was Care insgesamt kosten darf. Spannend dabei ist, dass Dienste am Menschen in den genannten Ländern weniger als Mangelberufe gesehen werden. Beachtenswert

erscheint auch der Grad an Dezentralisierung und Eigenverantwortung auf örtlicher kommunaler Ebene bei der Gestaltung des jeweiligen Leistungsangebots. Wie schwierig tun wir uns dagegen in Deutschland allein schon bei der Frage nach der Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege!

Der Paritätische: Privat und beruflich erbrachte Sorge-Arbeit ist gesellschaftlich unverzichtbar. Als sog. reproduktive Tätigkeit erfährt sie dennoch eine vergleichsweise geringe soziale Wertschätzung. Welche grundlegenden Strategien und Weichenstellungen sind auf den Weg zu bringen, um diese unverzichtbaren Tätigkeiten in unserer Gesellschaft aufzuwerten?

Dr. Klaus Schulenburg: Wir müssten endlich rauskommen aus der Denkhaltung, dass ein Mehr an Investitionen in Care ein Weniger an Investitionen in Infrastruktur bedeuten. Auflösen ließe sich dies natürlich nur über zusätzliche Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, die dann aber auch ausgegeben werden dürfen. Die Krankenkassen sitzen aktuell auf Milliarden Euro Rücklagen, die Politik macht aber dennoch immer kleinteiligere Struktur- und Prozessvorgaben, um Leistungsverbesserungen oder Kosteneinsparungen durchzusetzen. Wir müssen wegkommen vom Kostendämpfungsdogma und wir müssen den Steuerungsanspruch und den Zentralismus aus Berlin zurückdrängen.

Der Paritätische: Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, welche würden Sie bezogen auf die Sorge-Krise nennen?

Erstens: Vereinbarung eines gemeinsamen und positiv besetzten Werteverständnisses von „Sorge“, zweitens: Festlegung dafür sinnvoll erscheinender gesetzlicher Rahmenbedingungen und drittens: Bereitstellung der notwendigen Finanzausstattung als Regelfinanzierung.

Wir müssen lauter werden!

Ein Gespräch mit Praktikerinnen darüber, wie vor Ort Gemeinschaft gestaltet werden kann

Der demographische Wandel ist in den vergangenen Jahren zunehmend in das Bewusstsein der Gesellschaft gerückt. Die Sorge-Krise mit all ihren Facetten hingegen noch nicht. Während in die öffentliche Kindertagesbetreuung in den vergangenen Jahren große Summen investiert und der Ausbau vorangetrieben wurde, sind die Versorgungsstrukturen für ältere Menschen und deren Angehörige nicht annähernd bedarfsdeckend ausgebaut worden.

Wie lassen sich vor Ort – in den Gemeinden, in den Städten – soziale Gemeinschaften organisieren und gestalten? Welche Rahmenbedingungen braucht es dafür? Welche Rolle spielt dabei bürgerschaftliches Engagement? Diese und weitere Fragen waren Gegenstand eines Gesprächs mit drei Praktikerinnen aus unterschiedlichen Bereichen der Sorge-Arbeit:

- Marlis Jaros, ehrenamtliche Mitarbeiterin der Ortsgruppe München vom Deutschen Sozialwerk
- Stephanie Winter, Leitung der Ambulanten Altenhilfe des Paritätischen Bezirksverbands Oberbayern
- Siglinde Lebich, Geschäftsleitung Alten Service Zentrum – Mehrgenerationenhaus Eching

Marlis Jaros engagiert sich ehrenamtlich in der **Ortsgruppe München des Deutschen Sozialwerks (DSW)**, einer Paritätischen Mitgliedsorganisation. Das DSW wurde 1952 von Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten gegründet. Von Anfang an stand die Gemeinschaft im Fokus: Mitglieder kümmern sich um Mitglieder und engagieren sich für andere, die ihre Hilfe benötigen. Die Arbeit wird ausschließlich ehrenamtlich geleistet. In München organisiert die Ortsgruppe einen Besuchsdienst für ältere Menschen ohne Angehörige in Pflegeheimen und zu Hause. Außerdem bietet der Verein ein regelmäßiges Kulturprogramm mit Vorträgen, Literaturnachmittagen, Erzählcafé und Tanzveranstaltungen an. Diese Angebote stehen auch Nichtmitgliedern offen. Ziel ist es, in Gemeinschaft

und aktiv zu bleiben, um nicht zu vereinsamen. Dass das Engagement jung hält, sieht man der 84-Jährigen an. „Und das Tanzen! Ich tanze seit meiner Jugend“, erzählt Marlis Jaros. „Das Schöne am Tanzen ist, dass es ältere und jüngere zusammenbringt.“

Die Ortsgruppe erhält finanzielle Unterstützung von der Landeshauptstadt München; Marlis Jaros erhält 30 Euro im Monat als Aufwandsentschädigung, 150 Euro erhält die Ortsgruppe für ihre jährliche Weihnachtsfeier. Über eine Erbschaft konnte eine Geschäftsstelle finanziert werden, die mittlerweile aufgegeben werden musste. Die Mitgliedsbeiträge gehen zurück, weil es immer weniger Mitglieder gibt – inzwischen nur noch ca. 80. Über 800 Mitglieder waren es einmal. Es mangelt an Nachwuchs. Für die Vorstandsarbeit konnte sie ihren 60-jährigen Schwiegersohn gewinnen. Einen Grund für die Schwierigkeiten in der Gewinnung der Freiwilligen sieht Marlis Jaros darin, dass es heute viel mehr Angebote gibt – die um Ehrenamtliche konkurrieren, die soziale und kulturelle Angebote für ältere Menschen machen wie zum Beispiel Alten- und Service-Zentren (ASZ). Die aus der Mitte der Zivilgesellschaft heraus organisierte „Soziale Selbsthilfe“ wurde mit den ASZ professionalisiert und verbreitet.

Ein ASZ gehört zur **Ambulanten Altenhilfe des Paritätischen Bezirksverbands Oberbayern**, die von Stephanie Winter geleitet wird. Das ASZ in Allach-Untermenzing ist seit 1980 als stadtteilbezogene Einrichtung der offenen Altenhilfe der Landeshauptstadt München unter der Trägerschaft des Paritätischen tätig. Es bietet Beratung und Information sowie ein attraktives Veranstaltungs- und Kursprogramm. Stephanie



Marlis Jaros



Stephanie Winter



Siglinde Lebich

Winter bestätigt auch die Erfahrung von Marlis Jaros, dass Tanzen und gemeinsames Singen gut bei älteren Menschen ankommt: „Diese niedrigschwelligen Angebote sind ein wichtiger Türöffner, um ältere Menschen zu erreichen, zu uns zu kommen. Dieser Kontakt kann dann später zu weiterer Unterstützung führen“, erzählt sie. Diese „Kommstruktur“ wird zunehmend durch aufsuchende, präventive Hausbesuche ergänzt. Die Rahmenbedingungen dafür wurden in München angepasst. Außerdem hat die Stadt flächendeckend Werbung für die Hausbesuche gemacht, um die Zielgruppe besser zu erreichen. „Im sicheren Umfeld zu Hause fällt es vielen leichter, auch über andere Probleme zu sprechen“, berichtet Stephanie Winter.

Zur Ambulanten Altenhilfe gehören auch die Beratungsstelle für ältere Menschen und Angehörige der Stadt München sowie die Fachstellen für pflegende Angehörige der Stadt und des Landkreises München. Die Beratungsstelle organisiert ebenfalls einen ehrenamtlichen Besuchs- und Begleitdienst. Außerdem entstanden hier die Idee und die Konzeption für die Postpaten, die im Rahmen der Weiterentwicklung der Offenen Altenhilfe in München aufgegriffen wurde und jetzt in ganz München etabliert werden. Stephanie Winter: „In unserer täglichen Arbeit hatten wir bemerkt, dass immer mehr ältere Menschen mit dem ganzen Antrags- und Schriftwesen nicht zurechtkommen und es keine zuständige Stelle gibt, die beim Ausfüllen hilft. Eigentlich sollten die Behörden oder Institutionen, die einen Antrag oder ein Schriftstück rausgeben, beim Ausfüllen helfen. Aber das passiert in der Realität kaum. So entstand die Idee für die Postpaten.“

In Eching wurde das ASZ von Anfang an als sozialraumorientiertes Quartierskonzept entwickelt, das von Siglinde Lebich geleitet wird. Das Alten Service Zentrum / Mehrgenerationenhaus Eching, auch eine Paritätische Mitgliedsorganisation, befindet sich im Herzen der Gemeinde und spinnt von hier aus ein umfassendes Netzwerk. Es hat 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 20 bezahlte Hauptamtliche und 80 bezahlte Nebenamtliche sowie 100 unbezahlte Freiwillige. „Bei uns wird der gesamte Bereich Sorge von A bis Z gedacht“, berichtet Siglinde Lebich. Träger des ASZ / Mehrgenerationenhaus (MGH) ist der Verein „Älter werden in Eching“, der 1989 gegründet wurde. Siglinde Lebich war von Anfang an dabei. 1995 wurde das Haus eröffnet. Zum Angebot gehören eine ambulant betreute Wohngemeinschaft für dementiell erkrankte Ältere, mobile häusliche Pflege, unterstütztes Wohnen in barrierefreien Apartments, Beratung und Information, umfangreiche Freizeit- und Begegnungsangebote, eine Randzeiten- und Ferienbetreuung und vieles mehr. Das MGH Eching ist ein zentraler Begegnungsort, an dem das Miteinander der Generationen aktiv gelebt wird.

Außerdem ist der Verein kommunalpolitisch aktiv. Siglinde Lebich: „Wir sehen, wie sich die Gemeinde entwickelt und melden gegenüber der Politik entsprechenden Bedarf an. Wenn es sein muss, können wir auch mal ziemlich deutlich werden.“ Sie kann nicht nachvollziehen, warum Kommunalpolitik oft nur langsam reagiert. Wenn mehr Kinder geboren werden, lässt sich der Bedarf an Kindertagesbetreuung und Schulen berechnen. Genauso sei es bei älteren Menschen: „Wenn es mehr Ältere gibt, brauchen wir mehr Kapazitäten in der ambulanten Pflege, in der Demenz-WG, mehr barrierefreien Wohnraum und so weiter.“

Das Quartierskonzept Eching gilt als Musterkonzept, das diverse Preise erhalten hat. „Wir wurden sieben Jahre lang leidenschaftlich beforscht“, berichtet Siglinde Lebich. Die Robert-Bosch-Stiftung hat die Rahmenbedingungen und Strukturen untersucht, die notwendig sind, um dieses innovative Konzept in einer Gemeinde umzusetzen.



Zentraler Ort der Begegnung



Das ASZ/MGH Eching befindet sich im Herzen der Gemeinde und spinnt von hier aus ein umfassendes Netz.
Foto: ASZ/MGH Eching

Die Anforderungen an Bürger-schaftliches Engagement steigen

Von den Ehrenamtlichen im Bereich der Sorge-Arbeit wird eine immer höhere Qualifikation erwartet. Zum Beispiel müssen Demenzhelfer vor ihrem ersten Einsatz 40 Stunden Schulung machen, sie müssen an regelmäßigen Treffen und Fortbildungen teilnehmen. In einigen

Die Frage nach der Übertragbarkeit beantwortet Siglinde Lebach mit einem eindeutigen „Ja“: „Quartierskonzepte gibt es bundesweit in jeder Größenform. Das ist kein Hexenwerk. Notwendig ist, dass es einer anstößt, und der politische Wille muss da sein, etwas Neues anzufangen.“

Vereinsarbeit sei für jüngere Menschen unattraktiv. Das seien unterschiedliche Welten und beginne schon bei der Kommunikation. „Wir müssen die jungen Leute da abholen, wo sie sind – auch in der Kommunikation. „Wir haben

Die ältere Generation muss akzeptieren, dass die Jüngeren es anders machen wollen.

Es wird immer schwieriger, Freiwillige zu finden

Alle drei Gesprächspartnerinnen arbeiten mit Freiwilligen zusammen. Auch viele andere Vereine klagen über ein immer höheres Durchschnittsalter der Engagierten. Worin liegen die Gründe? „Ein Grund liegt in der Fülle des Lebens. Viele Familien sind heute auf sich gestellt. Wenn keine Großeltern oder Onkel und Tanten am Ort sind, kann man sich nicht so einfach die Zeit für ein Ehrenamt nehmen“, antwortet Stephanie Winter. Junge Menschen haben so viele Freizeitaktivitäten, ergänzt Siglinde Lebach. Auch die Älteren sind zeitlich immer mehr eingebunden und verplant und lassen sich immer weniger langfristig binden. Es gibt viel mehr Angebote, die um Ehrenamtliche konkurrieren, so Marlis Jaros.

alles so gut gemacht. Jetzt brauchen wir nur noch jemanden, der das genauso weitermacht.“ – Die ältere Generation muss akzeptieren, dass die Jüngeren das nicht wollen. Dass sie es anders machen wollen!“, mahnt Siglinde Lebach.

Es käme auch auf den Bereich an. In der Flüchtlingsarbeit vor drei Jahren war das Interesse an Bürgerschaftlichem Engagement über alle Altersgrenzen hinweg sehr groß. Da habe es – zumindest damals – auch eine große öffentliche Wertschätzung gegeben.

Bereichen bringen die Freiwilligen bereits Fachwissen aus ihrem Beruf mit. So konnten für das Projekt Postpaten ehemalige Sachbearbeiter gewonnen werden, die gerade aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Bei einem Patenprojekt des MGH Eching gibt es einige Pensionäre, die junge Menschen in den Beruf begleiten.

Marlis Jaros wendet ein, dass sie im DSW keine Profis sein müssten: „Man muss nicht sehr professionell sein, um gut mit alten Menschen umzugehen.“ Aber auch ihre ehrenamtlichen Helfer bekommen regelmäßig Fortbildungen und Supervision, was wiederum auch für die Helfer/-innen eine gemeinsame Aktivität ist und Freude macht. Gerade bei Besuchsdiensten in Privathaushalten ist man auf sich allein gestellt und der Austausch mit den anderen Engagierten hilft weiter.



Das Mehrgenerationenhaus bietet Randzeiten- und Ferienbetreuung.
Foto: ASZ/MGH Eching



Im ASZ/MGH Eching wird der gesamte Bereich Sorge von A bis Z gedacht. Zum Angebot gehören zum Beispiel eine ambulant betreute Wohngemeinschaft für demenziell erkrankte Ältere, unterstütztes Wohnen in barrierefreien Appartements aber auch Ferienbetreuung oder ein ReparaturCafé.

Fotos: ASZ/MGH Eching



„Wir können die Sorge-Krise nicht mit Ehrenamtlichen lösen!“

Um die Ehrenamtlichen zu suchen, zu schulen und zu koordinieren, braucht es hauptamtliche Koordination, die auch die Zeit und das Knowhow dafür hat. Das muss refinanziert sein. Die Kosten dafür werden leicht unterschätzt. Stephanie Winter beklagt den hohen bürokratischen Aufwand: „Wir müssen für jeden Helfer dokumentieren, wann er oder sie wo im Einsatz ist.“ Es sei das typische Los der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter: sie machen nicht nur Beratung, sondern kümmern sich um die Neugewinnung von Freiwilligen und deren Koordination, sie übernehmen Gremienarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, um all die Arbeit irgendwie zu finanzieren. Das müsse im Übrigen auch in der Ausbildung berücksichtigt werden. Die Moti-

vation, helfen zu wollen, reiche nicht aus. „Helfen, hilft nichts, wenn ich nicht weiß, wie ich an Geld komme, wo ich es beantragen muss, wie die Gemeinde zu Geld kommt,“ sagt Siglinde Lebich mit einem kritischen Blick auf die eigene Profession. „Im sozialen Beruf braucht es auch eine solide juristische und betriebswirtschaftliche Grundausbildung.“ „Sorge-Arbeiter werden vom Generalisten zum abarbeitenden Feuerwehrmann,“ beschreibt Stephanie Winter die Situation. Die Politik darf nicht erwarten, dass das Bürgerschaftliche Engagement etwas puffert, was gesellschaftlich woanders hingehört. „Das Ehrenamt darf kein Brandlöscher sein“, fasst es Siglinde Lebich zusammen. Und weiter: „Warum wir ein Problem mit der Sorge-Arbeit haben? – Weil wir nicht definiert haben, dass Sorge-Arbeit hochwertige Leistungserbringung ist und diese nicht umsonst ist.“

Eine qualifizierte Tätigkeit braucht eine adäquate Bezahlung

Für die Ferienbetreuung findet das MGH Eching problemlos junge Menschen, die mitarbeiten. „Das steht und fällt mit der Bezahlung“, so Siglinde Lebich. „Für eine qualifizierte Tätigkeit braucht es eine adäquate Bezahlung. Nur die Wertschätzung über eine angemessene Bezahlung schafft die Möglichkeit, Verlässlichkeit einzufordern.“

Man könne ehrenamtliche Unterstützung für kurze, klar abgegrenzte Projekte gewinnen, aber für dauerhafte, stetige, qualifizierte Arbeit, muss mindestens der Mindestlohn gezahlt werden. Sonst finde man auch niemanden. Auch der Freistaat setze da nicht rein aufs Ehrenamt, berichtet Siglinde Lebich. Bei einem neuen Digitalisierungsprojekt werden unterschiedliche Stundensätze refinanziert je nach Qualifikation der Mitarbeitenden.

Eine zunehmende Öffnung in der Förderung beobachtet auch Stephanie Winter. So berücksichtigt die Stadt München, dass es für die Ehrenamtlichen eine Anerkennungskultur braucht. Dazu gehören Schulungen, regelmäßige Treffen aber auch Sommerausflüge, eine Weihnachtsfeier, ein kleines Weihnachtsgeschenk als Geste. All das hat die Ambulante Altenhilfe bisher irgendwie selbst finanziert. Seit diesem Jahr gibt es über die Förderung des ASZ und der Beratungsstelle einen eigenen Posten.

Rahmenbedingungen für innovative Quartierskonzepte

- Ein Bürgermeister, der von der Konzeption überzeugt ist und über eine Gestaltungsmehrheit im Gemeinderat verfügt
- Überdurchschnittlich hohe Risikobereitschaft des Gemeinderats
- Ausreichende kommunale Einnahmen
- Ein geeignetes Grundstück in der Ortsmitte
- Eine ausreichend große Nachfrage (mindestens 1.000, besser 5.000 Einwohner)
- Keine Pflegeheime oder andere Einrichtungen für Ältere am Ort; damit keine konkurrierenden Interessen von anderen Betreibern
- Engagierte Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, sich auf die Entwicklung von Angeboten für Ältere einzulassen, die über die üblichen, bekannten und bewährten Angebote hinausgehen
- Noch wenig Handlungsdruck angesichts des demographischen Wandels



Quartiersarbeit gehört zur Daseinsvorsorge

Wie lässt sich vor Ort Gemeinschaft und Solidarität organisieren? „Man kann sich nur für jemanden emotional engagieren, wenn man sich kennt. Dafür braucht es mehr Quartiersarbeit“, antwortet Stephanie Winter. „Quartiersmanagement gehört zur Daseinsvorsorge. Gemeinschaftliche Verantwortung, gemeinsame Sorge – das entsteht nicht von allein. Es entwickelt sich nur, wenn es gesteuert wird. Der Quartiersmanager ist dabei die zentrale Figur“, ergänzt Siglinde Lebich. Es brauche politische Leidenschaft, um Projekte auch mal gegen Widerstände durchzusetzen. „Als wir die Demenz-WG einrichten wollten, gab es zunächst große Vorbehalte. Mittlerweile hat es sich so weit entwickelt, dass Menschen auf der Straße sich um Demenz-Erkrankte kümmern und zu uns bringen“, erzählt sie. D.h. die Menschen nehmen wahr, wenn jemand Hilfe benötigt und sie gehen aufeinander zu und werden aktiv. Auch weil sie wissen, dass sie sich nicht überfordern müssen, sondern es eine Einrichtung ums Eck gibt, die dann allen Beteiligten konkret weiterhilft. Quartierskonzepte können nur funktionieren, wenn sie langfristig angelegt sind. Bei den MGHs muss immer wieder neu ein Antrag auf Bundesebene gestellt werden. Um gutes Personal zu finden, braucht es eine langfristige Finanzierung.

Wichtige Aufgabe der Quartiersarbeit ist eine gute Vernetzung. Dafür braucht es verlässliche Ansprechpartner. Und es müssen immer neue Akteure angesprochen werden. „Ärzte erfahren viel leichter von einem bestimmten Hilfebedarf. Sie vermitteln aber selten an die entsprechenden Beratungsstellen weiter“, so Stephanie Winter. Marlis Jaros berichtet, dass sie von den Heimen direkt kontaktiert werden oder von städtischen Mitarbeitenden, wenn jemand keine Angehörigen hat und Besuch braucht.

Beim Alten- und Seniorenzentrum Allach-Untermenzing gibt es einen „Mobilen Helferkreis“ von engagierten Helferinnen und Helfern, die ältere Menschen zu Hause besuchen und unterstützen.

Foto: Ambulante Altenhilfe

Nicht nur Sorgende unter sich müssen vernetzt werden, sondern auch andere Berufsgruppen. Der Blickwinkel müsse erweitert werden. Siglinde Lebich berichtet, dass bei ihnen auch mal Bankmitarbeiter im Rahmen der Vertraulichkeit anrufen, wenn sie das Gefühl haben, dass jemand Hilfe benötigt. Auch der Bäcker oder der Fleischer um die

die Zusteller bei ihr ablieferten. Deshalb habe sie ein Nachbarschaftsfest organisiert, bei dem sich alle kennengelernt haben.

Nachbarschaftshilfe organisiert sich mittlerweile auch über neue Kommunikationsformen in den Sozialen Medien. Nachbarn suchen und bieten Hilfe an, laden sich gegenseitig zum

Nachbarschaftshilfe organisiert sich über neue Kommunikationsformen in den Sozialen Medien.

Ecke bemerkt, wenn ein älterer Mensch jeden Tag mehr kauft, als er essen kann. Da fehle noch ein besseres Zusammenwirken.

Erfahrungsgemäß ist bei den Betroffenen oft ein Netzwerk vorhanden, das für Hilfe aktivierbar ist, wenn es angesprochen wird. „Nachbarn müssen wieder mehr in Kontakt kommen, um sich gegenseitig mehr zu helfen“, so Stephanie Winter. Marlis Jaros erzählt, dass sie ihre Nachbarn nie gesehen hat, weil sie berufstätig sind, nur wenn sie ihre Päckchen abgeholt haben,

Essen ein, haben etwas zu verschenken oder helfen sich aus, wenn am Sonntag eine Zutat fehlt. Die Form wird eine andere, aber Nachbarschaftshilfe gibt es weiter.

Siglinde Lebich sieht in der Quartiersarbeit einen zukünftigen Stellenwert der MehrGenerationenHäuser: „Die MGHs wären die klassische Drehscheibe, weil von Null bis Hundert, Menschen jeder Altersstufe kommen. Die MGHs übernehmen die Rolle der Koordination. Voraussetzung dafür ist, dass sie verstetigt und



auf finanziell sichere Beine gestellt werden. Dafür braucht es die politische Akzeptanz, dass Quartiersarbeit zur Daseinsvorsorge gehört.“

Der Paritätische in Bayern unterstützt die MehrGenerationenHäuser auf Landesebene mit einer festen verbandlichen Ansprechperson seit Beginn der Förderzeiträume. Ab November 2018 wird neu ein Fachausschuss der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege eingerichtet mit Paritätischer Mitwirkung, der sich über die dringenden Bedarfe der MGHs verständigt und gegenüber Sozialpolitik deren zentrale Rolle für die Daseinsvorsorge deutlich macht – mit dem Ziel einer Verstetigung der Finanzierung.

Wenn Sie sich etwas wünschen könnten...

Marlis Jaros: „Ich wünsche mir, dass jüngere Menschen **mehr Verständnis für ältere** haben – für ihre Sorgen, ihre Nöte – und entsprechend reagieren.“

Siglinde Lebich: „Ich wünsche mir, dass der Zugangsweg zu staatlichen Leistungen und die staatlichen Leistungen selbst verschlankt werden auf wenige, aber zuverlässig zu erlangende Beträge – also: **klarere Strukturen im Bereich der Fördertöpfe** – weniger und einfacher.“

Ich erwarte von den Gemeinden, dass sie selbst ausreichend qualifiziertes Personal vorhalten, damit sie schnell Anträge bearbeiten können und Träger sozialer Einrichtungen nicht ins unternehmerische Risiko gehen müssen. Mit unserer Arbeit lässt sich kein Geld verdienen. Weil der Rahmen so unattraktiv ist, ist der freie Markt zum Beispiel an hauswirtschaftlichen Dienstleistungen nicht interessiert. Dafür, dass wir damit kein Geld verdienen, wünschen wir uns, dass **wenigstens das, was wir machen, finanziert ist.**“

Stephanie Winter: „Wir brauchen wieder **mehr WIR und weniger ICH**. Ich wünsche mir **langfristige Förderungen mit Planungssicherheit** – sowohl finanziell als auch politisch. Und wir brauchen wieder mehr den **generalistischen Blick.**“

Wir müssen lauter werden

Siglinde Lebich: „Die Wertschätzung der Sozialen Arbeit muss von den darin Arbeitenden ausgehen. Sie sind so leidend, so duldend. Ich wünsche mir mehr Leidenschaft: ‚Ihr Gesellschaft! Wir machen das für Euch! Damit ihr arbeiten und Geld verdienen könnt. Ihr müsst uns ordentlich bezahlen!‘“

„Es braucht mehr Öffentlichkeitsarbeit – von den Gewerkschaften, der Politik, den Verbänden!“, ergänzt Stephanie Winter. „Es ist auch eine Investition in die Zukunft, wenn man in die Alten investiert, weil dann die jüngeren wieder mit gutem Gewissen arbeiten gehen können. Auch der Aufschrei der Angehörigen ist nicht laut genug. Es ist schlimm, dass man es sich leisten können muss, sich um seine Liebsten zu kümmern.“

Darin sind sich alle einig: „Wir müssen lauter werden!“

Das Gespräch führten **Monika Nitsche und Susann Engert** ■



Tanzen hält fit

Ziel des Deutschen Sozialwerks ist es, in Gemeinschaft und aktiv zu bleiben.
Foto: DSW Ortsgruppe München

Die Care-Krise – Hintergründe, Strukturmerkmale und Wege aus dem aktuellen Dilemma

Prof. em. Dr. Uta Meier-Gräwe

Es war ein folgenreicher Schachzug der männlichen Architekten der Nationalökonomie, als sie im Zuge des Übergangs von der Agrar- zur kapitalistischen Industriegesellschaft des ausgehenden 18. Jahrhunderts sämtlichen sorgenden Tätigkeiten (cooking, cleaning, caring) kurzerhand das Prädikat absprachen, produktive Arbeit zu sein. Mehr noch: sach- und personenbezogene Care-Arbeit, die bis auf den heutigen Tag bundes- und weltweit einen quantitativ deutlich höheren Stundenumfang ausmacht als das Gesamtvolumen an bezahlter Erwerbsarbeit, erfuhr fortan keine strukturelle Berücksichtigung mehr in den ökonomischen Modellen zur Erfassung gesellschaftlicher Wohlfahrtsproduktion. Damit wurden wichtige Dimensionen der unterhalts- und bedarfs-

Ein Grund für die Borniertheit herkömmlicher Wirtschaftstheorien besteht darin, dass sie eindimensional von der Faszination für die technischen Umwälzungen der industriellen Revolutionen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts geleitet sind, von der Fixierung auf Gewinnrationalität und einer dadurch unvergleichlichen Steigerung der Produktivität. Zudem gehen die Wirtschaftswissenschaften im Kern vom Standpunkt der Unternehmen respektive des Kapitals aus. Haushalte werden demgegenüber als Konsum-, nicht aber als Produktionseinheiten wahrgenommen. Mehr noch, private Haushalte werden in diesen

institutionell organisierte und politisch legitimierte gesellschaftliche Organisation von Produktionsabläufen und Reproduktionsprozessen verstanden (Jurczyk 2010).

Die Frau wurde zur *domina privata*, die sich nun mit der Fürsorge für Mann und Kinder befassen und begnügen sollte. Ihr Lebensstandard wurde durch den männlichen Haushaltsvorstand, der seine Arbeitskraft im erwerbsförmig organisierten Produktionsprozess als *homo oeconomicus* veräußert, mitfinanziert und durch ehebezogene, steuer- und arbeitsmarktpolitische Regelungen strukturell abgestützt.

Es geriet vollkommen aus dem Blick, dass die vielfältigen Tätigkeiten des Sich-Kümmerns und der Fürsorge für andere nicht nur den sozialen Rahmen für die gesellschaftliche Produktion bilden, sondern dass das Aufziehen von Kindern, Sorgetätigkeiten zum Erhalt der Gesundheit und Leistungsfähigkeit von

Die Verantwortung für die Haus- und Sorge-Arbeit wurde Frauen wesensmäßig zugeschrieben, als Nicht-Arbeit deklariert und in ihrer systemrelevanten Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft systematisch ignoriert.

orientierten Oikonomia vorindustrieller Gesellschaften aufgegeben. Zeitgleich erfolgte eine naturrechtliche Begründung der Zuständigkeit von Frauen für diese vielfältigen alltäglichen Aufgaben: Die Haus- und Sorgeverantwortung wurde ihnen seither wesensmäßig zugeschrieben, als Nicht-Arbeit deklariert und in ihrer systemrelevanten und wertschöpfenden Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft systematisch ignoriert.

ökonomischen Theoriemodellen sogar als ‚Wertevernichter‘ deklariert, da an diesen lebensweltlichen Orten am Markt erworbene Güter ‚verbraucht‘ werden.

Mit der Entstehung der kapitalistischen Industriegesellschaft und der Nationalökonomie wurde zugleich das Strukturprinzip einer hierarchischen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern eingeführt und institutionell eingelassen. Man spricht auch vom fordistischen ‚Reproduktionspakt‘: Darunter wird die

Mit der Entstehung der Industriegesellschaft wurde die Rolle der Frau auf die der Ehefrau und Mutter reduziert.
Foto: George Marks | iStock



Erwachsenen, wie sie im Privaten tagtäglich erbracht werden, und nicht zuletzt die Pflege von Kranken und hilfebedürftigen Alten selbst produktive Akte darstellen, ohne die auch kapitalistisch verfasste Gesellschaften nicht überlebensfähig wären. Jede Geldwirtschaft würde letztlich zum Erliegen kommen, wenn diese Tätigkeiten nicht vollzogen werden (vgl. Schmuckli 1994).

Die Zuweisung der Haus- und FürSorge-Arbeit an die Frau erwies sich mithin als ein durchaus kalkulierter Schritt der Architekten der neu entstehenden Industriegesellschaft, der die Stabilisierung des Sozialen in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft sicherstellen sollte. Diese Ideologie war mit einer historischen Neu-Konstruktion von Weiblichkeit verbunden, welche die Rolle der Frau auf die der Ehefrau und Mutter reduzierte und in einen standardisierten weiblichen Lebenslauf mündete. Es handelt sich um die naturrechtlich begründete Familialisierung der Frau. „Dem Gleichheitsimperativ des modernen Rechtsstaats wurde eine Gegenbewegung eingebaut, die das weibliche Geschlecht mit der historischen Mission des sozial stabilisierenden Bindeglieds zwischen Individuum und Gesellschaft beauftragte.“ (Stauder 1999)

Aufgrund des steigenden Qualifikations- und Beschäftigungsniveaus von Frauen, veränderter Wertvorstellungen und Familienstrukturen, aber auch als Folge der starken Alterung der bundesdeutschen Bevölkerung stellt sich in Deutschland heute die Frage nach einem tragfähigen „Reproduktionspakt“ für das 21. Jahrhundert mit großer Dringlichkeit. Statt sich dieser politischen Herausforderung zu stellen, werden vorhandene Sorge-Defizite derzeit jedoch immer noch als ein individuelles Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen behandelt.

Prof. em. Dr. Uta Meier-Gräwe

Die Familiensoziologin Dr. Uta Meier-Gräwe war Mitglied der Sachverständigenkommission für den Siebten Familienbericht und den Ersten und Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Sie hatte von 1994 bis 2018 die Leitung des Lehrstuhls für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Universität Gießen inne. Außerdem leitete sie das Kompetenzzentrum zur Professionalisierung und Qualitätssicherung haushaltsnaher Dienstleistungen. Sie forschte zu folgenden Schwerpunkten: Familien-, Haushalts- und Geschlechtersoziologie, Nachhaltiges Haushalten, Armuts- und Zeitforschung, Kosten-Nutzen-Analysen.



Richtungsweisend in der Care-Krise – Leitgedanken des zweiten Gleichstellungsberichtes

Die Bilanz des Zweiten Gleichstellungsgutachtens für die Bundesregierung ist eindeutig: Das Ziel der Geschlechtergleichstellung ist in Deutschland weiterhin nicht erreicht. Dies zeigt sich im Erwerbsleben, in der Unterpräsenz von Frauen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, in der Verteilung der unbezahlten Sorge-Arbeit, aber auch im Bereich der Alterssicherung. Die Analyse der Sachverständigenkommission des Zweiten Gleichstellungsberichtes bezieht sich dabei nicht allein auf den Gender Pay Gap oder den Gender Pension Gap. Vielmehr wurde auf der Basis der aktuellen Zeitverwendungsstudie des Statistischen Bundesamtes eine neue Kennzahl entwickelt – der Gender Care Gap. Er weist aus, dass Frauen im Durchschnitt täglich 52,4 Prozent mehr unbezahlte Arbeit für andere leisten als Männer; in Paarhaushalten mit Kindern liegt der Gender Care Gap sogar bei 83,3 Prozent. Es handelt sich um gesellschaftlich notwendige Sorge-Arbeit für Kinder, um die Pflege von Angehörigen, um ehrenamtliche Arbeit und um sachbezogene Hausarbeit. Diese Zeitbindungen für Haushalt, Familie und Ehrenamt,

aber auch die Tatsache, dass Frauen im Schnitt geringere Stundenlöhne und Lebenserwerbseinkommen erzielen als Männer, münden in eine Lohn- und Sorge-Lücke, die als ein Zeichen ungleicher Verwirklichungschancen zu bewerten sind (BMFSFJ 2017).

Erwerbs- und Sorge-Arbeit zusammen denken

Die Arbeit der Sachverständigenkommission war durchgängig von folgendem Leitbild bestimmt: „Wir streben eine Gesellschaft mit gleichen Verwirklichungschancen von Frauen und Männern an, in der die Chancen und Risiken im Lebensverlauf gleich verteilt sind.“ Festzuhalten bleibt, dass Verwirklichungschancen weit mehr sind als eine abstrakte Wahlfreiheit. Sie bedeuten, dass alle Menschen die Möglich-



Eine zukunftsorientierte Geschlechterpolitik muss die Frage überzeugend beantworten, wie **künftig** generative **Sorge-Arbeit** strukturell **gewährleistet** und **organisiert** werden kann.

keit haben müssen, ihre aus guten Gründen getroffenen Entscheidungen und Wünsche auch tatsächlich zu realisieren. Dem stehen jedoch strukturelle Benachteiligungen, Stereotype und Diskriminierung bis hin zu Gewalt entgegen. Um das Ziel der Gleichstellung zu erreichen, gilt es solche Einschränkungen abzubauen und Inkonsistenzen in der Lebensverlaufspolitik zu überwinden.

Eine sehr große Relevanz für die Gleichstellung der Geschlechter hat der Übergang von der Partnerschaft zur Elternschaft: Eltern treffen in dieser Lebensphase Entscheidungen, die nicht nur von persönlichen Vorlieben und den verfügbaren Ressourcen bestimmt werden,

Wie kann Sorge-Arbeit **gleichstellungsorientiert** gestaltet werden?

sondern von einer Vielzahl weiterer Rahmenbedingungen. Diese führen derzeit zu evidenten Risiken im weiteren Lebensverlauf in Form verminderter Aufstiegschancen, reduzierter Einkommen und geringer Renten für diejenigen, die die Hauptverantwortung für Sorge-Arbeit übernehmen. Es sind nach wie vor ganz überwiegend Frauen, die diese Nachteile treffen. Aber auch für Männer bringen geschlechterstereotype Arbeitsteilungsmuster durchaus Einschränkungen in ihren Verwirklichungschancen mit sich.

Eine grundlegende These des Zweiten Gleichstellungsgutachtens besagt, dass eine zukunftsorientierte Geschlechterpolitik die Frage überzeugend beantworten muss, wie künftig die Bereitschaft zur Übernahme von generativer Sorge-Arbeit für Kinder und für unterstützungsbedürftige Mitglieder der Gesellschaft als Voraussetzung für ein wirtschaftlich und gesell-

schaftlich intaktes Gemeinwesen strukturell gewährleistet und organisiert werden kann. Lebenslauftheoretisch gesehen geht es deshalb um die Auflösung der traditionell nach Geschlecht getrennten Lebenswege und um eine Neujustierung sämtlicher Lebenslauf begleitender Institutionen, so dass die Verbindung von Bildungs-, Erwerbs- und Sorge-Arbeit als Grundmuster der Biographie einer Person – und zwar unabhängig vom Geschlecht – in unterschiedlichen Mischungen und mit flexiblen Übergängen gelebt werden kann.

Das Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht betont, dass Erwerbs- **und** Sorge-Arbeit zusammen gedacht werden müssen. Deshalb wird die gesellschaftliche Organisation von Erwerbsarbeit und von Sorge-Arbeit – und zwar sowohl von privat und unbezahlt geleisteter Sorge-Arbeit als auch von bezahlter Sorge-Arbeit – in den Blick genommen. Eine Kernfrage lautet: Wie kann Sorge-Arbeit gleichstellungsorientiert gestaltet werden?

Unterschiedliche Leitbilder und ihre Folgen für die Verwirklichungschancen

Lange Zeit haben sich in der Bundesrepublik staatliche Regelungen, Institutionen und kulturelle Orientierungen am Leitbild des „Familienernährers“ orientiert. Diesem Leitbild gemäß wird Sorge-Arbeit weitgehend privat organisiert, d. h. in Paar- und Familienbeziehungen. Ein „Alleinverdiener“ lebt hierfür in einer

„Versorgerehe“ mit einer „Hausfrau“ zusammen, welche die private Sorge-Arbeit übernimmt.

Mit dem steigenden Bildungsniveau von Frauen hat sich dieses Leitbild in den letzten Jahrzehnten in Richtung „Zuverdienst“ verändert. Aus gleichstellungspolitischer Sicht bedeutet dies jedoch lediglich eine Variation des Familienernährer-Modells. So bleibt für den meist männlichen Familienernährer weiterhin kaum Zeit für die Familie und die meist weibliche Zuverdienerin kann trotz der Last, Teilzeiterwerbsarbeit und familiäre Sorge-Arbeit vereinbaren zu müssen, kaum eine substantielle Erwerbsbiographie aufbauen, ihre eigene Existenz sichern und sich beruflich wenig entwickeln. Das Modell der „universellen Erwerbstätigkeit“ („adult worker model“) wiederum sieht für alle Personen eine Vollzeitberufstätigkeit vor, ohne zu berücksichtigen, dass sich Menschen in einem bestimmten Umfang um die eigenen Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmern oder einen Teil der Hausarbeit selbst erledigen wollen. Beide Modelle beschränken die Verwirklichungschancen vieler Menschen.

Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

Den Gleichstellungsbericht kann man hier
herunterladen:
<https://www.gleichstellungsbericht.de/>

Raus aus der Care-Krise – Handlungsempfehlungen des Zweiten Gleichstellungsberichts

Das Erwerb-und-Sorge-Modell

Die Sachverständigenkommission schlägt deshalb eine neue Variante vor und verwendet dafür den Begriff „Erwerb-und-Sorge-Modell“ (englisch: „earner-carer-model“). Viele junge Frauen und Männer erwarten heute, dass sie sich nicht nur gleichberechtigt im Berufsleben einbringen können, sondern auch, dass der Beruf das Private nicht vollständig dominiert. Frauen wollen sich beruflich entwickeln und in allen Branchen und auf allen Ebenen tätig sein können. Männer wollen Sorge-Arbeit leisten können, ohne dabei stereotypisierender Abwehr zu begegnen. Beide wollen nicht in ökonomische Sackgassen geraten. Das Erwerb-und-Sorge-Modell soll unabhängig vom Geschlecht gelebt werden können. Dafür sind konsistente Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Menschen ermöglichen, gleichberechtigt an der Erwerbsarbeit teilzuhaben, ohne

dafür auf private Sorge-Arbeit verzichten zu müssen. Das Erwerb-und-Sorge-Modell heißt auch: Die nachweislich bestehenden Probleme der Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit sind keine Privatangelegenheit, die von den Einzelnen „irgendwie“ bewältigt werden müssen. Stattdessen gilt es, Rahmenbedingungen herzustellen, die es ermöglichen, ein Erwerb-und-Sorge-Modell ohne Überforderung leben zu können und zwar unabhängig vom Geschlecht. Die Umsetzung des Erwerb-und-Sorge-Modells setzt eine verlässliche, alltagsunterstützende Infrastruktur mit qualifizierten Beschäftigten in den Berufen der Sozialen Arbeit, der Hausarbeit, Gesundheit, Pflege und der Kinderbetreuung und -erziehung voraus. Aus diesem Grund hat die Sachverständigenkommission die Aufwertung dieser Sorge-Berufe ins Zentrum ihrer Handlungsempfehlungen gestellt (BMFSFJ 2017).

Sorge-Berufe tragen erheblich zum volkswirtschaftlichen Wohlstand bei

Die geringe Wertschätzung gegenüber sorgenden Tätigkeiten bezieht sich bis heute nicht nur auf die unbezahlte Arbeit, sondern auch auf die erwerbsförmig organisierte Dienstleistungsarbeit personaler Versorgung. Der Zweite Gleichstellungsbericht hat deshalb das Akronym der SAHGE-Berufe (Soziale Arbeit, Haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung) formuliert, das als Pendant zu den MINT-Berufen (Mathematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaften und Technik) zu betrachten ist. Die SAHGE-Berufe werden derzeit im Durchschnitt zu 84 Prozent von Frauen ausgeübt. Im Bereich der frühkindlichen Betreuung arbeiten sogar 95,4 Prozent Frauen.

Insgesamt handelt es sich bei den SAHGE-Berufen um einen Bereich mit 4,2 Millionen Beschäftigten. Diese Dienstleistungsberufe stehen in ihrer Bedeutung für die Vitalität und Funktionsweise unserer Gesellschaft den MINT-Berufen in keinem Punkt nach. Sie tragen erheblich zum volkswirtschaftlichen Wohlstand bei, was sich jedoch bislang weder in den Ausbildungs- und Entlohnungsstrukturen, noch im System der Arbeitsbeziehungen oder der Aufstiegschancen widerspiegelt. Bis 2030 werden sie – aktuellen Arbeitsmarktprognosen zufolge – den mit Abstand größten Berufsbereich ausmachen. Zukünftig entspricht das zwischen einem Drittel und einem Viertel aller Erwerbstätigen. Demgegenüber wird der Anteil der in den produktionsbezogenen Berufshauptfeldern tätigen Arbeitskräfte bis 2030 voraussichtlich auf knapp 19 Prozent sinken (Vgl. Baethge, M./Baethge-Kinsky 2016 : 16f.).



Viele der SAGHE-Berufe sind immer noch „Sackgassenberufe“. Sie sind außerdem als Assistentinnen- und Helferinnenberufe konzipiert, in denen selbst in Vollzeit größtenteils keine existenzsichernden Einkommen erzielt werden. Ihre derzeitigen geringen Verwertungs- und Aufstiegschancen widersprechen ihrer hohen gesellschaftlichen Relevanz und tragen maßgeblich zur Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bei.

Wenngleich die Rahmenbedingungen, Finanzierungsstrukturen und Dienstleistungsmärkte für die verschiedenen SAGHE-Berufe und Dienstleistungstätigkeiten variieren, sind sie insgesamt durch eine erhebliche arbeitsrechtliche Fragmentierung und heterogene Anbieterstrukturen charakterisiert, die zu sehr unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Einkommen führen. Die Arbeit ist häufig geprägt von prekärer Beschäftigung mit Niedriglohn und ungewollter kleiner Teilzeit. Sie geht oft mit starken gesundheitlichen Belastungen einher, zudem fehlt es an beruflichen Um- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Im Bereich der Kinderbetreuung und noch mehr im Bereich der Kranken- und Altenpflege sind zu kirchlichen und kommunalen Trägern

und den großen Wohlfahrtsverbänden verstärkt gewerbliche-private Anbieter hinzugekommen. Seit Einführung der Pflegeversicherung (1995) in Deutschland gibt es einen institutionellen und finanziellen Rahmen sowohl für die informell durch Familienangehörige als auch für die formelle Pflege über professionelle Dienste. Ausgebaut wurde seitdem insbesondere die ambulante Pflege nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“, um die private Versorgung als kostengünstigstes Pflegearrangement zu unterstützen (Auth 2013:413).

Auch die Pflegedienstleistungen sind einem noch andauernden grundlegenden Wandel unterworfen. 2013 gab es in Deutschland 2,6 Millionen pflegebedürftige Menschen (Tendenz steigend), davon werden mehr als zwei Drittel zu Hause versorgt. In diesem Zusammenhang wurden gemeinnützige und private Anbieter einander gleichgestellt, um

den Wettbewerb unter ihnen zu forcieren. Die Pflegeversicherung deckt nicht notwendigerweise den vollen Bedarf der Pflegebedürftigen ab; sie ist vielmehr als „Teilkaskoversicherung“ konzipiert (vgl. Heintze 2015).

Der eindeutig zunehmenden Relevanz dieses Berufssegments steht gegenüber, dass in den letzten Jahrzehnten für einige Bereiche sogar noch ein Trend zu ihrer weiteren Entwertung vollzogen wurde, wie ein Blick auf die Entwicklung der Zusammensetzung der Qualifikationsprofile in den Pflegeberufen zeigt: So ist die Zahl der Altenpflegehelfer/-innen in den vergange-

nen Jahren deutlich stärker gestiegen als die Zahl der examinierten Altenpfleger/-innen. Problematisch ist zudem die Beschäftigungssituation von hauswirtschaftlichen Arbeitskräften, obwohl der Erziehungs- und Pflegesektor ohne eine gute hauswirtschaftliche Grundversorgung und bestimmte Betreuungsleistungen nicht auskommt.

Viele SAGHE-Berufe sind „Sackgassenberufe“. Das widerspricht ihrer hohen gesellschaftlichen Relevanz.



Neubewertung und Aufwertung weiblich konnotierter Sorgeberufe

Ausgehend von dieser umfangreichen Bestandsanalyse fordert die Sachverständigenkommission für den Zweite Gleichstellungsbericht die Entwicklung einer zusammenhängenden Strategie zur geschlechtergerechten Neubewertung und Aufwertung weiblich konnotierter und berufsförmig organisierter Dienstleistungstätigkeiten und zwar sowohl auf Branchenebene als auch auf der betrieblichen Ebene. In diese Berufe ist nach Auffassung der Kommission ein größerer Anteil des Bruttoinlandsprodukts zu investieren als bisher. Die Kosten für diese Aufwertung sind perspektivisch wesentlich niedriger als der Verbleib auf dem Pfad der derzeitigen Billigdienstleistungsökonomie.

Gefordert wird die Entwicklung und Implementierung entsprechender Professionalisierungs- und Qualitätsstandards für dieses Berufssegment. Des Weiteren wird ein neues Leitbild für die Aus- und Weiterbildung in SAHGE-Berufen vorgeschlagen, um die bisherigen Sackgassenkonstruktionen aufzulösen und diese Berufe zu echten „Lebensberufen“ weiterzuentwickeln. Die Beschäftigten in diesem Dienstleistungssegment personaler Versorgung müssen dort in Zukunft dauerhaft gut und existenzsichernd arbeiten und sich beruflich entfalten können. Dazu gehört durchgängig eine kostenfreie Erstausbildung (Schulgeldfreiheit und die Einführung von existenzsichernden Ausbildungsvergütungen), niedrige Einstiegshürden für Quereinsteiger/-innen, eine bessere Durchlässigkeit zur Höherqualifizierung bzw. zum Hochschulstudium und schließlich ein transparentes, modulares und gut gefördertes System der Weiterbildung. Empfohlen wird zudem eine Anpassung der Ausbildung in den Erziehungs- und Pflegeberufen an das duale Berufsausbildungssystem und zwar mit Blick auf:

- die Kostenfreiheit der Ausbildung und Ausbildungsvergütung,
- die Möglichkeiten zur Verkürzung der Ausbildung und
- die Möglichkeit zur Teilzeitausbildung.

Eine solche Reform würde diese Berufsausbildungen attraktiver machen und die Zugangshürden senken.



Deutlich mehr als 2,5 Millionen Haushalte in Deutschland beschäftigen illegal eine Haushaltshilfe.
Foto: Dan Race | Adobe Stock

Irreguläre Sorge-Arbeit – Ausdruck einer vehementen Versorgungslücke

3,64 Millionen Haushalte in Deutschland beschäftigten im Jahr 2016 eine Haushaltshilfe. Je nach Modellspezifikation haben davon zwischen 2,66 Millionen und 2,96 Millionen Haushaltshilfen illegal gearbeitet. Als Minijobber/-innen waren mehr als 303.000 Personen im Privathaushalt tätig; darüber hinaus waren weitere 47.000 Haushaltshilfen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Demzufolge waren 2016 mindestens 80 Prozent der Haushaltshilfen illegal beschäftigt (vgl. Enste, Heldman 2017). In Deutschland kommen darüber hinaus auch andere fragwürdige Praktiken zur Anwendung. So wird ein Teil der pflegebedürftigen Angehörigen seit einigen Jahren durch migrantische Haushaltsarbeiterinnen betreut, oft vermittelt über Agenturen aus osteuropäischen Nachbarländern. In einem Gutachten zu dieser Problematik wird darauf verwiesen, dass auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene das schnelle Wachstum der bezahlten irregulären Sorge-Arbeit Ausdruck einer vehementen Versorgungslücke ist: „Haushalte der Mittel- und Oberschicht können diese Lücke durch den privaten Einkauf von Sorgeleistungen ausgleichen. Durch Duldung und Verzicht auf regelmäßige flächendeckende

Kontrollen tolerieren die Regierungen die zumeist illegalen Arbeitsverhältnisse, die vom Schutzniveau des nationalen Arbeitsrechtes weit entfernt sind. [...]

Insofern stabilisiert die Beschäftigung von Haushaltsarbeiterinnen in vielen westlichen Gesellschaften eine Form, die notwendige Sorge-Arbeit zu organisieren, die auf den ersten Blick für den Staat sehr kostengünstig zu sein scheint, langfristig aber negative Folgen nach sich zieht.“ (Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ 2015, S. 25). Somit kehrt ein Beschäftigungstypus in westliche Gesellschaften zurück, der schon lange als überwunden galt: Statt eines schriftlichen Vertrages, in dem die Aufgaben der Arbeitnehmer/-innen sowie die Rechte und Pflichten beider Parteien verbindlich festgehalten werden, sind überwiegend informelle Absprachen und Aushandlungsprozesse bestimmend, in denen geklärt wird, welche Arbeit wie und unter welchen Bedingungen erledigt werden soll (vgl. ebd.). →

Die in diesem Zusammenhang von der amerikanischen Soziologin A. Hochschild entwickelte These, dass transnationale Haushaltsarbeiterinnen in westlichen Ländern Sorge-Arbeit übernehmen und die durch ihren Weggang entstandene Versorgungslücke füllen, indem sie ihrerseits eine Haushaltsarbeiterin anstellen, die aus einem ökonomisch (noch) schlechter gestellten Land kommt, so dass globalen Versorgungsketten („Care chains“) entstehen, ist auch in Deutschland inzwischen Praxis, um das gravierende Versorgungsdilemma im

Zusammenfassend gibt es zwei grundlegende, aber auch komplementäre Ansatzpunkte für politisches Handeln. Einerseits geht es darum, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in den SAGHE-Berufen und der Haushaltsarbeiter/-innen zu verbessern. Andererseits muss es aber auch Männern und Frauen im erwerbsfähigen Alter ermöglicht werden,

Literatur:

Auth, Diana (2013): Ökonomisierung der Pflege, Formalisierung und Prekarisierung von Pflegearbeit.

In: WSI Mitteilungen 66 (6), S. 412–422, http://www.boeckler.de/wsimit_2013_06_auth.pdf (Abruf: 7.10.2018).

Baethge, M./Baethge-Kinsky, V.: Entwicklung des Arbeitsmarktes unter geschlechtsspezifischen Aspekten. Expertise im Auftrag der Sachverständigenkommission des Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung. Berlin 2016, S. 16f.

BMFSFJ (=Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2017):

Erwerbs- und Sorge-Arbeit gemeinsam neu gestalten. Zweiter Gleichstellungsbericht. Berlin.

Enste, Dominik / Heldman, Christina (2017): Arbeitsplatz Privathaushalt.

Minijobs und Schwarzarbeit von Haushaltshilfen. Kurstudie für die Minijob-Zentrale. Köln.

Heintze, Cornelia (2015): Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem.

Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland, 2., aktualisierte und inhaltlich überarbeitete Aufl., Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11337.pdf> (Abruf: 7.10.2018).

Hochschild, Arlie Russel (2002): Keine Zeit – Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet. Opladen.

Jurczyk, Karin (2010): „Care in der Krise? Neue Fragen zu familialer Arbeit“,

in: Apitsch, Ursula / Schmidbaur, Marianne (Hg.): Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen. Opladen / Farmington Hills (MI), S. 59–76.

Sachverständigenengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ (2015): Wen kümmert die Sorge-Arbeit? Gerechte Arbeitsplätze im Privathaushalt. Bonn.

Schmuckli, Lisa (1994): „Gebrochene Kontinuität. Zu einer Ökonomie der Zeiten“, in: Bernhard Filli, Heidi / Günter, Andrea / Jochimsen, Maren / Knobloch, Ulrike /

Stauder, Brigitte (1999): „Verzögerte Individualisierung“, Neue Zürcher Zeitung vom 6./7.02.1999, S. 55.

Privathaushalte sind kein rechtsfreier Raum. Unzumutbare Arbeitsverhältnisse müssen verhindert werden.

Bereich pflegerischer Sorge-Arbeit zumindest abzuschwächen. Die Zurückhaltung deutscher Behörden, hinter die Kulissen der privaten Haushalte zu sehen und Missstände zu beseitigen, wird oft unter Hinweis auf die Besonderheiten der häuslichen Privatsphäre begründet. Wie jedoch die Gesetze gegen häusliche Gewalt zeigen, ist der Privathaushalt mitnichten ein rechtsfreier Raum: Für die bezahlte Sorge-Arbeit bedeutet das in jedem Fall, dass die staatlichen Institutionen aufgerufen und zudem aufgrund der Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 189 auch verpflichtet sind, unzumutbare Arbeitsverhältnisse zu verhindern.

selbst Sorge-Arbeit für andere zu übernehmen, ohne deshalb vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und am Aufbau von substantiellen Erwerbsbiographien gehindert zu werden. Wegweisend ist in diesem Zusammenhang das aktuelle Verhandlungsergebnis der IG Metall, das für Eltern und pflegende Angehörige nicht nur eine Lohnerhöhung, sondern auch einen Anspruch auf verkürzte Vollzeit und mehr freie Zeit bringt mit garantiertem Recht, wieder zu ihrer normalen Vollzeit zurückzukehren – oder erneut einen Antrag auf verkürzte Vollzeit zu stellen: Ein Lohnausgleich bei familiär bedingter Arbeitszeitreduzierung ist allerdings bisher nicht gelungen.

Arbeitszeitverkürzungen bei teilweisem Lohnausgleich bleiben gleichwohl ein zentraler Baustein, um Erwerbsarbeit und private Sorge-Arbeit in Einklang zu bringen, um Altersarmut von Frauen zu verringern und um die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.

Prof. em. Dr. Uta Meier-Gräwe ■



Foto: MaximFesenko | iStock

Wer sorgt sich tatsächlich?

Aktuelle Erkenntnisse zur Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit

Für eine neue Bewertung der Sorge- und Erwerbsarbeit in der Gesellschaft und für die Möglichkeiten von Familien, diese besser organisieren zu können, sind – neben den infrastrukturellen Betreuungsangeboten für Kinder – die familienbezogenen Leistungen zentral.

Die heutigen „aktiven Väter“ fühlen sich ebenso wie die Mütter für die Erziehung und das Wohl der Kinder verantwortlich.

Seit 2007 erhalten Familien kein Bundeserziehungsgeld mehr, sondern Elterngeld. In 2015 wurde diese Leistung mit dem ElterngeldPlus mit Partnerschaftsbonus weiterentwickelt. Die Bundesregierung spricht in ihrer Bilanz zu zehn Jahren Elterngeld von einem Paradigmenwechsel in der Familienpolitik in Deutschland: weg von der bisherigen Begünstigung der geltenden Geschlechternorm in der Aufgabenteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern. Weg von der damit verbundenen verlängerten Erwerbsunterbrechung der Mütter zugunsten des häufig hauptverdienenden, vollzeitbeschäftigten Vaters. Hin zu einer höheren Erwerbsbeteiligung der Mütter und einer (zeitweisen) Reduzierung der Arbeitszeit der Väter zugunsten der Familie.

Damit wird – neben der familienpolitischen Komponente – ein weiteres Motiv für diesen Paradigmenwechsel deutlich: eine arbeitsmarktpolitische. Frauen wurden und werden als Fachkräfte dringend benötigt.

Führen diese Maßnahmen inzwischen tatsächlich zu einer Neuorganisation von privater Sorge-Arbeit? Zahlreiche Studien, die in dem von der Bundesregierung im Mai 2018 vorgelegten aktualisierten Väterreport ausgewertet wurden, geben zu einer Reihe von Aspekten aussagekräftige Antworten:

Männer wünschen eine „aktive Vaterschaft“ und haben Interesse an mehr Partnerschaftlichkeit

Im Selbstverständnis der Väter ist spätestens seit Ende der 1970er Jahre eine deutliche Veränderung zu erkennen. Die heutigen sog. „aktiven Väter“ fühlen sich ebenso wie die Mütter für die Erziehung und das Wohl der Kinder verantwortlich, beteiligen sich stärker

und sind an einer partnerschaftlichen Aufgabenteilung interessiert. So äußern fast 60 Prozent der Väter mit Kindern unter sechs Jahren den Wunsch, mindestens die Hälfte der Kinderbetreuung zu übernehmen. In Bezug auf die Übernahme von Haus- und Familienarbeit zeigen die Studien unterschiedlich deutlich eine Zunahme der Vorstellung einer gleichen Aufteilung. Allerdings bleibt die Bedeutung der eigenen Vollzeitberufstätigkeit bei Männern überwiegend – auch in jungen Altersgruppen (18-34 Jahre) – sehr hoch. Verändert hat sich hingegen die Haltung zur Verantwortung für die wirtschaftliche Existenzsicherung der Familie. Junge Männer wollen, dass die Partnerin selbst für ihren Lebensunterhalt zuständig ist, Väter wollen sich nicht mehr nur auf die materielle Absicherung der Familie konzentrieren, junge Frauen wünschen sich einen gelungenen Ausgleich zwischen Erwerbstätigkeit und Familienarbeit. Von den Eltern finden es drei Viertel ideal, wenn sich Paare bei ihren beruflichen Plänen unterstützen.

Soweit die Vorstellungen. Wie sieht die Realität aus?



Die Nutzung von Elternzeit durch Väter nimmt stetig zu – die Dauer bleibt begrenzt

Inwieweit die beschriebenen Haltungen tatsächlich auch zu einer Veränderung in der Gestaltung des Familienlebens führen, zeigt – zumindest in der Tendenz – ein Blick auf das Nutzerverhalten von Eltern beim Elterngeld, beim ElterngeldPlus und den Partnerschaftsmonaten.

Heute geht jeder dritte Vater neu geborener Kinder in Elternzeit, Bayern gehört mit 43 Prozent dabei zu den Spitzenreitern. Diese ermutigende Zahl ist aber in Bezug auf unsere Fragestellung erst dann wirklich aussagekräftig, wenn auch die Bezugsdauer berücksichtigt wird: 58 Prozent der Väter entscheidet sich für die Mindestbezugszeit des Elterngeldes von zwei Monaten, 21 Prozent für eine Bezugszeit von drei bis neun Monaten, immerhin fast 15 Prozent für zehn bis zwölf Monate. In Bayern ist die durchschnittliche Bezugsdauer mit 2,7 Monaten vergleichsweise gering.

In der Elternzeit unterbrechen die Väter überwiegend ihre Berufstätigkeit vollständig. Von den gut 30 Prozent der Väter, die Elterngeld beantragen, haben sich wiederum 30 Prozent für das ElterngeldPlus und dabei ein Drittel zugleich für den Partnerschaftsbonus entschieden. Das bedeutet, beide Eltern arbeiten in Teilzeit, bei dem Partnerschaftsbonus sogar beide für mindestens vier Monate parallel zwischen 25-30 Stunden.

Aktive Väter – engagierter in der Kinderbetreuung!

Von allen Vätern übernehmen nur 18 Prozent die Hälfte der Kinderbetreuung in der Familie. Generell verbringen Väter heute durchschnittlich knapp zehn Stunden pro Woche mit ihren Kindern, ein Zuwachs von einer Stunde in den letzten elf Jahren. Für Väter mit Elterngeldbe-

Beim Thema Hausarbeit wirkt eine stark geschlechterspezifische Aufgabenteilung fort.

zug ermöglicht dieser nicht nur in der Bezugszeit mehr Betreuung der Kinder zu übernehmen und damit eine intensivere Beziehung aufzubauen, sondern diese Entwicklung bleibt auch nach der Elternzeit bestehen. Väter, die nach der Elternzeit in ihren Beruf zurückkehren, verbringen dann im Durchschnitt eine Stunde mehr pro Tag mit ihren Kindern als vor der Elternzeit.

Aktive Väter – auch partnerschaftlich in der Haus- und Familienarbeit?

Unabhängig davon, wie lange Väter Elterngeld bezogen haben, wird die Familienarbeit auch Jahre später gleichmäßiger zwischen den Partnern aufgeteilt als bisher und als in den Familien, in denen der Vater kein Elterngeld genutzt hat – je mehr Elterngeldmonate je deutlicher fällt die Gleichver-

teilung aus. Dagegen verfestigt eine längere Elternzeit der Mutter langfristig die traditionelle Arbeitsteilung. Generell ist beim Thema Hausarbeit zu konstatieren, dass hier noch eine stark geschlechterspezifische Aufgabenteilung fortwirkt. Väter geben überwiegend (knapp 60 Prozent) an, (fast) nichts oder nur einen kleinen Teil der Hausarbeit zu erledigen. Der verbleibende Teil erledigt nach eigenen Angaben mindestens die Hälfte, wobei ein Großteil dieser Väter in Teilzeit arbeitet oder nicht erwerbstätig ist.

Der Umfang der Erwerbstätigkeit beider Eltern ist ein entscheidender Faktor

Der Umfang der Erwerbstätigkeit beider Eltern spielt bei beiden Fragen eine besondere Rolle. Bei den Vätern ist sie relevant für die Zeit, die sie mit ihren Kindern verbringen: Erst wenn Väter 30 bis 39 Wochenstunden arbeiten übernehmen knapp 70 Prozent weniger als die Hälfte der Kinderbetreuung.

Die Erwerbstätigkeit der Mütter ist der entscheidende Faktor für die Gleichverteilung der Familien- und Hausarbeit: Eine annähernde Gleichverteilung ist dann besonders häufig,



Den Väterreport kann man auf der Seite des Bundesfamilienministeriums herunterladen:

www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/vaeterreport/112722

wenn Väter und Mütter in ähnlichem Umfang erwerbstätig sind. Allerdings zeigen Studienergebnisse zu Partnerschaften generell: Auch Männer mit einer vollzeitberufstätigen Partnerin übernehmen mehrheitlich nur einen kleineren Teil der Hausarbeit.

In diesem Zusammenhang sind weitere Hinweise bedeutsam, nach denen Väter, die Elterngeld bezogen haben, prinzipiell – und insbesondere direkt nach den Elterngeldmonaten – eine Bereitschaft zur längerfristigen Arbeitszeitverkürzung aufzuweisen scheinen. Interessant ist dabei die Einschränkung, dass dies vor allem Väter bzw. Eltern tun, die – neben anderen Merkmalen – beide über eine hohe berufliche Qualifikation verfügen und in Großstädten wohnen.

Die Auswirkungen des Elterngelds auf die Erwerbstätigkeit der Frauen fallen eindeutiger aus. Die Möglichkeit der Elternzeit für Väter erleichtert den Müttern eine frühere Rückkehr in die Erwerbstätigkeit. Mütter, deren Partner in Elternzeit ist, haben eine mehr als doppelt so hohe Erwerbsquote (36 Prozent) als Mütter, deren Partner (gerade) nicht in Elternzeit ist. Insbesondere Partnermonate führen zu einem höheren Stundenumfang bei Müttern.

Die Erwerbstätigkeit beider Elternteile ist heute weitgehend Normalität, sie bleibt aber meist im Rahmen des Zuverdienermodells, d.h. Väter in Vollzeit, Mütter in Teilzeit (nur rund 2 Prozent haben eine partnerschaftliche Aufteilung zwischen 30-39 Wochenstunden). Und immerhin noch jede vierte Familie lebt das „klassische“ Einverdienermodell mit einer Mutter ohne Erwerbstätigkeit.

Unternehmen müssen konsequenter handeln – strukturell und kulturell!

Inzwischen bieten zwar über 90 Prozent der Unternehmen in Deutschland flexible Arbeitszeitregelungen mit Gleitzeit und Arbeitszeitkonten an, aber immer noch stehen den Wünschen von mehr als der Hälfte der Väter (mit minderjährigen Kindern) nach längerer Elternzeit, in vollzeitnaher Teilzeit (im Durchschnitt 35 Wochenstunden) und ohne Überstunden arbeiten zu können, die oben beschriebene Realität gegenüber. Hinderlich sind nach ihren Aussagen das fehlende Rückkehrrecht auf Vollzeit, unklare berufliche Entwicklungsperspektiven für beide Eltern im Unternehmen und die tatsächlichen Nutzungs-

möglichkeiten von angebotenen Arbeitszeitmodellen aufgrund einer nicht gelebten familienfreundlichen Führungskultur im Unternehmen. So gibt es deutliche Unterschiede in der Einschätzung von Personalverantwortlichen und Beschäftigten in Bezug auf die selbstverständliche Nutzung der Angebote zur besseren Vereinbarkeit im Unternehmen. Die Beschäftigten schätzen diese geringer ein, und vielen fehlt nach eigener Aussage der Mut, die Angebote in Anspruch zu nehmen.

So wird eine partnerschaftliche Vereinbarkeit in Betrieben offensichtlich dann eher möglich, wenn sie Familienfreundlichkeit mit Gleichstellungszielen verbinden und Frauen wie Männer Voll- und Teilzeitmodelle ohne Karrierenachteile flexibel nutzen können. Hinzukommen muss eine Unternehmens- und Führungskultur mit Vorbildern – insbesondere mit „aktiven Vätern“ – auf allen Ebenen.



Knapp 60 Prozent der Väter geben an, (fast) nichts oder nur einen kleinen Teil der Hausarbeit zu erledigen.
Foto: Halfpoint | Adobe Stock

Hingewiesen sei an dieser Stelle auf die im Väterreport auch aufgezeigten Studienergebnisse zu positiven wirtschaftlichen Effekten von Familienfreundlichkeit: die Unternehmen profitieren auf ganz unterschiedlichen Ebenen von der Unterstützung eines partnerschaftlichen Familienmodells (z.B. Mitarbeitergewinnung, -bindung, -zufriedenheit und eine damit verbundene höhere Produktivität sowie Renditepotenziale). Darüber hinaus zeichnen sich ebenfalls gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsgewinne ab!

Die Gesellschaft beginnt Sorge-Arbeit neu zu bewerten – eine zentrale Voraussetzung

Ein Indiz, dass nicht nur das eigene Rollenverständnis von Vätern und Müttern sich verändert hat, sondern auch die gesellschaftlich dominierenden Vorstellungen von den jeweiligen Rollen und Aufgaben in der Familie, ist: Väter sollen – entsprechend der Befragungsergebnisse – nicht mehr die alles bestimmenden aber kaum präsenten Alleinverdiener sein, sondern so viel Zeit wie möglich mit ihren Kindern verbringen und sie sollen damit die Erwerbstätigkeit der Mutter ermöglichen.

Ein weiteres Indiz ist, dass die große Mehrheit der Bevölkerung inzwischen auch die Politik und Wirtschaft in der Pflicht sieht, Eltern bei der Umsetzung einer partnerschaftlichen bzw. zumindest gleichmäßigeren Aufteilung der Aufgaben zu unterstützen und eine staatliche finanzielle Unterstützung der Familien in Form einer Lohnersatzleistung für „eine gute Sache“ hält.

Damit Wunsch und Wirklichkeit zusammenfinden sind bisherige Wege besser auszubauen

In den gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen, in der Sicht auf die Verantwortlichkeit für Sorge-Arbeit in der Familie, in der Erwerbstätigkeit der Eltern sowie in persönlichen Wünschen von Vätern und Müttern dazu ist Bewegung gekommen – wenn auch noch begrenzt. Auf familienpolitischer Ebene sind die gesellschaftliche Bedeutung von Sorge-Arbeit und der dringende Handlungsbedarf zumindest erkannt und erste Maßnahmen zur besseren finanziellen Absicherung von Familien für ihre familiäre Sorge-Arbeit etabliert. Diese zeigen einen deutlichen Trend in Richtung Veränderung, sind aber noch lange nicht ausreichend. Denn die tatsächliche Situation in den Familien ist immer noch so: Väter sind in Deutschland mehrheitlich die Haupternährer und verbringen viele Stunden mit Erwerbsarbeit – mit

den Vordergrund stellen. Deswegen müssen familienbezogene Leistungen so gestaltet sein, dass sie insgesamt Männern und Frauen, Vätern und Müttern Erwerbstätigkeit und Sorgetätigkeit gleichermaßen und partnerschaftlich aufgeteilt ermöglichen. Das Konzept der Bündelung und Berechnung von Leistungen als Kindergrundsicherung, das auch der Paritätische vertritt, zeigt hier einen Weg.

Auch in der Arbeitswelt, in den Betrieben erfolgt ein Umdenken und Handeln auf struktureller Ebene mit einer Vielzahl an Angeboten für eine flexiblere Gestaltung der Erwerbstätigkeit. Entscheidend für Väter sind aber weitere Veränderungen in der gelebten Unternehmens- und Führungskultur, die es ihnen ermöglicht bzw. sie ermutigt, diese auch ohne

Familienbezogene Leistungen müssen so gestaltet sein, dass sie Frauen und Männern ermöglichen, Sorgetätigkeit und Erwerbstätigkeit gleichermaßen und partnerschaftlich aufzuteilen.

durchschnittlich 45 Stunden pro Woche mehr als der europäische Durchschnitt und im deutschlandbezogenen Durchschnitt eine Stunde länger als Männer ohne Kinder. Sie haben vor allem in der Woche wenig Zeit für Kinder und Familie. Frauen leisten, so weist es der zweite Gleichstellungsbericht aus, in Paarhaushalten mit Kindern im Durchschnitt täglich mehr als Dreiviertel der unbezahlten Arbeit für andere (Gender-Care-Gap).

Diese Situation hat entscheidend mit der wirtschaftlichen Situation der Familien zu tun, denn sie müssen – häufig ohne Entscheidungsspielraum – wirtschaftliche Überlegungen in

befürchtete oder tatsächliche Nachteile wahrzunehmen. Für Mütter ist der entscheidende Faktor die Höhe ihres Einkommens, denn diese hat einen Einfluss auf den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit als auch auf die Inanspruchnahme von Elterngeld durch den Partner.

Hier wird ein dritter grundlegender Handlungsbedarf evident: Ein frauenpolitischer. Solange der Gender-Pay-Gap nicht geschlossen ist, lässt sich auch der Gender-Care-Gap nicht schließen!

Antje Krüger ■

Geteilte Elternzeit, geteilte Freude, geteilte Sorge

Kaum schwanger, stand bei uns nicht nur der Name fest, sondern auch unsere zukünftige Rollenaufteilung: Ich möchte arbeiten, J. möchte daheimbleiben und sich um unseren Sohn kümmern – am liebsten schon von Geburt an. Dagegen sprachen dann aber doch ein paar biologische Argumente. So entschieden wir uns, den vierten und fünften Monat gemeinsam Elternzeit zu nehmen, und danach tauschen wir unserer Rollen.

Wenn Mutti von der Arbeit kommt, ist das Kind bereits versorgt und der Haushalt gemacht.

Eine gute Entscheidung! Eine Entscheidung, die jeden das machen lässt, was ihm am meisten Spaß macht und jedem Freiraum gibt. Ich bin zwar eine arbeitende Mutti, aber eine, die am Nachmittag heimkommt und Familie genießen kann. Der Haushalt ist bereits erledigt, das Kind versorgt und bespaßt, die Wäsche gemacht und meistens ist auch das Essen fertig. Die letzten Tagesstunden stehen im Zeichen der Familie. Wir sind beide sehr zufrieden so und genießen jede Minute unserer Rollenaufteilung.

Doch diese Entscheidung trafen wir nicht nur wegen unserer Lebensweisen. Die Entscheidung hatte auch einen knallharten finanziellen Hintergrund: Ich bin in unserer Beziehung die Hauptverdienerin und ein Leben in München ist teuer. So hatten wir im Endeffekt doch wieder Glück, dass sich unser Gehaltsgefüge mit unseren Neigungen miteinander vereinbaren ließ.

Für uns ist unser Rollenverständnis selbstverständlich – für viele andere nicht. Das bemerken wir immer wieder in Gesprächen mit Freunden und insbesondere mit Fremden.

Anfangs wurde uns sogar prophezeit, dass die Trennung von meinem Kind bei einem so frühen Arbeitswiedereinstieg tragisch sein würde, es führe sogar zu einer Schädigung der Mutter-Kind-Bindung bis hin zum chaotischen Untergang unserer Beziehung. Nichts von dem ist eingetroffen. Im Gegenteil: Unser Sohn ist ein entspanntes Kind, mit dem man die Liebe zum Leben förmlich spüren kann. Keine Schädigung und keine gestörten Verhältnisse. Wir Eltern sind ausgeglichen, weil jeder das macht, was er am liebsten macht.

Doch auch diese Zeit wird sich bald ändern: Das Elterngeld endet nach zwölf Monaten. Danach dürfen wir uns über 250 Euro Bayerisches Landeselterngeld freuen. Davon können wir aber keine Miete zahlen und uns ein Leben in München ohne starke Einschränkungen nicht leisten. Es bleibt nur die Möglichkeit, dass wir beide wieder arbeiten müssen. Unser Sohn muss in die Kinderkrippe. Durch den Paritätischen als Arbeitgeber mit seinen vielen und guten Kitas hatten wir großes Glück. Unser Krippenplatz ist gesichert!

Der Papa reduziert seine Arbeitszeit.

Damit wir auch weiter Familie sein können und unser Sohn rechtzeitig zur Kita gebracht und abgeholt werden kann (wir haben keine Eltern

hier in der Nähe), wird J. seine Arbeitszeit um 25 Prozent reduzieren. Wahrscheinlich wird er mit seinem Gehalt gerade mal den Kita-Platz und ein wenig drum rum zahlen können, denn für eine kommunale Förderung verdienen wir noch zu viel. Jedoch bleiben wir unserem eigenen Rollenverständnis treu ... weil wir es so wollen!



Foto: privat

Ob wir uns auch ohne diesen finanziellen Background so entscheiden würden? Ja! Und jeder Tag unseres Alltags gibt uns recht. Eine Frau muss nicht daheimbleiben, nur weil sie eine Frau und die Mutter ist. Wenn der Vater es wirklich möchte, kann er mindestens genauso gut für das Kind sorgen. Leider ist die Gesellschaft, wie viele Diskussionen uns im Vorfeld zeigten, noch nicht ganz bereit für eine solche Rollenaufteilung. Doch dass 2016 der Mann im

Leider ist die Gesellschaft noch nicht ganz bereit für eine solche Rollenaufteilung.

Durchschnitt 3,5 Monate Elternzeit nahm und nicht nur die „klassischen zwei Reisemonate“, gibt Hoffnung zu einem neuen Trend. In diesem Zusammenhang sollte auch honoriert werden, dass der Staat durch einen gesetzlichen Anspruch auf Elternzeit und Elterngeld diesen leichten Trend möglich gemacht hat.

Lydia Hoppert ■

Kindertagesbetreuung

Ein Ansatzpunkt zur Bewältigung der Care-Krise

Ausbau und Bedarf in der Kindertagesbetreuung

Die Kita als erster öffentlicher Ort der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung ist sowohl dauerhaftes familien- und sozialpolitisches Großprojekt, wie zentrales Thema der bildungspolitischen Agenda. Der quantitative Ausbau kann noch lange nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Der zeitliche Betreuungsbedarf und die steigende Zahl der Kinder sowie der im Jahr 2013 eingeführte Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtungen für ein- und zweijährige Kinder machen weitere Ausbauanstrengungen notwendig. Und das obwohl kein Bereich des Bildungswesens in den vergangenen Jahrzehnten vergleichbar gewachsen ist. Die Care-Krise zeigt sich im Bereich der Kindertagesbetreuung in zu wenigen Betreuungsplätzen und fehlendem Personal. Durch den im Koalitionsvertrag angekündigten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler wird sich die Situation weiter verschärfen.

Im Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme 2018 (Bertelsmann Stiftung, Key Facts, Bayern, Stichtag 01.03.2018) ist zu lesen, dass die überwiegende Zahl der Kinder von drei bis sechs Jahren in Bayern – nämlich 92 Prozent – in Kindertagesstätten betreut werden sowie 25 Prozent der unter Dreijährigen. Da der Bedarf an ganztägigen Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangeboten für die gesamte frühe Kindheit und die Betreuung von Grundschulkindern besteht, spricht Thomas Rauschenbach, Leiter des Deutschen Jugendinstituts, von einer einzigartigen Expansion in der Geschichte der pädagogischen Institutionen in einem so kurzen Zeitraum.¹



Foto: Robert Kneschke | fotolia

Durch diesen massiven Aufbau von Betreuungsplätzen, in den vergangenen Jahren konnte eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden. Immer weniger Mütter übernehmen zu Hause Vollzeit die Kindertagesbetreuung und gehen stattdessen immer früher nach dem Mutterschutz einer Erwerbsarbeit nach. Trotz des massiven Ausbaues zeigt sich die Care-Krise für Familien, wenn Betreuungsplätze nicht vorhanden sind, die Angebote nicht flexibel gestaltet bzw. abgerufen oder nicht finanziert werden können. Dies belastet insbesondere Alleinerziehende. Eine weitere grundsätzliche Problematik für alle Eltern besteht darin, wenn die Betreuungsangebote in einer nicht akzeptablen Qualität zur Verfügung stehen.

Der Bildungsbericht geht davon aus, dass bis etwa 2025 zusätzlich rund 740.000 Betreuungsplätze in den Krippen und Kitas für Deutschland notwendig werden. Der zusätzli-

che geschätzte Bedarf von 200.000 Betreuungsplätzen in Deutschland für Grundschüler müsste ggf. noch dazu addiert werden.² Auch Bayern hat noch erhebliche Bedarfe insbesondere bei der Schulkindbetreuung.

Insgesamt ergibt sich in Bayern für die Jahre 2021 und 2022, also die Jahre, in denen der Qualitätsausbau im Rahmen des „Gute-Kita-Gesetzes“ vom Bund unterstützt werden soll, nach Rechnung der Bertelsmann Stiftung, eine Finanzierungslücke von 323 Millionen Euro pro Jahr.³

Private und öffentliche Sorge

Die Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern findet heute schon und zukünftig vorrangig in öffentlicher Verantwortung statt, also in den Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe, in den Krippen, Kitas, Horten, Kinderhäusern und in der Kindertagespflege.



Personalschlüssel als Stellschraube für Qualität

Natürlich bestehen die Betreuungsbedarfe auch für Grundschüler und bei den „großen Kindern“, den über 10-Jährigen, die eine weiterführende Schule besuchen. In einigen östlichen Bundesländern verbringen 70 Prozent der Kinder, 45 Stunden oder mehr wöchentlich in den Einrichtungen, in Bayern sind die meisten Kinder zwischen 25 bis 35 Stunden wöchentlich in der Kindertagesbetreuung.

In all diesen Bereichen werden gleichermaßen Erzieher/-innen und Sozialpädagogen/-innen oder Kindheitspädagogen/-innen etc. als Fachpersonal in der Ganztagsbetreuung benötigt.

„Gute-KiTa-Gesetz“ – „Damit es jedes Kind packt.“

Der Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung oder kurz „Gute-KiTa Gesetz“, liegt seit Juli dieses Jahres vor und hat im September das Bundeskabinett passiert. Das Gesetz soll ab 2019 in Kraft treten und dem Bund die Möglichkeit geben mit einer Investition von 5,5 Milliarden Euro bis 2022 dazu beizutragen die Kitas zu verbessern. Gezielt soll ein Ausgleich der bestehenden Unterschiede zwischen den Ländern befördert werden und die Qualität der Einrichtungen weiterentwickelt werden. Für alle Kinder in Deutschland sollen einheitliche Startchancen erreicht werden. Eine Qualitätsoffensive ist notwendig, damit die Kita auch den Anforderungen als guter Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungs-ort gerecht werden kann. Qualitätsverbesserung kann nur mit entsprechend qualifiziertem Personal in ausreichender Zahl umgesetzt werden. Der Schlüssel zur guten Kinderbetreuung ist das Personal.

Der Fachkräftebedarf ist nicht mehr zu decken, wenn als qualitätssteigernde Maßnahme der Personalschlüssel (in einigen Bundesländern drastisch) verbessert werden soll. Gleichwohl genau hier angesetzt werden muss, um die Qualität zu verbessern. Aus dem „Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme 2018“ der Bertelmann Stiftung geht hervor, dass die Personalschlüssel ganz erheblich zwischen den Bundesländern variieren. Die Bertelmann

Insbesondere für Alleinerziehende entsteht durch fehlende Betreuungsplätze ein Teufelskreis. So kann keine Erwerbsarbeit aufgenommen werden und die ohnehin große Armutsbedrohung kann nicht aus eigener Kraft entschärft werden.

Je finanzkräftiger Eltern sind, desto mehr und in der Regel auch qualitativ bessere Care-Arbeit von professioneller Seite kann

Der Schlüssel zur guten Kinderbetreuung ist das Personal.

Stiftung empfiehlt einen Personalschlüssel für die unter Dreijährigen von 1:3,0 und einen von 1:7,5 für die Drei- bis Sechsjährigen. Für Bayern liegt der Personalschlüssel bei 1:3,7 für die Krippen und bei 1:8,5 für die Kitas, in Mecklenburg-Vorpommern hingegen bei 1:6 für die Krippen und 1:13,4 für die Kitas, in Sachsen sind die Schlüssel vergleichbar. In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Markus Söder ist von einer ganz anderen Idee zur Entschärfung der Personalnot in den Kitas zu lesen: 2000 Tagespflegepersonen sollen die Erzieherinnen entlasten. Da diese Personen dann wiederum in der auch beliebten Tagespflege fehlen, kommt so nicht wirklich neues Personal in den Bereich, es wird nur verschoben. Außerdem scheinen Zweifel berechtigt, dass Tagespflegepersonen Interesse haben als Helferinnen der Erzieherinnen in Kindertagesstätten zu arbeiten. Hätten diese das gewollt, wäre es ihnen auch möglich gewesen eine Ausbildung zur Kinderpflegerin zu absolvieren.

Gute Kita – eine Frage des Geldes

„Kita-Beiträge belasten laut einer neuen Elternbefragung arme Haushalte überproportional. Dennoch wären die meisten Eltern – **unabhängig vom Einkommen** – bereit, noch mehr für Kitas zu zahlen, wenn die Qualität besser wird.“⁴ Nachgewiesen ist auch, dass insbesondere Kinder aus einkommensschwachen Haushalten besonders von den Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangeboten in öffentlicher Verantwortung profitieren.

eingekauft werden und so können sich entsprechend gut situierte Eltern privat von der Care-Arbeit besser entlasten als ärmere Familien. Versorgungslücken entstehen speziell da, wo wenig ökonomisches Kapital vorhanden ist, also paradoxerweise da, wo es am nötigsten wäre, Arbeit und Familie zu vereinbaren und Kinder gut zu fördern. Die Beitragsfreiheit für finanzschwache Familien, die im „Gute-KiTa-Gesetz“ festgeschrieben ist, ist eine auch vom Paritätischen geforderte, sinnvolle Maßnahme gegen diese Ungerechtigkeit.

Attraktivität des Erzieherinnenberufs und Zugänge

Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Berufsfeldes Kindertagesbetreuung sind bereits im „Gute-KiTa-Gesetz“ beschrieben. Wie etwa die Zahlung einer Ausbildungsvergütung oder die Überarbeitung der Ausbildung. In Bayern zum Beispiel durch das Angebot der sogenannten OPTIPRAX Ausbildung, die die Ausbildungszeit für z.B. Abiturienten um ein Jahr verkürzt und praxisintegriert ausbildet. Außerdem hat Bayern unterschiedliche Möglichkeiten zum Quereinstieg wie z.B. die Weiterbildung zur „Fachkraft mit besonderer



Frauen und Männer in der Kita

Qualifikation“ geschaffen. Hier werden in anderen Berufen bereits ausgebildete Menschen mit Berufserfahrung umgeschult zu pädagogischen Fachkräften. Weiteres Potential bietet die zunehmende Akademisierung z.B. zur Kindheitspädagogin. Die Ausbildungsplätze an den Fachschulen wurden in den vergangenen Jahren schon massiv ausgebaut und konnten auch immer entsprechend besetzt werden. Was als ein Indiz für das große ungebrochene Interesse am Beruf der Erzieherin gewertet werden kann. Die Attraktivität des Erzieherinnenberufs kann auch dadurch gesteigert werden, dass Arbeitgeber vor Ort bessere Arbeitsbedingungen bieten, durch flexible Arbeitszeitmodelle, spezielle Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten oder Vorkehrungen zur Gesundheitsprävention.

Noch nicht sehr erfolgreich ist die Akquise junger Männer als Fachkräfte in der Frühkindlichen Bildung, hier gibt es noch viel Potential. Insbesondere der Bereich der Frühen Bildung ist stark Frauen dominiert. In der Frühen Bildung sind 92 Prozent der Beschäftigten weiblich, dieser Arbeitsmarkt zählt zu den am stärksten geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitsfeldern. (Vgl. S.102, Fachkräftebarometer 2017). Dieses Potential zu erschließen, ist nicht alleine durch den Bereich der sozialen Arbeit beeinflussbar. Darauf zielt auch das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanzierte Bundesmodellprogramm „Quereinstieg Männer und Frauen in Kitas“. Gefördert werden dabei Modellprojekte, die vergütete Ausbildungen von Erzieherinnen und Erziehern erproben und speziell auf Berufswechslern und Berufswechsler zugeschnitten sind. Vermutlich könnten mehr Männer für den Beruf gewonnen werden, wenn die Bezahlung und die gesellschaftliche Anerkennung höher wären.

Dr. Melanie Mönnich ■

¹ T. Rauschenbach, M. Schilling, C. Meiner-Teubner: Plätze. Personal. Finanzen – der Kita-Ausbau geht weiter. Zukunftsszenarien zur Kindertages- und Grundschulbetreuung in Deutschland. Version 2, 2017, Dortmund, 2017

² Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2018. Ein Indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zur Wirkungen und Erträgen von Bildung. Bielefeld 2018. Seite 69. www.bildungsbericht.de

³ Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme 2018, Key Facts Bayern

⁴ Bertelsmann Stiftung, ElternZOOM 2018, Schwerpunkt: Elternbeteiligung an der KiTa-Finanzierung, Umfrage 28.05.2018 Quelle: <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/mai/mehr-kita-qualitaet-und-beitragsfreiheit-kostenjaehrlich-15-milliarden-euro/>



**Immer noch selten:
Männer in Kitas**

In der frühen Bildung sind 92 Prozent der Beschäftigten weiblich.
Foto: omgimages | iStock

Erfolgsmodell in NRW

Flexible und ergänzende Kinderbetreuungsangebote erhöhen Erwerbschancen von Alleinerziehenden

Erwerbstätigkeit, Haushalt und Kindererziehung sind auch heute noch nicht leicht miteinander zu vereinbaren, insbesondere für alleinerziehende Mütter und Väter. Während sich die Arbeitswelt durch die Digitalisierung in vielen Bereichen verändert und von Erwerbstätigen viel Flexibilität erwartet wird, bleiben unsere Kinderbetreuungsangebote immer noch zu wenig flexibel.

Familienfreundliche Arbeitszeiten und Öffnungszeiten von Kitas sind zwei Seiten einer Medaille

Dies macht es für Alleinerziehende nicht einfach: Die Kita schließt um fünf, die Schicht geht bis um acht – solche und ähnliche Betreuungslücken verhindern, dass berufstätige Mütter z.B. im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Pflege- und Erziehungsbereich mit ihrem Beruf ihren Lebensunterhalt sichern können. Sie bleiben in der Teilzeitfalle stecken oder sind Aufstocker*innen in Hartz IV. Andere suchen händeringend für die vierzehn Wochen Schulferien in Bayern, für die Randzeiten, für Zeiten der Fortbildung oder im Notfall ein auch bezahlbares Ferien- und Betreuungsangebot.

VAMV Modellprojekte schließen Betreuungslücken, bieten Beratung und Unterstützung an

Die Ergebnisse der Evaluation nach drei Jahren Laufzeit der Modellprojekte in NRW, Berlin und Rheinland-Pfalz zeigen: Dank der individuellen ergänzenden Kinderbetreuung früh, spät und am Wochenende, durch Beratung und Unterstützung konnten Alleinerziehende ihre Erwerbstätigkeit und ihr Einkommen steigern, bzw. ihre Ausbildung sichern und die Teilhabe

und Perspektive der Kinder hat sich verbessert. Die Zufriedenheit der Projektteilnehmenden mit der ökonomischen Situation sowie mit der Vereinbarkeit ist deutlich gestiegen. Eine weitestgehende Gebührenfreiheit hat diese Effekte begünstigt.

Erfolgsmodell ergänzende Kinderbetreuung „Sonne, Mond und Sterne“ des VAMV NRW

Die ergänzende Kinderbetreuung ist ein ergänzendes Angebot zu Kindertageseinrichtungen, offener Ganztagschule und zur Ganztagsbetreuung an weiterführenden Schulen. Die Betreuung findet früh morgens, spät nachmittags, abends, am Wochenende und an Feiertagen sowie über Nacht statt. Betreut werden Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren. Ihre Betreuung erfolgt im Haushalt der Eltern durch qualifizierte Betreuer*innen, den sog. Kinderfeen und Kobolden. Der Organisationsaufwand für Alleinerziehende wird so weit wie möglich reduziert. Eltern und Kinder können entspannte Tagesverläufe auch bei „ungewöhnlichen“

Arbeitszeiten erleben. Die Betreuung im Haushalt der Eltern verhindert „Zumutungen“ für Kinder, wie extrem frühes Aufstehen, unsichere private Lösungen oder Zeiten ohne Ansprechpartner*innen für Schulkinder.

Am Modellstandort Essen, wo das Projekt weitergeführt wird, haben dank der ergänzenden Kinderbetreuung z.B. mehrere alleinerziehende Mütter eine Ausbildung im Pflegebereich absolvieren können, anderen gelang durch die Ausweitung der Erwerbstätigkeit der Schritt raus aus den Grundsicherungsleistungen.

Ergänzende Kinderbetreuung zu Randzeiten auch in Bayern?

Auch in Bayern brauchen wir den Ausbau qualitativ hochwertiger, flexibler Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote, insbesondere zu Ferien- und Randzeiten und an den Wochenenden, um Beruf und Familie vereinbaren zu können. Dies setzt eine Veränderung in der Angebotsstruktur und flexiblere Buchungszeiten voraus, eine möglichst weitgehende Gebührenfreiheit und den Mut, auch in Bayern Modellprojekte zu initiieren und umzusetzen.

Helga Jäger, Projektleitung,
VAMV Landesverband Bayern e.V. ■

Weitere Infos zu den Modellprojekten, zur Evaluation und zu Handlungsempfehlungen des VAMV zur flächendeckenden Umsetzung ergänzender Kinderbetreuung finden Sie unter <https://www.vamv.de/modellprojekt-kinderbetreuung/>
<https://www.vamv-nrw.de/>

Zuschuss für Kinderbetreuung in Randzeiten für Alleinerziehende in Erlangen der Bürgerstiftung Erlangen; Hinweise und Durchführung unter <http://erlanger-familienbuendnis.de/kinderbetreuung/>

Petitionen von Alleinerziehenden in NRW und u.a. auch aus dem Landkreis Hof „Arbeit statt Armut – Kinderbetreuung in Randzeiten sicherstellen“ unter <https://weact.campact.de/efforts/arbeit-statt-armut>

Arbeitgeber in der Verantwortung

Gute Arbeitsbedingungen und hohe Zufriedenheit bei den Beschäftigten in den PariKitas

Im Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung empfiehlt die Expertenkommission die sogenannten SAGHE-Berufe zu „Lebensberufen“ zu entwickeln. Also zu Berufen, in denen die Beschäftigten die hohen körperlichen und psychischen Anforderungen dauerhaft erfüllen und sich weiterqualifizieren können. Zu Berufen, die auch existenzsichernd sind und eine wirkliche Erwerbs-Lebensperspektive bieten. Dafür braucht Sorge-Arbeit zum einen – ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend – größere Anerkennung und eine gesellschaftliche Aufwertung, verbunden mit einer besseren Bezahlung. Zum anderen müssen die Arbeitgeber ihrer Verantwortung nachkommen, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen und ihren Beschäftigten Entwicklungsperspektiven zu bieten. Wie das möglich ist, zeigen die PariKitas, die seit einigen Jahren daran arbeiten, und damit die Zufriedenheit ihrer Beschäftigten deutlich gesteigert haben.

„Wir wollten vor zehn Jahren zunächst die Personal-Fluktuation stoppen und uns auf den absehbaren Fachkräftemangel einstellen“, berichtet Raymond Walke, der Geschäftsführer des Paritätischen Tochterunternehmens. Dazu wurde eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt, die partizipativ angelegt war und gut genutzt wurde. „Damit wussten wir genau, warum unsere Mitarbeiter/-innen unzufrieden sind“, so Walke. Zusammen mit ihnen wurde ein Maßnahmenkatalog entwickelt und Stück für Stück abgearbeitet. Ein zentraler Aspekt für die Mitarbeiter/-innen war die Wertschätzung der geleisteten Arbeit und das Gefühl, ernstgenommen zu werden. An nächster Stelle kamen bauliche Veränderungen, z.B. Schallschutzmaßnahmen, rückenfreundliche Sitzmöbel, die Steigerung der Aufenthaltsqualität in Personalräumen, etc.

Alle zwei Jahre gibt es einen Gesundheitstag.

Gesunde Kita

Das Thema Gesundheit wird bei den PariKitas sehr ernst genommen. „Wir haben strukturiert geschaut, wie sich Belastungen abbauen lassen“, so Walke. Aufbauend auf das bereits etablierte BGM-System (Betriebliches Gesundheitsmanagement) ist im Jahr 2015 das Projekt „Gesunde Kita“ gestartet worden. Damit wird der bisherige Fokus auf die Beschäftigten weiterentwickelt zu einem ganzheitlichen Ansatz für die gesamte Einrichtung. Die Kita soll ein Ort werden, an dem Kinder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Eltern Gesundheit leben können.



Zahlen zu den PariKitas

- Einrichtungen: 58
- Betreuungsplätze 3000
- Mitarbeiterzahl: 750
- Männeranteil: 4 Prozent

Um die psychische Belastung in den Teams zu reduzieren und Ressourcen besser zu nutzen gibt es Teamentwicklung und ggf. Coachings. Es wurde ein eigenes Weiterbildungsprogramm aufgelegt mit dem Titel „gesund führen“. Zweimal wurde bereits ein Workshop angeboten „gesund in die Rente“. Alle zwei Jahre gibt es einen Gesundheitstag. Der letzte fand dieses Jahr im Mai in Nürnberg in der Meistersingerhalle mit 550 Mitarbeiterin/-innen statt. An diesem Tag blieben alle PariKitas in Nord- und Südbayern geschlossen. Mit Bussen wurden die Mitarbeiterinnen und

„Sehr informativ, lustig!“

Mitarbeiter nach Nürnberg gefahren. Dort erwartete sie ein breites Angebot an vielfältigen Kursen aus den Bereichen Bewegung, Entspannung, Stressmanagement und Ernährung sowie Anregungen zu gesundheitsbewusster Lebensgestaltung.

Führung in Teilzeit: Ganz normal!

Auch dem Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie widmen die Parikitas große Beachtung. „Führen in Teilzeit ist bei uns ganz normal“, berichtet Raymond Walke. Einrichtungen werden z. T. von Müttern mit kleinen Kindern geleitet oder auch von zwei Leitungskräften als Team. Bei anberaumten Terminen wird generell immer geschaut, wer die Teilnehmenden sind und auf deren Zeitbudgets und familiären Verpflichtungen entsprechend Rücksicht genommen. „Das funktioniert alles sehr gut!“ so Walke.

Die Mitarbeiterinnen sind sich heute sicher, dass auf ihre Bedürfnisse Rücksicht genommen wird. Gleichzeitig sei auch ein Umdenken bei den Beschäftigten bezüglich der eigenen Flexibilität zu bemerken, so Walke. Neben den eigenen Interessen stehe das Funktionieren der gesamten Einrichtung im Vordergrund. Da sei klar, dass eben nicht alle nur vormittags arbeiten können.



Entwicklungsmöglichkeiten für die Beschäftigten

Auch im Bereich der Personalentwicklung hat sich in den Parikitas vieles getan. Ein Schwerpunkt liegt bei der Ausbildung zukünftiger Erzieherinnen und Erzieher. Die Parikitas nehmen am Modellprojekt Optiprax teil, bei dem die Ausbildung statt fünf lediglich drei Jahre dauert, die durchgängig vergütet werden.

Es gibt ein spezielles Entwicklungsprogramm für künftige Führungskräfte sowie eine Anleiterqualifizierung für Praxismentor/-innen. Die Fortbildung der Beschäftigten wird vom Arbeitgeber finanziert und das Personal dafür freigestellt. Bei den Paritätischen Kitas in Nordbayern ist ein Teil der Jahressonderzahlung daran gekoppelt, ob im Team eine bestimmte Fortbildungsquote erreicht wird. „Das schafft einen positiven Anreiz“, so Walke.

Hohe Identifikation

All diese Maßnahmen zeigen Früchte. So erreichte die Parikita beim Branchenwettbewerb „Beste Arbeitgeber“ von Great Place to Work den zweiten Platz in der Kategorie Pflege & Soziales. Bundesweit landete die Kinderbetreuung des Paritätischen in Bayern in der branchenunabhängigen Unternehmens-

kategorie 501 bis 2000 Mitarbeiter auf Rang zehn und zählt damit zu den „Besten Arbeitgebern Deutschlands“. Ausgezeichnet wurden Unternehmen, die ihren Beschäftigten eine besondere Unternehmenskultur und ein attraktives Arbeitsumfeld bieten.

Offenheit, Toleranz und Vielfalt waren die häufigsten Antworten der Mitarbeitenden auf die Frage: Für welche Werte steht die Parikita? Darüber hinaus wurden Wertschätzung, Fairness und Fürsorge ebenso genannt wie Modernität und Zukunftsorientierung. 86 Prozent stimmten der Aussage zu: „Alles in allem kann ich sagen, dies hier ist ein sehr guter Arbeitsplatz.“

Das Beispiel zeigt, dass mit einer partizipativen und familienfreundlichen Unternehmenskultur Arbeitsbedingungen geschaffen werden können, die Sorge-Berufe zu Lebensberufen machen. Allerdings benötigen sie dafür auch die entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen.

Susann Engert ■



Gute Pflege ist ein Menschenrecht

„Ich will eine gute Pflege und dafür braucht es Zeit!“

Pflegen und betreuen – ein gesellschaftliches Thema?

Knapp 70 Prozent aller Pflegebedürftigen in Bayern werden zu Hause gepflegt, betreut und versorgt. Zumeist sind es die nächsten Angehörigen, die tagein und tagaus, oft rund um die Uhr, für ihre pflegebedürftigen Familienmitglieder da sind. Mit dem Bayerischen Tag der pflegenden Angehörigen am 7. September 2018 würdigten der damalige Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Hermann Imhof, und Staatsministerin Melanie Huml die Leistungen, die diese Menschen für ihre Angehörigen erbringen. Viele von ihnen gaben ihren Beruf auf, um ihre Liebsten umfangreich pflegen zu können. Doch meist geben sie nicht nur ihren Job auf,

sondern auch ihre sozialen Kontakte und Aktivitäten sowie ihre Hobbys. Nicht selten gelangen die pflegenden Angehörigen mit ihren psychischen und physischen Kräften an ihre Grenzen.

Mit dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ ist das deutsche gesetzliche Pflegesystem hauptsächlich darauf ausgerichtet, dass Pflegebedürftige in erster Linie daheim gepflegt werden. Man geht davon aus, dass sich pflegebedürftige Menschen in ihrem vertrauten Umfeld wohler fühlen, vor allem, wenn sie liebevolle Pflege von ihren Angehörigen erfahren.

Unterstützung für pflegende Angehörige

Doch wie geht es den Angehörigen, die ihre nahestehenden Pflegebedürftigen betreuen und pflegen? Gibt es auch für sie Hilfe, wenn sie an ihre Grenzen geraten oder sich im Dschungel der vielen bürokratischen Möglichkeiten zurechtfinden müssen? Ja, die gibt's! Ein paar Punkte sind z.B.:

- Die Fachstellen für pflegende Angehörige bieten psychosoziale Beratung an, um zu begleiten und zu unterstützen. Bayernweit gibt es derzeit rund 100 Fachstellen, die auch durch das Land Bayern im Rahmen des Förderprogramms „Bayerisches Netzwerk Pflege“ gefördert werden. Viele Fachstellen für pflegende Angehörige sind auch beim Paritätischen Bayern organisiert. Sie leisten eine großartige Arbeit.

- Auch hat der Gesetzgeber mit den Angeboten zur Unterstützung im Alltag (Betreuungsangebote, Angebote zur Entlastung Pflegender und Angebote zur Entlastung im Alltag (Entlastungsangebote)) Möglichkeiten geschaffen, dass pflegende Angehörige rechtzeitig entlastet werden.
- Die Pflegekassen finanzieren Pflegekurse. Sie dienen der Schulung und Begleitung von pflegenden Angehörigen. Soziales Engagement im Bereich der Pflege soll so gefördert und gestärkt, Pflege und Betreuung erleichtert und verbessert sowie pflegebedingte körperliche und seelische Belastungen gemindert werden.
- Auch hat der Gesetzgeber die soziale Sicherung der Pflegepersonen, insbesondere in der Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung, im Blick. Einige Gesetze wurden in der Vergangenheit verabschiedet, in denen die Rentenpunkte für die Pflegepersonen besser angerechnet oder Beitragszahlungen übernommen werden.

Aufgeblähte Bürokratie

Doch fragt man Pflegebedürftige oder ihre Angehörigen, fühlen Sie sich allein gelassen. Es gibt viele Beratungsstellen (Pflegeberater, Pflegestützpunkte, u.v.m.), die sich sehr genau in ihrem speziellen Gebiet auskennen, doch sobald der Pflegebedürftige möglicherweise auch noch eine Behinderung hat, ist oftmals eine allumfassende Beratung nicht mehr möglich. Es gibt kaum Beratungsstellen, die das komplette soziale (Absicherungs)Netz im Blick haben und Sozialträgerübergreifend helfen können. Die hinter dem Sozialsystem stehende Bürokratie und Verwaltung zeigt sich unüberbrückbar und aufgebläht. Viele haben keine Kraft und/oder das Wissen, was sie tun müssen, wenn sie negativ beschieden wurden. Das

deutsche Sozialsystem ist so komplex und undurchsichtig, dass die Rechtsberatung inzwischen unabdingbar in der Kommunikation mit den Kostenträgern geworden ist. Auch das ist Belastung! Eine psychische Belastung, die mit der Zeit auch zu weiteren gesundheitlichen Problemen führt.

Spagat zwischen Pflege und Beruf

Pflegende und betreuende Erwerbstätige haben daneben auch noch die Sorge, dass sie auf ihr Einkommen angewiesen sind und den Spagat zwischen Anforderungen im Berufsalltag und der Pflege oder Betreuung eines Angehörigen bewältigen müssen.

Auch hier war der Gesetzgeber bereits tätig. Er hatte das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz auf den Weg gebracht. Ziel soll sein, leichter pflegebedürftige Menschen in ihrer vertrauten Umgebung pflegen und betreuen zu können bei gleichzeitig verbesserten arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Einige Regelungen sind:

- Recht auf eine kurzzeitige Arbeitsverhinderung bis zu zehn Tagen bei einem eingetretenen Pflegefall und bei Bedarf kann ein Pflegeunterstützungsgeld für diesen Zeitraum beantragt werden.
- Möglichkeit einer teilweisen oder vollständigen Freistellung von der Arbeitsleistung bis zu sechs Monaten bei einem Pflegefall.
- Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Familienpflegezeit bis zu 24 Monate. Pflegepersonen können ihre Arbeitszeit auf bis zu 15 Stunden/Woche reduzieren.
- Freistellung zur Betreuung pflegebedürftiger Kinder (auch außerhäuslich). Um Angehörigen pflegebedürftiger Kinder eine Betreuung in häuslicher und außerhäuslicher Umgebung zu ermöglichen, haben Pflegepersonen Anspruch auf vollständige oder teilweise Freistellung von der Arbeitsleistung bis zu 6 Monaten.
- Freistellung zur Begleitung in der letzten Lebensphase. Beschäftigte haben so die Möglichkeit, sich in der letzten Lebensphase ihrer Angehörigen von diesen zu verabschieden.

Die Kritik, im Sinne von „nicht weitreichend genug und in der Praxis nicht umsetzbar“, ist berechtigt. So greifen einige Regelungen gerade in Betrieben unter 15 Beschäftigten nicht. Doch gerade dort bedarf es solcher Regelungen, denn oft haben größere Unternehmen tarifliche Bestimmungen, die solche Krisenfälle regeln. Zudem ist ein Recht auf Freistellung sehr entgegenkommend, doch wer zahlt die Miete weiter? Die laufenden Kosten? Die aufgenommenen und noch nicht getilgten Kredite? Die limitierten Freistellungen reichen oft nicht aus. An dieser Stelle müssen dringend finanzielle Ausgleichszahlungen einsetzen. Vorstellbar wäre eine Analogie zum Elterngeld bei der Geburt eines Kindes.

Einige große Unternehmen haben bereits erkannt, dass das Thema Pflegebedürftigkeit in der Familie ein wichtiger Faktor für die Arbeitsleistung der Beschäftigten darstellt. Tarifliche Regelungen, wie z.B. die Einführung von Langzeitkonten und zweckbestimmten Arbeitszeitkonten, Pflegefreistellungen, Finanzierung von Freistellungsmaßnahmen über einen betrieblichen Fonds, flexible Arbeitszeiten, Telearbeit, Organisation eines Wiedereinstiegs in den Betrieb, Sensibilisierung von Führungskräften, etc., erleichtern die Work-Life-Balance eines pflegenden Angehörigen und harmonisieren auch das Arbeitsklima in einem Betrieb. Bis jetzt aber sind solche betrieblichen Lösungen noch nicht weitschichtig im Arbeitsleben verbreitet. Hierbei ist es erforderlich, dass eine kompetente Beratung in den Betrieben erfolgt. Sozialberatung und Betriebsräte müssen über ein solides Wissen verfügen, damit sie die



Beschäftigten gut begleiten können. Viele Unternehmen scheuen solche verbindlichen Regelungen oder können sie sich vielleicht auch gar nicht leisten.

Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Pflegebedürftigkeit wird immer wieder thematisiert, trotzdem ist das Thema noch nicht richtig in der Gesellschaft angekommen. Anerkennung wird den Menschen gezollt, die mit all ihren Kräften ihre Angehörigen pflegen und betreuen. Der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wird versucht, durch gesetzliche oder betriebliche Regeln Rechnung zu tragen. Dennoch ist diese Anstrengung nicht genug. Das hat auch der Gesetzgeber (wieder)erkannt. Initiiert durch den letzten Bundestagswahlkampf, in dem das Pflege-Dilemma plötzlich im Fokus stand, brachte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gesetzliche Maßnahmen und Aktionen in Gang. Geleitet von der Erkenntnis, dass eine Wechselwirkung zwischen dem Fachkräftemangel, der Work-Life-Balance bzw. der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege und der Pflegesituation (allgemein und insbesondere für Menschen, die pflegen und betreuen) besteht, wurden einige Initiativen eingeleitet. So soll z.B. auf Bundesebene u.a. die Konzertierte Aktion Pflege Maßnahmen entwickeln, die die Förderung der Verein-

barkeit von Familie und Beruf durch familien-gerechte Gestaltung der Dienst- und Einsatzpläne auf der Grundlage individueller und flexibler Arbeitszeitmodelle, Beschäftigungsumfänge und Entlastungsmöglichkeiten (Kita-Plätze, Tagespflege für pflegebedürftige Angehörige, Pflegezeit etc.) zum Ziel hat. Das Pflegepersonalstärkungsgesetz, das zum 01.01.2019 in Kraft treten soll, stellt Gelder für die Vereinbarkeit von Familie und dem Pflegeberuf bereit.

In Bayern wurde das Pflege Thema ebenfalls (wieder)entdeckt. So hat der ehemalige Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Hermann Imhof, reagiert und das Gespräch mit den Kostenträgerverbänden und den Leistungserbringerverbänden gesucht. In intensiv geführten Verhandlungen wurde gemeinsam eine Möglichkeit entwickelt, die mehr Kurzzeitpflegeplätze schaffen könnte. Das zudem von der Bayerischen Staatsregierung eingeführte Landespflegegeld soll jedem Pflegebedürftigen in Bayern in seiner Verwendung zur freien Verfügung stehen.

Viel wurde und wird getan. In Anbetracht der gesellschaftlichen Bedeutung dieses Problems bedarf es aber ein Mehr an Bemühungen. Die Care-Krise in der Pflege ist nicht neu, sie hat

lediglich mehr Aufmerksamkeit in der Gesellschaft erhalten. Ein paar Maßnahmen hier und ein paar neue Regelungen dort helfen aber nicht wirklich; sie sind lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Notwendigkeit, dass mehr getan werden muss, ist erkannt. Der sich daraus ergebende politische Wille darf aber nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Er muss nun in konkreten Maßnahmen und vor allem in einem in sich stimmigen und zielführenden Gesamtkonzept münden. Darum fordert der Paritätische in Bayern nicht nur ein Mehr an Maßnahmen und Regelungen. Der Paritätische will, dass der Grundsatz „ambulant vor stationär“ aufgeweicht wird, weil er der Überzeugung ist, dass ein Mehr an professioneller Pflege vor allem im (teil)stationären Bereich (z.B. durch Tagespflege und Kurzzeitpflege) viele Menschen in ihrer Betreuungs- und Pflegearbeit entlasten würde.

Eine professionelle Pflege kann aber nur unterstützen, wenn die Arbeitsbedingungen ein harmonisches und stressfreies (Miteinander) Arbeiten ermöglichen. Darum müssen unbedingt mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, damit die Arbeitsbedingungen in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen verbessert werden. Dazu gehört auch, dass das Pflegepersonal angemessen bezahlt wird. Diese Forderung schließt auch die zahlreichen Beratungsstellen ein.

Zudem muss generell das Versorgungsangebot in allen Sektoren ausgebaut werden. Dies kann erreicht werden, wenn die Kommunen gestärkt werden und sich mehr verantwortungsvoll einbringen. So kann die individuelle passende Versorgungsform, ob ambulant, teilstationär oder stationär, auch für jeden frei wählbar sein. Sie darf nicht abhängig von dem vorgegebenen Versorgungsangebot vor Ort oder gar vom Geldbeutel sein.

Doch an erster Stelle muss die Pflege und Betreuung von pflegebedürftigen Menschen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen und anerkannt werden.

Lydia Hoppert ■



Mit einer Postkartenaktion macht sich der Paritätische Gesamtverband stark für Verbesserungen in der Pflege.

„Die Alzheimer Gesellschaft war unser Retter in der Not“

Wie Angehörige von jungen Demenzerkrankten den Alltag zwischen Pflege und Beruf bewältigen

Interview mit Renate Wiesent und Peter Sprenger, Mitglieder im Vorstand der Alzheimer Gesellschaft München

Renate Wiesent und Peter Sprenger sind Angehörige von sogenannten jungen Demenzerkrankten. Die Ehefrau von Peter Sprenger erkrankte mit 55 Jahren an Demenz, der Mann von Renate Wiesent mit 52 Jahren – beide standen noch mitten im Berufsleben. Frau Sprenger ist jetzt 62 Jahre und lebt im letzten Stadium Alzheimer in einem Pflegeheim. Herbert Wiesent konnte noch einige Jahre zu Hause leben und starb vor zwei Jahren in einem Pflegeheim.

Der Paritätische: Viele verbinden Demenz mit alten Menschen. Was bedeutet diese Diagnose für jemanden, der noch mitten im Berufsleben steht?

Peter Sprenger: Als meine Frau die Diagnose erhielt, war schnell klar, dass sie nicht mehr berufstätig sein konnte. Anfangs blieb kaum Zeit die Situation zu verarbeiten, denn die Bürokratie bestimmte erstmal unseren Alltag: Krankenkasse, Rentenversicherung, Pflegeversicherung, medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärzte: ‚Da können wir schon was machen, aber das ist keine Kassenleistung‘. Wir wurden beim Jobcenter vorgeladen, ob meine Frau nicht doch arbeiten gehen könne – keinerlei Sensibilität für das Thema Demenz. Als wir die Erwerbsminderungsrente beantragt haben, bekamen wir 60 Seiten Papier – ca. 40 Seiten Fragebogen und 20 Seiten Rechtsbelehrung, damit war die Rentenversicherung auf jeden Fall juristisch abgesichert. Das ist der bürokratische und juristische Alltag, auf den wir nach der Diagnose getroffen sind.

Renate Wiesent: Mein Mann war damals selbstständig. Ich war Angestellte in der Firma. Zum Glück hat unser Sohn den gleichen Beruf. Er musste relativ schnell entscheiden, ob er die Firma übernimmt, weil mein Mann nicht mehr in der Lage war, sie zu leiten. Die Erwerbsminderungsrente haben wir über einen Sozialversicherungsanwalt beantragt. Es hat aber erstmal einige Zeit gedauert, bis wir diesen Fachanwalt gefunden hatten.

Der Paritätische: Sie sind selbst berufstätig. Wie haben Sie es geschafft, die Pflege Ihrer Angehörigen und Ihren Beruf zu vereinbaren?

Renate Wiesent: Die Betreuung zu Hause hat anfangs relativ gut geklappt, weil ich gleichzeitig arbeiten und mich um meinen Mann kümmern konnte. Mit Fortschreiten der Krankheit sind wir an unsere Grenzen gestoßen. Ich wurde immer mehr zur Risikomanagerin: Herbert ist weggelaufen, ich musste von der Arbeit los ihn irgendwo retten, dann schnell wieder zurück in die Arbeit.

Die Bürokratie bestimmte erstmal unseren Alltag.

Bei uns stand die Entscheidung an, ob ich aufhöre zu arbeiten. Dann hätte mein Sohn aber jemanden anderes einstellen müssen. Ich hatte die Befürchtung, dass ich nicht mehr in meine alte Stelle zurück kann. Deshalb haben wir uns irgendwann entschlossen, eine 24-Stunden-Kraft einzustellen, die bei uns gewohnt hat. Wir haben zu dritt auf 84 Quadratmetern gewohnt. Das ging eine gewisse Zeit gut, bis sie aufgrund seines hohen Aktivismus das Handtuch geworfen hat.



Die Alzheimer Gesellschaft München

e.V. wurde als erste regionale Alzheimer Gesellschaft Deutschlands gegründet.

Hauptaufgaben sind neben der Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Unterstützungsmöglichkeiten, die Weiterentwicklung des Versorgungsangebots.

Ziel ist es, Mitsprache und Interessen von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen zu fördern.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.agm-online.de

Wir hatten dann das Glück im Rosengarten unterzukommen. Es gibt in der ganzen Stadt München nur eine Tagespflege, die auch eine Nachtpflege integriert hat. Herbert wurde zu Hause abgeholt, war dann 48 Stunden außer Haus und ich konnte in der Zeit meine Sachen erledigen. In der ganzen Stadt gibt es nur zwölf Nachtbetreuungsplätze für Demenzerkrankte. Man muss im Rosengarten Tagespflegebesucher sein, um dann so einen Nachtpflegeplatz zu ergattern. Das sind die Grenzen, die einem aufgezeigt werden, wenn man Berufstätigkeit und Pflege vereinbaren muss.

Peter Sprenger: Um Beruf und Pflege zu vereinbaren, haben wir mit fortschreitender Erkrankung versucht, eine Tagespflege zu engagieren. Das hat überhaupt nicht funktioniert. Wir haben uns die Tagespflege zusammen angeschaut: Um den Tisch saßen viele alte, sichtbar pflegebedürftige Menschen, mit Rollstuhl und Gehhilfen. Das war nichts für meine Frau, die sportlich und körperlich fit war. Als Selbstständiger habe ich meine Berufstätigkeit immer weiter einschränken müssen, um die Pflege sicherzustellen. Trotz angedachter Pilotprojekte mit verschiedenen Institutionen gab und gibt es leider immer noch keine Tagesstätte für junge Demenzerkrankte.



Der Paritätische: Was waren die größten Hindernisse bei der Bewältigung des Alltags mit einem jungen Demenzkranken?

Renate Wiesent: Das sind zum einen die Bürokratie, zum anderen die Strukturen. Für ältere Demenzkranke gibt es in unserer Stadt eine gute Versorgungsstruktur, aber nicht für jüngere. Es ist nur eine kleine Gruppe an Erkrankten, deshalb gibt es kaum Strukturen. In die Tagespflege hat Herbert von seinem Profil her überhaupt nicht gepasst. Er war Anfang 50, hoch aktiv mit Fahrradfahren, Joggen, alle erdenklichen Sportarten. Das passte überhaupt nicht zu den Demenzkranken im fortgeschrittenen Alter.

Es war sehr mühsam, sich selbst etwas zu organisieren. Mein Mann war sehr offen gegenüber seiner Erkrankung. Seine Freunde wussten alle davon. Da konnte ich ein internes Netzwerk aufbauen. Die ersten drei, vier Jahre war er darin gut aufgehoben. Freitagnachmittag zum Beispiel ist ein Freund mit ihm schwimmen gegangen. Zweimal die Woche kam ein Demenzhelfer über die Alzheimer Gesellschaft, der etwas mit ihm unternommen hat. Durch den plötzlichen Wegfall seiner Arbeit, brauchte Herbert eine neue Tagesstruktur und Beschäftigung. Er konnte nicht den ganzen Tag joggen oder Däumchen drehen. Auch mit Hilfe der Alzheimer Gesellschaft habe ich es geschafft, unseren Alltag so zu strukturieren, dass ich meine Arbeit nicht verliere und das Einkommen gesichert ist. Stück für Stück habe ich mir ein Netzwerk aufgebaut. Allerdings auch mit einem hohen finanziellen Aufwand.

Peter Sprenger: So haben wir z.B. versucht, die Angebote eines Alten- und Service-Zentrums zu nutzen. Die Leiterin sagte mir nach ausführlicher Besprechung ganz deutlich, dass sie mir nichts anbieten kann. Einzig die Angebote der Alzheimer Gesellschaft München waren maßgeschneidert für junge Demenzkranke und die haben wir intensiv genutzt.

„Die Alzheimer Gesellschaft München war unser Retter in der Not.“
Renate Wiesent links im Bild, Peter Sprenger rechts
Foto: Bianca Broda



Der Paritätische: Als zweites Hindernis haben Sie die Bürokratie genannt. Können Sie Beispiele nennen?

Peter Sprenger: Ich kann Ihnen gern drei Beispiele nennen: Ein Riesenaufwand war es, den Schwerbehindertenausweis beim ZBFS (Zentrum Bayern Familie und Soziales) zu beantragen mit der Kennziffer B für Begleitung. Meine Frau hatte ein entsprechendes Gutachten vom ISD (Institut für Schlaganfall- und Demenzforschung, Klinikum der Ludwigs-Maximilians-Universität). Als ich bei der zuständigen Behörde anrief und fragte, warum die Genehmigung so lange dauert, bekam ich als Antwort, dass sie erst ein Gutachten einholen müssen. Da bin ich deutlich geworden: Was soll denn das noch? Es liegt doch schon ein Gutachten vom ISD vor, der höchsten medizinischen Stelle in München. Dann hat es noch zwei Wochen gedauert, bis wir das B bekamen.

Ein weiteres Beispiel, von dem keiner weiß: Ich muss das Pflegeheim meiner Frau bezahlen – bei mir monatlich 2.100 Euro. Steuerrechtlich gilt das als „außergewöhnliche Belastung“, die von der Steuer abgezogen wird. Nicht so bei der Krankenkasse. Um das Heim bezahlen zu können, muss ich es erst verdienen und damit sind es Einnahmen, für die Krankenversicherungsbeiträge fällig sind. Das sind dann nochmal ca. 300 Euro, die Heimkosten sind also krankenversichert.

Große Probleme hatten wir auch mit dem MDK bei der Begutachtung der Pflegestufen, jetzt Pflegegrade. Mit dem Fortschreiten der Alzheimererkrankung musste jeder Antrag auf Höherstufung durch Widerspruch nachbearbeitet werden. Offensichtlich gibt es beim MDK Gutachter, sogenannte Pflegefachkräfte, die sich mit den Besonderheiten von jungen Demenzkranken nicht auskennen, aber trotzdem begutachten dürfen. Auf die von mir aufgezeigten fachlichen Mängel der Gutachten wurde nicht eingegangen, der Widerspruch wurde erstmal formal-juristisch abgelehnt, um Kosten zu sparen. Eine Sensibilität für den Schicksalsschlag der „Jungen Demenz“ mit entsprechenden Hilfen gibt es beim MDK nicht, dafür aber Bürokratie ohne Ende!

Renate Wiesent: Das kann ich bestätigen. Bei uns hat die Anerkennung der Pflegestufe lange Zeit gedauert. Die erste Pflegebegutachtung war fürchterlich für uns. Die Gutachterin hat uns spüren lassen, dass sie der Meinung ist, hier wird ihr was vorgespielt. Ich hatte das Glück, dass ich einen jungen Sozialversicherungsanwalt hatte, der Erfahrungen in dem Bereich sammeln wollte. Ich wollte mich über die Begutachterin beschweren. Er sagte: „Damit kommen Sie überhaupt nicht weiter.“ Wir müssen direkt in den Widerspruch gehen. Das hat alles er übernommen. Von seinen Formulierungen profitieren jetzt auch andere Betroffene.

Peter Sprenger: Die Krankheit ist schon hart genug, aber wenn man nicht lautstark und beharrlich für seine Rechte kämpft, kann man in diesem heutigen System seine Ansprüche nur schwer durchsetzen. Vielen fehlt dafür die Kraft und Energie.

Der Paritätische: Wo haben Sie die Unterstützung erhalten, die Sie brauchten?

Renate Wiesent: Die Alzheimer Gesellschaft München war der Dreh- und Angelpunkt.

Peter Sprenger: Sie war Retter in der Not.

Renate Wiesent: Den Alltag organisieren, mussten wir natürlich selbst. Aber die Struktur mit Demenzhelfern usw. – das hat die Alzheimer Gesellschaft gemacht.

Der Paritätische: Wie sind Sie zur Alzheimer Gesellschaft München gekommen?

Peter Sprenger: Ich habe von der Ärztin in der Klinik, die die Demenz diagnostiziert hatte, den Hinweis auf die Alzheimer Gesellschaft München bekommen. Dadurch hatten wir gleich von Anfang an Unterstützung durch Experten, die uns wirklich geholfen haben.

Renate Wiesent: Bei mir war es ähnlich. Die Ärztin im Krankenhaus hat mir damals im Jahr 2008 den Flyer in die Hand gedrückt. Ich habe relativ schnell Kontakt aufgenommen. Dort habe ich ein Rüstwerk an die Hand bekommen, was als nächstes ansteht. Wir wurden sehr gut betreut und bekamen Unterstützung, uns durch den Dschungel zu kämpfen. In jeder Phase halfen die Fachkräfte der Alzheimer Gesellschaft München wieder neue Strategien zu entwickeln.

Peter Sprenger: Wir konnten immer auf die Kompetenz und Beratung der Alzheimer Gesellschaft München zurückgreifen. Auch unsere Kinder. Es ist ja nicht nur einer betroffen, sondern die ganze Familie, das ganze Umfeld. Da ist die Alzheimer Gesellschaft München sehr offen. Meine Kinder waren mehrfach in der Beratung und waren sehr beeindruckt, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten. Situativ und individuell – es wird auf jeden Fall persönlich eingegangen.

Renate Wiesent: Das ist wichtig, denn jeder Fall ist anders. Die Krankheit äußert sich in ganz unterschiedlichen Facetten.

Der Paritätische: Wo sehen Sie den größten Veränderungsbedarf?

Renate Wiesent: Am wichtigsten ist, dass nach der Diagnose jemand zu einem kommt. Es gibt viele Familien, die im Verborgenen trauern und sich zurückziehen, die den Weg nach außen gar nicht oder nur zögerlich finden. Da liegt dann vielleicht schon Einiges im Argen, was am Anfang vielleicht leicht möglich gewesen wäre zu lösen.

Von Anbeginn der Diagnose müsste den Betroffenen eine Art „Manager“ zur Seite gestellt werden, der sagt, wann was zu tun ist, welche Anträge gestellt werden müssen, so sieht der Weg aus in die Berufsunfähigkeitsversicherung, so in die Betreuung, welche Optionen gibt es, usw. – Ein „Manager“, der schon ein Paket geschnürt und ein Netzwerk geknüpft hat, sodass sich die Betroffenen nicht alles selbst mühsam erarbeiten müssen.

Wir beide sind nicht der Maßstab. Manchen bleiben mit ihrem Schicksal allein zu Hause und kommen aus der Situation nicht raus, dann werden beide krank oder depressiv. Dabei denke ich besonders auch an ältere Menschen, die so einen Helfer brauchen.

Peter Sprenger: Jeder, der in so eine Situation kommt, bräuchte auch individuelle psychologische Betreuung. Aber es gibt insgesamt zu wenige Psychologen und Therapeuten und viel zu wenige, die sich mit dem Thema Demenz auskennen. Da gibt es großen Handlungsbedarf!

Renate Wiesent: Es braucht auch größere Offenheit bei den Hausärzten. Es ist schwer eine Verschreibung für Logopädie oder Ergotherapie zu bekommen, die den Sprach- oder Gedächtnisverlust hinauszögern. Die Hausärzte müssen bereiter sein, entsprechende Rezepte zu erstellen, bzw. braucht es von den Krankenkassen die Bereitschaft, die Kosten zu übernehmen, denn häufig beklagen die Ärzte, dass ihr Budget dafür bereits ausgeschöpft ist.

Peter Sprenger: Großen Veränderungsbedarf sehe ich durchgehend bei den gesamten Sozialversicherungen. Bei der Rentenversicherung und der Krankenversicherung kommt das Thema „Junge Demenz“ kaum vor, Demenz läuft unter „Erwerbsminderung“. Hier ist der Gesetzgeber gefordert.

Renate Wiesent: Das Bundesteilhabegesetz müsste auch für Menschen mit Demenz gelten. Zum Beispiel gibt es Fahrdienste nur für Menschen mit Behinderung, nicht aber für Demenzkranke. Ich hätte oft jemand gebraucht, der meinen Mann zur Therapie fährt und wieder abholt. Das musste ich alles selbst organisieren auf eigene Kosten. Es geht in den ersten Jahren nicht um Pflege, sondern um die Organisation des Alltagslebens und ein „Drin-Bleiben“ in der Gesellschaft, auch wenn bereits eine Diagnose vorhanden ist.

Der Paritätische: Was wäre Ihr größter Wunsch?

Peter Sprenger: Mein größter Wunsch ist, dass sich unser Sozialsystem mit dem Thema „junge Demenz“ beschäftigt. Es gibt eine Bayerische Demenzstrategie, aber auf 100 Seiten kommt „junge Demenz“ nicht vor. Wenn sie jung sind, haben sie keine Demenz. Das ist der Standpunkt unseres Sozialsystems. Auch wenn die Jungen wenige sind in der Gruppe der Demenzerkrankten, der Schicksalsschlag ist für die betroffenen Familien umso härter.

Renate Wiesent: Ich wünsche mir, dass die Strukturen vereinfacht werden. Dass Mitarbeiter in allen Behörden mehr über Demenz erfahren. Wir fangen jetzt an bei der Polizei, bei der Feuerwehr, wo die Mitarbeiter schon relativ gut geschult sind. Wichtig ist, dass das Thema Demenz, in unsere Welt mehr Platz erhält und weniger angstbehaftet ist.

Auch Angehörige, speziell berufstätige Angehörige, brauchen dringend Strukturen, die eine Vereinbarung von Betreuung und Pflege ermöglichen.

Das Interview führte Susann Engert. ■

Familienpflegezeit

oder wie ich versuchte eine Demenz aufzuhalten...

Bis vor 3 Jahren habe ich mir über Pflege in der Familie noch überhaupt keine Gedanken gemacht. Meine Eltern waren wohl auf, und das Thema lag in unserer Familie zumindest für mich persönlich weit weg. Bis dann meine geliebte Oma an Demenz erkrankte und ich bei all den Besuchen am Wochenende mit ansehen musste, wie sie sich wöchentlich veränderte, sowohl geistig als auch körperlich.

Es gibt keinen Ablaufplan oder Studien, nach welchem Schema und in welcher Geschwindigkeit eine Demenz abläuft. Bei meiner Oma ging es mit einer Art Depression einher, was wir uns aber auch erst im Nachhinein so erklärt haben. Meine Oma verweigerte von Woche zu Woche Essen und Trinken, als wäre es sinnlos etwas zu sich zu nehmen. Sie war verwirrt im eigenen Haushalt und konnte, das mussten wir uns zunehmend eingestehen, ihr sonst so unabhängiges und eigenständiges Leben nicht mehr weiterführen. Ein Kurzaufenthalt in einem benachbarten Pflegeheim während eines Urlaubs meiner Eltern, der zeitgleich mit einem meiner dienstlichen Seminare fest gebucht war, erwies sich als noch destabilisierender und verwirrender für meine Oma. Für mich und auch für meine Mutter stand fest, dass vorerst ein Pflegeheimaufenthalt nicht in Frage käme und wir nach Möglichkeiten suchen wollten, wie es anders gehen könnte.

Ebenso kam das Thema Abschied so stark und unausweichlich für mich auf: ich wusste, dass ich bewusst und aktiv von meiner Oma Abschied nehmen wollte und musste. Die Woche über in München, ca. 480 Kilometer vom Wohnort meiner Oma entfernt, war ich beunruhigt und meine Gedanken kreisten immer häufiger darum, wie ich sie in dieser schweren Zeit begleiten könnte.

„Verkehrte Welt“

Auch für sie war es eine verunsichernde neue Situation. Meine Oma machte oft Bemerkungen wie: „Was ist nur mit mir los? Nichts ist mehr, wie ich es kannte? Irgendetwas stimmt doch nicht mit mir? Es fühlt sich an, wie verkehrte und verdrehte Welt.“

Durch die selbst gefühlten Veränderungen wurde meine Oma unsicherer und verwirrt, verweigerte es rauszugehen, weil sie oft Leute,

die sie eigentlich aus ihrem aktiven Leben im Dorf kennen musste, doch nicht wieder erkannte. Sie spürte die Peinlichkeit und auch das Unverständnis einiger Leute bis hin zu Kontaktabbruch in ihrem sonst so großen Bekanntenkreis.

Auch bei uns als Familie ließ sie sich gehen, erkannte sich oft selbst nicht mehr. Wohl auch aus Hilflosigkeit und Traurigkeit verweigerte sie weiterhin die Nahrungsaufnahme, wurde in kurzer Zeit schwächer und verlor an Gewicht. Wenn wir sie bewusst darauf ansprachen, sagte Sie, dass sie auch nicht wüsste, was plötzlich mit ihr los wäre, sie aber nicht weiter wüsste, weil sich vieles nun so anders und ungewohnt anfühlte.

Demenz zu erklären, erschien uns auch nicht als die optimale Lösung. So beschlossen wir als Familie und vor allem auch ich aus tiefer Liebe und Dankbarkeit zu meiner Oma für alles, was sie für mich seit meinen jüngsten Kindertagen getan hatte, für sie da zu sein und sie in dem was sie gerade in der immer weiter fortschreitenden Demenz erlebte und durchmachte, zu begleiten.

„Ich wollte beides: meinen Traumjob UND gut Abschied nehmen.“

Bald reichten mir die Wochenenden nicht mehr aus und ich war zunehmend unruhig aufgrund der weiten Entfernung. Ich erkundigte mich bei Kollegen des Paritätischen, die



**Bewusst
Abschiednehmen**

Foto: privat

einen Bezug zu Altenpflege und Pflegekonzepten hatten. So wurde ich auf das 2015 in Kraft getretene Familienpflegezeitgesetz aufmerksam, ein Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, das bis zu 24 Monaten eine Arbeitszeitverkürzung sowie weitere Zugeständnisse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ermöglicht.

Auf den ersten Blick schienen alle in dem Gesetz vorgestellten Modelle der Arbeitszeitreduzierung und Unterstützung durch die Pflegekassen nicht mit meinem Leben vereinbar. Ich wollte beides: Weiter meinem Traumjob nachgehen UND gut von meiner Oma Abschied nehmen und ihr ermöglichen, in Würde alt zu werden.

In Würde altern

Genau dieses „In Würde altern“ scheint in unserer Gesellschaft vernachlässigt. Je länger ich meine Oma so anders und teilweise auch verzweifelt mit ihrer neuen Situation erlebte, umso mehr Fragen kamen bei mir auf: Wie gehen wir mit Menschen im Alter um, inwieweit würdigen wir das, was sie in ihren aktiven und guten Jahren erreicht und geleistet haben? Warum scheint Kindererziehung und Elternzeit wichtiger als eine würdige Begleitung im Alter? Warum ist die Pflege alter Menschen weniger anerkannt als Leistung im Beruf und Förderung von Kindern und Jugendlichen?

In meinem Fall wurde gemeinsam mit dem Paritätischen eine Lösung gefunden. Nach unzähligen Gesprächen mit Freunden, Kolleginnen sowie meiner Chefin verabredeten wir ein Modell zur Vereinbarung von Pflegezeit und meiner Arbeit in den Freiwilligendiensten. Ich habe meine Vollzeitstelle auf eine dreiviertel Stelle reduziert. Dank Homeoffice konnte ich jede zweite Woche bei meiner Oma wohnen und arbeiten sowie die Pflege und Unterstützung während der fortschreitenden Demenz übernehmen. Meine Mutter hatte in diesen Wochen etwas mehr Freiraum, arbeitete weiter voll und konnte auch mal andere Dinge erledigen, zu denen sie sonst nicht kam.

Selbstwertgefühl zurückgeben

Was ich nicht bedacht habe, war, dass zu der Pflege auch noch das Einkaufen, Kochen und der Hausputz dazukamen. Meine Oma war bei Haushaltsdingen keine große Hilfe, außer beim Wäschelegen und Kartoffelschälen. Dabei wurde deutlich, wie wichtig sinnvolle Tätigkeiten für Menschen mit Demenz sind, weil sie ihnen wieder Selbstwertgefühl zurückgeben.

Warum ist die Pflege alter Menschen weniger anerkannt als die Betreuung und Erziehung von Kindern?

Abgesehen davon, konnte es passieren, dass meine Oma auch mal die nasse Wäsche wieder abnahm, während ich einkaufen war, oder Dinge aus dem Kühl- oder Küchenschrank einen nicht nachvollziehbaren neuen Platz bekamen. Aber das gehört dazu und aufregen oder dem Menschen mit Demenz die Lage logisch erörtern zu wollen, bringt da überhaupt nichts.

Gleichzeitig konnte ich an meiner Arbeit und den Jugendlichen dranbleiben und musste meine Tätigkeit kaum zurückstellen. Obwohl ich jede zweite Woche physisch im Büro abwesend war, habe ich versucht mich per Telefon und E-Mail an laufenden Prozessen und Diskussionen zu beteiligen, um trotz Pflege aktiv im Beruf zu bleiben. Eine Kollegin hatte für Termine im Büro fünf Stunden von meiner Stelle übernommen, um mich bei Gesprächen und dringenden Anliegen vor Ort zu unterstützen. Die flexiblen Arbeitszeiten im Homeoffice haben es mir möglich gemacht, zu der Pflegetätigkeit bei meiner Oma einen Ausgleich zu haben. Pflege und ein erfülltes Arbeitsleben sollten sich ergänzen. Und das ist es, was ich in diesen 24 Monaten Familienpflegezeit erfahren habe: wie erfüllend es ist, den Beruf weiterführen zu können und gleichzeitig einen geliebten Menschen zu begleiten und zu pflegen.

Im Weihnachtsbrief des Vorstandes im Dezember 2017 las ich die Aufforderung einmal darüber nachzudenken, wofür ich persönlich und beruflich dankbar bin und wofür ich mich einsetzen möchte. Die Aufforderung enthielt ebenso, auch an die schwierigen Dinge zu denken, die uns letztlich weiterbringen.

Ohne Zweifel dachte ich sofort an all die gemeinsamen Erlebnisse mit meiner Oma, diese Möglichkeit meine Arbeit und die Pflege vereinbaren zu können. Für diese Erfahrung bin ich dem Paritätischen sehr dankbar und

hoffe, dass der Verband auch weiter mit Veranstaltungen und Initiativen das Thema Vereinbarkeit von Pflege und Beruf voranbringt.

„Was mir keiner nehmen kann, ist die gemeinsame Zeit mit meiner Oma.“

Ich habe unendlich viel über Demenz gelernt, ausprobiert und versucht, den Verlauf der Demenz aufzuhalten. Was an manchen Tagen machbar erschien, war dann wieder von Rückschlägen geprägt und der Erkenntnis, dass sich diese Demenz nicht aufhalten lässt. Was mir aber keiner nehmen kann, ist die gemeinsame Zeit mit meiner Oma, das bewusste Abschiednehmen von dem Menschen, der meine Oma war und ist, sowie mit viel Akzeptanz und Geduld zu lernen, dass doch etwas bleibt im Verlauf einer Demenz-Beziehung.

Die Beziehung zwischen meiner Oma und mir ist durch die gemeinsame Zeit gewachsen. Sie erkennt mich immer noch und weiß, dass ich dazu gehöre, auch wenn sie manchmal meinen Namen nicht auf Anhieb weiß.

Jana Schröter ■

Arbeitgeber gestalten Arbeitsbedingungen

Ein Beispiel des Arbeitersamariterbundes in Coburg

Eine angemessene Entlohnung, welche die Lebenshaltungskosten deckt und auch die künftige Rente sicherstellt, sollte eine grundlegende Voraussetzung in der Altenpflege sein. Ein flexibles Arbeitszeitmodell sowie eine zuverlässige Dienst- und Urlaubsplanung sind weitere Arbeitsbedingungen, die zur Bewältigung der oft eintretenden Doppelbelastung von Beruf und Familie für Mitarbeiter/-innen in der Pflege immer wichtiger werden. Aktuell zeigt sich, dass in der Öffentlichkeit häufig nur die erschwerenden Bedingungen des Altenpflegeberufs, wie Schicht- und Wochenendarbeit sowie unflexible Arbeitszeiten, thematisiert werden. Das ist schade, denn somit erscheint der Altenpflegeberuf unvereinbar mit der Kinderbetreuung oder der Pflege einer pflegebedürftigen Person im privaten Bereich. Vielmehr sollte eine Öffentlichkeitsarbeit stattfinden, in der gute Beispiele für mögliche Lösungen publiziert und gewürdigt werden.

„Eltern-Touren“ erleichtern Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Im Zuge von Bewerbungsverfahren zeigte sich bei uns, dass es besonders viele Pflegefachhelfer/-innen und Altenpfleger/-innen gibt, die gerne ihren erlernten Beruf ausüben würden, wenn sich dies mit der Kinderbetreuung vereinbaren ließe. So entstand in unserer Einrichtung das Arbeitszeitmodell der „Eltern-Touren“. Bei diesen Touren ist der Dienstbeginn entsprechend der gängigen Öffnungszeiten von Kindergarten und Schulen um 07:30 Uhr und die regulären Arbeitszeiten sind nur vormittags. Dadurch können die Mitarbeiter/-innen die Betreuung ihrer Kinder bestmöglich organisieren und sicherstellen. Des Weiteren sind in unserer Einrichtung keine Teildienste vorgesehen. Es wird großer Wert auf eine verlässliche Urlaubsplanung gelegt und es ist



Foto: ASB Coburg

klar geregelt, dass die Mitarbeiter gesichert jedes zweite Wochenende dienstfrei haben, was gerade für Eltern eine Planungssicherheit bezüglich der Wochenenddienste ermöglicht.

Fachkräfte gewinnen durch Ausbildung und Erleichterung des Wiedereinstiegs

Durch das neue Arbeitszeitmodell konnten wir qualifizierte Mitarbeiter/-innen gewinnen, die das gesamte Team unterstützen und die Versorgung unserer Klienten sichern. Neben Vereinbarkeit von Beruf und Familie legen wir großen Wert auf die Ausbildung von zukünftigen Fachkräften. Hierfür erfolgen bei uns unter anderem engmaschige Begleitungen der Schüler bei der Versorgung der Klienten sowie intensive Prüfungsvorbereitungen durch Praxisanleiter. Zudem absolvieren die Auszubildenden im dritten Lehrjahr eine Bürowoche, in der sie die einzelnen Abteilungen und Abläufe kennenlernen. Auch haben wir in unserer Sozialstation ein komplett eingerichtetes Pflegezimmer integriert, in dem sowohl Schüler als auch Fachkräfte theoretisch sowie praktisch unterrichtet, angeleitet und in ihren Fertigkeiten geschult werden können. Zudem unter-

stützen wir Fachkräfte, die aus persönlichen oder beruflichen Gründen aus dem Pflegeberuf ausgestiegen waren, beim Wiedereinstieg. Hierfür ermöglichen wir in Zusammenarbeit mit unserem ASB Pflegeheim unter anderem Praktika, lange Einarbeitungsphasen, praktische und theoretische Anleitungen sowie Auffrischungen über aktuelles pflegerisches und behandlungsbezogenes Fachwissen in unserem Pflegezimmer. Für die Zukunft möchten wir in unserer Einrichtung das Bestehende, sprich die „Eltern-Touren“, den Verzicht auf Teildienste, die verlässliche Dienst-, Wochenend- und Urlaubsplanung, das Mentorenprogramm und die erfolgreiche Wiedereingliederung von Fachkräften in den Pflegeberuf beibehalten. Zudem sind wir aktuell auf der Suche nach einer fairen Lösung für viele Bewerber/-innen, die aus bestimmten privaten Gründen keine Spät- und Wochenenddienste arbeiten können. Aufgrund der Gleichbehandlung gegenüber unseren Pflegekräften sind wir momentan nicht in der Lage diese Bewerber einzustellen.

Jeannette Görlach
Pflegedienstleitung
des ASB RV Coburg e.V. ■

Gegen den Fachkräftemangel

Umsetzung eines mitarbeiterorientierten Personalkonzeptes im Senioren- und Pflegeheim Ludwig Feuerbach

Unsere Einrichtung grenzt direkt an die südliche Stadtgrenze von München. Wir versorgen 135 Senioren in vier Pflegestationen mit integrativem Ansatz. Unser Leitbild richtet sich nach einem Spruch unseres Namensgebers Ludwig Feuerbach: „Willst Du Gutes tun, dann tue es für den Menschen“. Träger ist ein gemeinnütziger Verein, der am Ort seit 1914 gemeinnützige Arbeit leistet.

Unsere Bewohnerinnen und Bewohner sind zum überwiegenden Teil schwer pflegebedürftig, das Durchschnittsalter liegt bei über 85 Jahren. Der überwiegende Teil der Bewohnerinnen und Bewohner kommt aus der unmittelbaren Umgebung der Einrichtung.

schon als Notstand zu bewerten ist. Für uns als Verein stellte sich die Frage, was tun wir, um die Existenz hinsichtlich eines zukunftsorientierten Personalstammes zu sichern.

Wir haben uns zwei Konzepte überlegt, um unser Personal zu binden und zu entlasten.

Konzept der urbanen Einbindung

Die Einrichtung kümmert sich in der direkten Umgebung um Wohnungen, mietet diese selbst an und gibt sie an die Mitarbeiter als Dienstwohnungen weiter. Dies haben wir verknüpft mit Unterstützung bei der Suche nach Kinderbetreuung in Kindergarten, Schul-

wir hierbei auch gute Unterstützung von der Gemeinde.

Neben der Mitarbeiterbindung gewinnen wir ehrenamtliche Unterstützung unter den Angehörigen, helfen der Musikschule mit Räumlichkeiten und können eine bessere Verbindung mit in der Umgebung wohnenden Angehörigen aufbauen. Dies schafft gegenseitiges Vertrauen und dadurch stressfreiere Arbeit in der Pflege. Nur wenn Mitarbeiter Anerkennung ihrer Arbeit im Tagesgeschehen erleben, bleiben sie unserem Beruf erhalten! Wir bieten unseren Angehörigen dafür schnelle Hilfe bei Kurzzeitpflege als Urlaubsvertretung oder in der Nachsorge nach Krankenhausaufenthalt an.

Willst Du Gutes tun, dann tue es für den Menschen.

Seit mehreren Jahren zeichnet sich immer drastischer der Mangel an Pflegepersonal im Großraum München ab. Jetzt hat sich sogar die Politik einsichtig gezeigt, dass dieser Mangel

hort usw. Das schafft kurze Arbeitswege, gut betreute Kinder und ein mögliches Verbleiben im Schichtdienst sowie einen höheren Freizeitwert mit der Familie. Seit einiger Zeit erhalten

Individuelle Dienstplangestaltung

Durch Bezugspflege werden unterschiedliche Pflegezeiten möglich, nicht jeder Bewohner hat den gleichen Tagesrhythmus. Wir können durch Tagesstrukturierung unterschiedliche Arbeitsbeginne generieren und auf die Interessen von Bewohnern und Mitarbeitern abstimmen. Nicht alle müssen um 06.00 Uhr früh beginnen oder gepflegt werden. Essenszeiten können besser verteilt werden. Eltern können früh die Kinder versorgen und dann arbeiten kommen. Die Arbeit mit Dauernachtwachen und Blockdiensten erleichtert es den anderen Mitarbeitern in den Tagdiensten die familiären Aufgaben zu erfüllen. Teilzeitmodelle mit fester Möglichkeit der Rückkehr in die Vollzeit werden gern angenommen. In der Elternzeit haben unsere Mitarbeiterinnen über Minijob weiter Verbindung mit uns und bleiben fachlich auf dem Laufenden. Überstunden werden mit Prämien honoriert und hauptsächlich als Freizeit abgegolten.

Mitarbeiter und Geschäftsleitung arbeiten eng zusammen, um immer wieder neue Arbeitszeit- und Verdienstmuster zu erarbeiten, die den Bedürfnissen der Mitarbeiter möglichst gerecht werden.

Andre Schinck
Einrichtungsleiter ■

Foto: Peter Atkins | fotolia



Wohnen für Hilfe

Willkommen in Münchens Generationen-WGs!

„Wohnen für Hilfe“ vermittelt jungen Menschen Wohnraum bei Senioren, in München und im Landkreis. Die Nachfrage bei Studierenden und Azubis ist groß – damit sie vermittelt werden können, ist das Angebot auf neue Senior/-innen angewiesen, die einen jungen Mitbewohner bei sich aufnehmen wollen

Noch immer bekommt Elsa Bohlender feuchte Augen, wenn sie von ihrem Mann spricht. Er starb am ersten Weihnachtsfeiertag, nach 60 Jahren an seiner Seite war Elsa Bohlender plötzlich allein. „In der ersten Zeit war ich seelisch und körperlich am Boden“, erinnert sich die 88-Jährige. Dass Elsa Bohlender heute wieder lachen kann, verdankt sie Anna. Seit April lebt die 25-jährige Medizinstudentin bei Elsa Bohlender, hilft ihr im Haushalt und bei der Gartenarbeit, erledigt Einkäufe – und gibt der Seniorin die Sicherheit, nicht allein zu sein.

Das Generationen-Modell „Wohnen für Hilfe“ hat die beiden Frauen zusammengebracht: Seit 1996 vermittelt der Seniorentreff Neuhäusen e.V. jungen Menschen Wohnraum bei Senioren und Seniorinnen in München. Im März 2013 wurde das Modell dank seines großen Erfolgs auch auf den Landkreis München ausgeweitet.

Statt Miete Hilfe im Alltag

Die Idee hinter „Wohnen für Hilfe“ dient beiden Seiten: Statt Miete zu bezahlen, helfen die Jungen den Alten im Alltag. Als Faustformel gilt: Eine Stunde Hilfe im Monat pro Quadratmeter Wohnraum. Ihre Nebenkosten zahlen

Anna mit Elsa Bohlender
Foto: Katharina Alt

die Studierenden und Azubis selbst. Die Hilfsleistungen werden zwischen den Wohnpartnern jeweils individuell vereinbart.

Vor jeder Vermittlung führen die qualifizierten Mitarbeiterinnen des Seniorentreffs intensive persönliche Gespräche mit allen Interessierten, um herauszufinden, welche Wohnpartner zusammenpassen könnten. Wer bei ihnen einzieht, entscheiden die Senior/-innen aber

„Wir haben ja den Platz“

Auch jüngere Münchner haben ihr Haus schon für das Generationen-Modell geöffnet. Eine von ihnen ist Maria Daberger. Die heute 58-Jährige meldete sich bei „Wohnen für Hilfe“, weil sie sich Gesellschaft wünschte, jemanden, zum Reden und Lachen. Ihr Mann Josef war mit nur 56 Jahren an Alzheimer-Demenz erkrankt. Heute kann er nur noch einzelne Worte sprechen. Wie viel er versteht, von dem was sie sagt, kann Maria Daberger nur erahnen.

Das Wohnmodell ist in München mit seinem angespannten Mietmarkt eine wertvolle Ergänzung zu Studentenwohnheimen.

selbst. In einer vierwöchigen Probezeit lernen sich beide Seiten anschließend besser kennen.





Verena mit Maria und Josef Dabberger
Foto: Katharina Alt

„Wäre ich nach dem Auszug unseres Sohnes allein mit meinem Mann gewesen, hätte ich das nicht ausgehalten“, sagt sie rückblickend. Und das Konzept von „Wohnen für Hilfe“ überzeugte sie: „München ist eine so teure Stadt und wir haben den Platz ja.“

Seit einem Jahr wohnt Verena im Haus der Dabergers. Die 20-Jährige macht eine Ausbildung. Sie meint: „Von meinem Gehalt könnte ich mir hier keine Miete leisten. Ich müsste bei meinen Eltern wohnen und pendeln.“ Bei den Dabergers wohnt Verena zentral und selbständig.

In der Wohnpartnerschaft habe jeder seinen Freiraum. Dennoch ergebe es sich oft genug, dass sie abends noch beisammen saßen und ratschten, sagt Maria Dabberger. Es sei diese Gesellschaft, über die sie sich so freue.

Da Maria Dabberger im Haushalt kaum Unterstützung braucht, kocht Verena als Hilfsleistung für das Zimmer: Dreimal wöchentlich, wenn Maria Dabberger arbeitet, bereitet Verena das Essen zu.

Auch Elsa Bohlender und Anna essen oft gemeinsam. Viele Zutaten ernten sie aus dem Gemüsegarten hinter ihrem Haus. Zucchini wachsen dort, Äpfel, Beeren, Kartoffeln. „Von Elsa habe ich so viel über Pflanzen gelernt“, schwärmt Anna. „Sie hat mir gezeigt, wie man Marmeladen kocht und Tees mischt. Sie weiß einfach alles.“ Und Elsa Bohlender strahlt.

Senior/-innen gesucht

55 Wohnpartnerschaften hat „Wohnen für Hilfe“ allein im letzten Jahr erfolgreich vermittelt und damit Jung und Alt zusammengebracht. Im September 2018 gibt es über 80 bestehende Wohnpartnerschaften. Das Wohnmodell ist gerade in München mit seinem dauerhaft angespannten Mietmarkt eine wertvolle Ergänzung zu Studentenwohnheimen und Wohngemeinschaften. Auch deshalb übersteigt die Nachfrage junger Menschen das Angebot an Wohnraum um ein Vielfaches.

Es werden immer Senior/-innen in München und im Landkreis gesucht, die einen jungen Menschen bei sich aufnehmen wollen.

Anne Kostrzewa ■

„Das ist eine Aufgabe unserer Familie!“

Krankheit und Pflege in Familien mit türkischen Wurzeln

Ein sonniger Morgen in der Münchner Messestadt. Die Luft ist kalt. Der Herbst lässt sich nicht mehr verleugnen. Elena Augustin vom Projekt „Brücken bauen“ und ich sind mit Aishe Kaya und Dunya Korkmaz* in den Riem Arcaden verabredet. Wir wollen mit den beiden Frauen über ihre familiären Erfahrungen mit dem Thema Pflege sprechen. Die Läden sind noch alle geschlossen. Wir sind die ersten Gäste im Café. Obwohl der Ort und das Thema so gar nicht zusammenpassen, wird das Gespräch gleich lebendig.

„Ich habe immer gedacht, ich muss stark sein.“

Die 28-jährige Aishe Kaya* beginnt zu erzählen von damals als ihr Mann Alkan die Diagnose erhielt: Hirntumor. Vier Jahre ist es jetzt her. Ihr Sohn, ein Papakind, war da gerade erst eineinhalb Jahre. Insgesamt wurde Alkan 20-mal operiert. Zwischen den vielen Krankenhausaufenthalten war er immer wieder zu Hause, auch mal drei Monate am Stück. Nichts war wie vorher. Neben der Sorge um ihren Mann, der nicht mehr allein das Haus verlassen konnte, kam die Existenzangst. Aishe hat gearbeitet, der Kleine war in der Kinderkrippe. „Ich habe immer gedacht, ich muss stark sein. Ich muss es allein schaffen“, erzählt sie. An erster Stelle steht ihr Mann, dann ihr Sohn. Ihre eigenen Bedürfnisse treten völlig in den Hintergrund. Sie nimmt 30 Kilo zu.

Die Schwiegermutter und die Schwägerin sind oft da – sowohl im Krankenhaus als auch zu Hause. Zwischenzeitlich wohnt die Schwiegermutter quasi bei ihnen in der Zwei-Zimmer-Wohnung. Sie mischt sich überall in alles ein und macht ihr ständig Vorwürfe, sie würde sich nicht ausreichend kümmern.

Nach einer Operation liegt Alkan zwei Monate lang im Koma. Das war im Frühjahr 2017. Die Ärzte sagen, dass sie im Krankenhaus nichts mehr für ihn tun können. Aishe überlegt, ihn nach Hause zu holen und ihn zu Hause zu pflegen. Ein Oberarzt rät ihr, ihren Mann in eine Intensivpflege-WG zu geben. Die Pflege wäre zuhause praktisch unmöglich; sie hätte dann zwangsläufig eine Pflegefachkraft für 24 Stunden und dazu seine Familie immer zu Hause. Dem auch ihm bekannten Druck könnte sie auf Dauer nicht standhalten. „All die Jahre hatte ich die Hoffnung, dass alles wieder gut wird. Aber nun war klar, dass das nicht passieren wird.“ Sie entscheidet sich für die Intensivpflege-WG. Den Platz organisiert der Sozialdienst des Krankenhauses.

Die Pflege-Kosten schlucken schnell alle Ersparnisse

Die Behandlung im Krankenhaus zahlte die Krankenkasse. Die Kosten für die Pflege-WG lasten auf ihr und verbrauchen schnell ihr gesamtes Ersparnis. Sie arbeitet in Vollzeit als Kinderpflegerin, um die Rechnungen bezahlen zu können. Das reicht nicht, sie muss einen Kredit aufnehmen. „Wichtig ist, dass es meinem Sohn gut geht. Und dass ich die Rechnungen bezahlen kann“, erzählt Aishe.

den Pflegeprozess ein, entscheiden eigenmächtig über zusätzliche Therapiemaßnahmen – ohne Nutzen für Alkan.

Besondere Herausforderung für das Pflegepersonal: Der Umgang mit den Angehörigen

An diesem Punkt kommt Elena Augustin vom Projekt „Brücken bauen“ des Paritätischen Bezirksverbands Oberbayern ins Gespräch. Sie berichtet, dass es für Pflegeeinrichtungen eine besondere Herausforderung ist, mit den Angehörigen von Pflegebedürftigen umzugehen. Sie haben die Haltung, als Familie die Verantwortung übernehmen zu müssen, wollen die Kontrolle nicht abgeben, mischen sich häufig ein. Sie hat früher selbst als Pflegerin gearbeitet und spricht aus eigener Erfahrung. Im Rahmen des Projekts knüpft Elena Augustin Kontakt mit Migrantenorganisationen verschiedener Communities und informiert rund um das Thema Pflege, denn das Wissen über das Gesundheits- und Pflegesystem in Deutschland ist in der Regel sehr gering.

Zurück zu Aishe: Sie erhält immer wieder die Vorwürfe von ihrer Schwiegermutter und ihrer Schwägerin, sie kümmere sich nicht wie eine richtige oder traditionelle Muslima. Die beiden Verwandten bauen einen enormen psychi-

Das Wissen über das Gesundheits- und Pflegesystem in Deutschland ist sehr gering.

Sie besucht ihren Mann regelmäßig, ist aber nie allein mit ihm, weil die Schwägerin und die Schwiegermutter Alkan nicht von der Seite weichen. Keinen Moment der Zweisamkeit gibt es für Aishe und Alkan, keine Chance in Stille langsam Abschied zu nehmen. Sie mischen sich vermeintlich wohlmeinend in

schon Druck auf, und das so erzeugte schlechte Gewissen macht die ganze Situation zusätzlich belastend. Alkans Familie fordert sie auf, die rechtliche Betreuung an seine Schwester abzu-

*Namen verändert

Ein sonniger Morgen in der Münchner Messestadt



geben. Diese hat erfahren, dass sie vom Staat Unterstützung bekommt für eine Wohnung, wenn sie ihn bei sich pflegen würde. „Ich war kurz davor, die Betreuung abzugeben, weil mich dieser ständige Druck kaputt macht“, erzählt sie. Sie hat Angst. Seit zwei Monaten traut sie sich nicht mehr, ihren Mann zu besuchen, weil sie seiner Familie nicht begegnen möchte.

Aishe bekommt Rat und neuen Halt

Ihrer Freundin Dunya Korkmaz vertraut sie sich an und bekommt moralische Unterstützung. Auch ihre Chefin in der Krippe weiß mittlerweile Bescheid und gibt ihr Rückhalt. Aishe fängt langsam an wieder an sich zu denken, macht Sport, fährt seit sechs Jahren zum ersten Mal in den Urlaub. Ihre Freundin stellt den Kontakt zu Elena Augustin her, die ihr die richtigen Ansprechpartner und Beratungsstellen vermittelt. So erfährt Aishe auch, dass die Rechnungen der Pflegekasse viel zu hoch sind. Wieder

endlose Telefonate bis die Kasse ihren Fehler endlich einsieht. „Von dem ganzen Papierkram habe ich so die Nase voll“, erzählt sie.

Was ihr am meisten geholfen hat? Dem Oberarzt im Krankenhaus ist sie dankbar, dass er ihr die Intensivpflege-WG empfohlen hat. „Die Gespräche mit Dunya haben gut getan und mich immer wieder aufgebaut“, antwortet Aishe. Und durch Elena Augustin, weiß sie, wo sie Rat bekommt.

Der alltägliche Wahnsinn einer arbeitenden Mutter

Ihre Freundin Dunya kommt nach einer Stunde dazu. Auch sie hat eine Geschichte zu erzählen. Dunya ist sofort sehr präsent und wirkt selbstbewusst. Ganz anders als die eher ruhige Aishe. Dunya entschuldigt sich für die Verspätung, ordnet ihr Kopftuch und berichtet von ihrem chaotischen Morgen. Am Abend zuvor fiel ihrer Tochter ein, dass heute in der Schule Trachtenfest ist und ihr Dirndl nicht mehr passt. Also musste sie auf die Schnelle eins organisieren.

Eine Freundin hilft aus. Die Bluse dazu muss in der Früh noch gebügelt werden. Der Sohn hat heute seine erste Schwimmstunde, eine Badekappe fehlt. Dunya kauft eine und bringt sie ihm in die Schule. – Der alltägliche Wahnsinn einer arbeitenden Mutter.

Pflege ist ein großes Tabu

Dunya hat mit 15 eine Ausbildung zur Kinderpflegerin gemacht, auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur erworben und dann Pädagogik studiert. Heute arbeitet die 39-Jährige als pädagogische Fachkraft in der Mittagsbetreuung. Neben Job und Kindern ist sie Elternbeiratsvorsitzende in der Grundschule und ehrenamtlich engagiert für einen Verein, der sich für den interkulturellen Dialog zwischen Juden, Christen und Muslimen einsetzt. Über den Verein entstand der Kontakt zum Projekt „Brücken



bauen". Regelmäßig gibt es gemeinsame Veranstaltungen, bei denen über das Pflegesystem in Deutschland informiert wird. „Die Vorbehalte gegenüber deutschen Pflegeheimen sind groß, auch geprägt durch negative Fernsehberichte. Pflege ist ein großes Tabu bei türkischen Migranten“, erzählt sie.

„Ich will nichts, was mir nicht zusteht.“

Das hat sie selbst in ihrer Familie erlebt, als ihre Oma zum Pflegefall wurde. Sie war schwer krank, hatte Diabetes, einen Bypass, Zitteranfalle, Sehprobleme, konnte sich nicht mehr richtig bewegen. Nach mehreren Krankenhausaufenthalten sagte ihr eine Ärztin: „Ihre Oma ist pflegebedürftig.“ Sie musste ihrem Großvater vermitteln, dass er Unterstützung bei der Pflege seiner Frau braucht. Er hat mit Sturheit reagiert: „Ich schaffe das allein. Wir brauchen keine Hilfe. Ich will nichts, was mir nicht zusteht.“ Er wollte von niemandem abhängig sein. Die Großmutter, die geistig noch völlig klar war, hat eingesehen, dass die Familie das nicht alleine schaffen konnte und sie professionelle Hilfe brauchten.

Durch den Kontakt mit „Brücken bauen“ wusste Dunya, wo sie Rat bekommt. „Wir mussten sehr schnell entscheiden, wie es weitergeht, weil Oma nicht mehr im Krankenhaus bleiben konnte“, erzählt sie. „Wenn man die Sprache

Ich schaffe das allein. Wir brauchen keine Hilfe. Ich will nichts, was mir nicht zusteht.

nicht spricht und keine Beratung bekommt, ist man in diesem System geliefert.“ Der Sozialdienst im Krankenhaus empfiehlt erstmal eine Kurzzeitpflege.

„Ich werde euch nie wiedersehen.“

Es gibt einen Familienrat mit ihren Eltern und Geschwistern. Immer wenn das Wort „Pflege“ fiel, hieß es sofort „nein!“ Dunyas Vater möchte die Großeltern gern zu sich nehmen. Sie gibt zu bedenken, dass das Haus nicht barrierefrei ist, die Großmutter wäre im Zimmer eingesperrt und die Rund-um-die-Uhr Pflege würde sie überfordern. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Auch die Familie in der Türkei machte Vorwürfe und meinte, wenn ihr sie zuhause nicht pflegen können, dann machen wir das hier in der Türkei. Irgendwann hat sie ihren Vater so weit, dass er wenigstens einer Kurzzeitpflege zustimmt, um Zeit zu gewinnen für eine Entscheidung. Als sie ihn am nächsten Tag anruft, um alles klar zu machen, sagt er: „Du brauchst nicht fahren. Opa hat Flugtickets gekauft.“ Schon am nächsten Tag fliegen die Großeltern zurück in die Türkei. Die Familie hat kaum die Gelegenheit sich zu verabschieden. Die Großmutter sagt zu ihr: „Ich glaube, ich werde euch nie wiedersehen. Ich möchte nicht zurück. Ich möchte hier bei euch

bleiben.“ Sie leben dort bei ihrem Sohn und seiner Familie, die angeboten hatten, sich um die Großeltern zu kümmern. Zwei Monate später stirbt die Großmutter dort in einem Krankenhaus.

Kulturelle Prägung?

Lässt sich aus diesen Erfahrungen etwas verallgemeinern, was für die türkische Migrantencommunity in Bezug auf das Thema Pflege gilt? Dunya antwortet, dass Pflege insgesamt ein großes Tabu ist. „Bloß nicht ins Pflegeheim“ und „Das ist Aufgabe unserer Familie“ sind weit verbreitete Ansichten. In ihrem Umfeld und in ihrer ehrenamtlichen Arbeit merkt sie immer wieder, dass das Wissen über die ganz unterschiedlichen Möglichkeiten und über das System insgesamt fehlt. Viele wissen nicht, was ihnen zusteht. „Dadurch gehen so viele Ansprüche verloren!“ Der Pflegegrad wird häufig nicht beantragt, medizinische Hilfsmittel, etc.

„Vielleicht auch die Haltung ihres Großvaters, ich nehme nicht, was mir nicht zusteht“, ergänzt Dunya. Da widerspricht Aishe: „Die Familie meines Mannes ist sehr genau informiert.“

Wenn man die Sprache nicht spricht und keine Beratung bekommt, ist man in diesem System geliefert.



Elena Augustin vom Projekt Brücken bauen im Gespräch mit Aishe und Dunya in den noch leeren Riem Arcaden.

Fotos: Paritätischer in Bayern

Elena Augustin erklärt das mit den unterschiedlichen Migrantengenerationen. Die Reaktion von Dunyas Großvater sei typisch für die erste Migrantengeneration. Sie sind nach Deutschland gekommen, um hier zu arbeiten. Sie waren immer auf sich gestellt, sorgen für einander und lassen niemanden rein in ihre Beziehung. Hinzu kommt, dass viele nicht erlebt haben, wie ihre eigenen Eltern alt und pflegebedürftig wurden.

Für alle eine alltägliche Herausforderung: Erziehung, Job, Pflege, Engagement

Um zu informieren, organisiert Dunyas Verein regelmäßig Veranstaltungen. „Die Familien kennen sich mit dem System nicht aus, schaffen es teilweise aber auch nicht, zu den Veran-

staltungen zu kommen“, beklagt sie. Elena Augustin äußert dafür Verständnis. Sie arbeiten, erziehen Kinder, engagieren sich im Gebetsverein, haben pflegebedürftige Angehörige – da bleibt für Informationsveranstaltungen keine Zeit. Deshalb geht sie dorthin, wo die Menschen sind: nach dem Freitagsgebet in die Moschee oder Sonntagvormittag in die orthodoxe Kirche.

Die nächste Veranstaltung ist zum Thema Demenz geplant. „Viele wissen nicht, was diese Krankheit genau ist und wie man mit Menschen mit Demenz umgeht“, sagt Elena Augustin. Das bestätigt Aishe, deren Vater an Demenz erkrankt ist. „Meine Mutter weiß nicht, wie sie auf ihn reagieren soll“, erzählt sie. „Dann komm doch vorbei und bring Deine Mutter mit“, lädt die Freundin Dunya sie ein.

Nach zweieinhalb Stunden trennen sich unsere Wege. Um zwölf beginnt Dunyas Arbeit in der Mittagsbetreuung. Aishe hat sich den Tag extra freigenommen, um mit uns zu sprechen. Jetzt muss sie noch Behördengänge erledigen, um wieder Anträge für ihren Mann zu stellen. Das Einkaufszentrum ist mittlerweile richtig belebt. Aufgewühlt trete ich hinaus in die Sonne – überwältigt von dem Eindruck, was diese beiden Frauen leisten!

Susann Engert ■

Freiwilligendienste

Freiwillig versus Pflicht

Ein Plädoyer für die Freiwilligendienste

Wie ein Steinwurf in einen ruhigen See wirkte der Vorschlag von Annegret Kamp-Karrenbauer, den Wehrdienst oder ersatzweise einen sozialen Pflichtdienst (wieder) einzuführen. Er schlug Wellen von hitzigen Diskussionen, die mit dem Ende des Sommerlochs (vorerst) ausgelaufen sind. Im Pro und Contra wurde versäumt zu überlegen, welche Konsequenzen das für die betroffenen Personen hätte.

Jeder Siebte engagiert sich freiwillig

Rund 100.000 überwiegend junge Menschen leisten jährlich bundesweit einen Freiwilligendienst. Sie engagieren sich aus freiem Willen in gemeinwohlorientierten Einrichtungen und stärken mit ihrem Einsatz die Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bei einem Pflichtdienst wären es an die 700.000 junge Männer und Frauen. Mit anderen Worten: jeder/jede Siebte entscheidet sich jetzt schon für ein solches Engagement.

Intrinsische Motivation und Engagementbereitschaft

Die Motive für einen Freiwilligendienst sind vielfältig (s. dazu Evaluation zu den Freiwilligendiensten, INBAS Sozialforschung, April 2016). Allen gemeinsam ist eine intrinsische Motivation: sie tun, was sie tun, weil sie das wollen. Dies ist eine gute Voraussetzung für die Freiwilligen wie für die Einrichtungen und vor allem für die betreuten Menschen dort. Es wird zwar immer wieder angeführt, dass mancher Zivildienstleistende im Laufe seines Dienstes einen Sinneswandel durchlebt hat, aber eine Garantie für die betreute Person gibt es nicht.

Freiwilligkeit: Begegnung auf Augenhöhe statt Zwangsgemeinschaft

Anerkennung und Wertschätzung, eine gute Anleitung und Begleitung in den Einsatzstellen sind Mittel, um die Freiwilligen für Einsatzstellen zu gewinnen und zu halten. Freiwilligen-

dienste sind ein Geben und Nehmen, in der sich Freiwillige wie die Verantwortlichen in den Einsatzstellen auf Augenhöhe begegnen. Wenn Freiwillige oder Einsatzstelle aber nicht länger zusammen arbeiten wollen, kann eine der beiden Seiten kündigen.

Bei einem Pflichtdienst für Männer und Frauen wäre es in der jetzigen Situation sicher eine Herausforderung, ausreichend geeignete Einsatzstellen zu finden. Ein Wechsel aufgrund von Unzufriedenheit wäre kaum zu bewältigen. Der Ausweg einer Kündigung wäre im Pflichtdienst gar nicht mehr möglich. Keine gute Basis für eine erfolversprechende Zusammenarbeit.

Pflichtdienst als Ausgleich für mangelnde Pflegekräfte?

Auch wenn offiziell der Pflichtdienst nicht in Zusammenhang mit dem Pflegenotstand gebracht wird, so liegt doch der Verdacht nahe, dass man junge Menschen dazu heranziehen möchte, um eklatante, politische Fehlentwicklungen auszugleichen. Gerade bei einem so hohen Zuwachs an günstigen Zusatzkräften muss zudem die Frage nach der Arbeitsmarktneutralität und einem weiteren Ansehensverlust von Fachpersonal gestellt werden. Letztlich könnte sogar eine weitere Überforderung des Pflegepersonals eintreten, das sich nun zusätzlich um die vielen ungelernen Kräfte kümmern muss.



Freiwillige tun das, was sie tun, weil sie es wollen.
Foto: philidor | fotolia

Forderungen der Wohlfahrtsverbände

Statt auf einen Pflichtdienst, der weder mit dem Grundgesetz noch EU-Völkerrecht vereinbar ist und zusätzliche immense Kosten verursachen würde, setzen die Wohlfahrtsverbände auf

- eine Stärkung der Freiwilligendienste (qualitativ und quantitativ)
- den Abbau von Hürden an der Teilnahme z.B. Kostenübernahme von Assistenzleistungen, keine Anrechnung der Leistungen aus den Freiwilligendiensten für Jugendliche aus Hartz-IV-Familien
- auf eine stärkere Anerkennung des freiwilligen Engagements, z.B. kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für die Freiwilligen während des Dienstes und eine positive Berücksichtigung bei der Zulassung zu Studiengängen und soweit im Einflussbereich des Gesetzgebers – zu anderen Ausbildungsgängen.

„Alternative Konzepte“

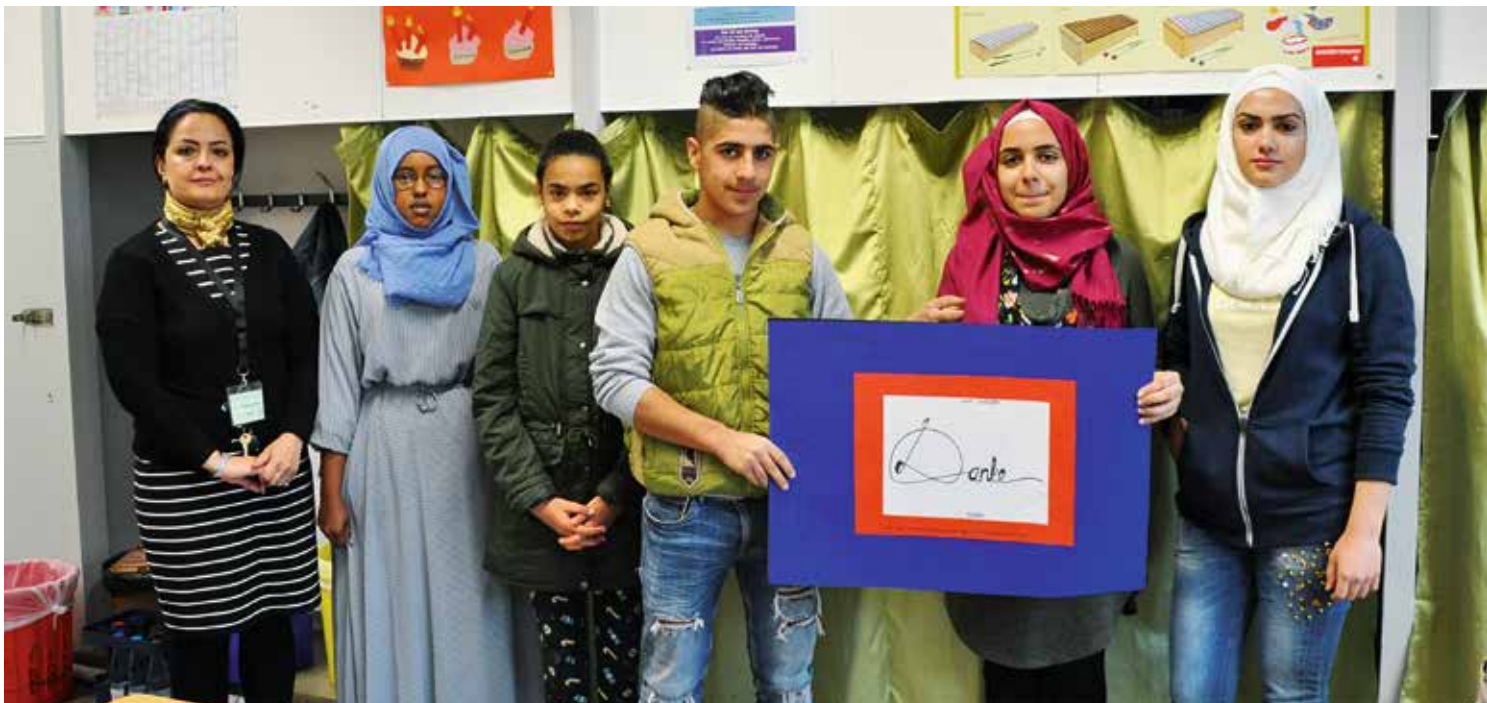
Die ganze Diskussion treibt mittlerweile Blüten. So gab es im August eine Petition an den deutschen Bundestag, die für einen „alternativen“ Pflichtdienst eintrat. Erst mit Erreichen des 66. Lebensjahres soll der Pflichtdienst angetreten werden (www.openpetition.de). Als Argument wurde u.a. angeführt, dass damit „nicht über die Köpfe von Nichtwählern hinweg“ entschieden würde und diejenigen, die für den Pflichtdienst stimmen, von der Regelung auch betroffen wären. Mag sein, dass die Petition daher nur 19 Unterstützende fand.

Dr. Annette Firsching ■

So „macht“ man Inklusion:

Der Paritätische in Unterfranken und Chapeau Claque e.V. werden mit dem Preis für Inklusion 2018 der Luise-Kiesselbach-Stiftung ausgezeichnet – Preisverleihung unter der Schirmherrschaft von Michael Fitz

„Alle sollen dabei sein. Alle gehören dazu.“ Das ist die Übersetzung von Inklusion in Leichte Sprache.
Was so einfach klingt, ist in der Praxis schwer umzusetzen.



Die Jugendlichen aus Syrien und Eritrea haben in den Sprach- und Kommunikationstrainings in wenigen Monaten schon genügend Deutsch gelernt, um über sich und ihre Biografie kurz erzählen zu können. Ghussou Almoustafa (ganz links) hat die Kursleitung für die Gruppenangebote, die von der Mönchberg Schule, den Jugendmigrationsdiensten in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt angeboten werden. Ziel der ergänzenden Trainings ist, den Teilnehmer/-innen so schnell wie möglich den Zugang zu den regulären für sie passenden Schulangeboten zu ermöglichen.

Kinder und Jugendliche: Chancen und Teilhabe stärken

Artikel 2 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen fordert, dass alle Kinder dieselben Rechte haben und kein Kind diskriminiert werden darf. Die Vertragsstaaten verpflichten sich in der Konvention dazu, Kinder vor Diskriminierung zu schützen.

„Doch die Realität in Deutschland ist eine andere“, weiß Margit Berndt, Vorstand der Luise-Kiesselbach-Stiftung. „Abhängig von kultureller und sozialer Herkunft, Behinderung, Vermögen oder Status der Eltern haben Kinder und Jugendliche in Deutschland immer noch unterschiedliche Entwicklungs-, Bildungs- und Teilhabechancen. Mit dem Preis für Inklusion 2018 zeichnet die Luise-Kiesselbach-Stiftung deshalb Projekte aus, die Entwicklungschancen und gleiche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stärken.“

Inklusive Fahrradwerkstatt / Sprach- und Kommunikationstrainings

Der Preis für Inklusion der Luise-Kiesselbach-Stiftung wird seit 2013 zum dritten Mal vergeben. Der mit 8.000 Euro dotierte Preis wird geteilt zwischen dem Paritätischen in Unterfranken und dem Chapeau Claque e.V., der für sein Projekt Bamberger Hüttenstadt ausge-





Viktoria Ün, Projektleiterin Jugendmigrationsdienste Paritätischer in Unterfranken, Herr Jüttner, Konrektor der Mönchberg Schule, Kathrin Speck, Geschäftsführung Paritätischer in Unterfranken, Karin Braun, Luise-Kiesselbach-Stiftung, Michael Fitz, Schirmherr, Naofel Hafsa, Mitarbeiter des Jugendamtes



Michael Fitz, Jana Witschard, Projektleitung Chapeau Claque, Karin Braun, Luise-Kiesselbach-Stiftung
Fotos: Luise-Kiesselbach-Stiftung

zeichnet wird. Den Preis erhält der Paritätische in Unterfranken für die Projekte „Inklusive Fahrradwerkstatt / Sprach- und Kommunikationstrainings“. In Gaukönigshofen und Würzburg werden in Integrationsklassen neuzugewanderte Kinder gefördert. Doch auch die Integrationsklassen stoßen an Grenzen: Einige der Kinder müssen erst alphabetisiert werden oder haben große Schwierigkeiten beim Erlernen der neuen Sprache. Die Inklusive Fahrradwerkstatt und die Sprachtrainings des Paritätischen in Unterfranken richten sich insbesondere an diese Kinder und Kinder, die noch nie eine Schule besucht haben: Statt Frontalunterricht wird Deutsch beim gemeinsamen Fahrradreparieren oder mit Anschauungsmaterial und anderen aktiven Methoden geübt und trainiert. Die Kursleiter sind Ehrenamtliche mit und ohne eigene Migrationserfahrung.

In Würzburg werden mit dem Preisgeld in Höhe von 4.000 Euro Trainings in unterschiedlichen Schulen weitergeführt und Ausflüge für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund organisiert. Außerdem wird das Paritätische Projekt „Willkommen in Würzburg!“ unterstützt, das unter anderem Sprach- und Kulturmittler für Elternabende in Kindergärten und Schulen vermittelt.

Bamberger Hüttenstadt

Viele Ferienangebote in Bamberg sind kostenpflichtig, nicht barrierefrei oder man muss sich frühzeitig dafür anmelden. Häufig bestimmen der Geldbeutel der Eltern oder die Zugänglichkeit darüber, ob ein Kind an einem Sommerferienprogramm teilnehmen kann. Nicht so bei der Bamberger Hüttenstadt: Jedes Jahr in den Sommerferien verwandelt sich die Bamberger Jahnhalbinsel durch das Bamberger Spielmobil in einen faszinierenden Abenteuerspielplatz und eine bunte Bau-Welt. Die Bamberger Hüttenstadt ist kostenfrei, barrierefrei zugänglich und man muss sich auch nicht vorher

anmelden: So können Kinder spontan und selbstbestimmt entscheiden und jedes Kind kann einfach mitmachen. Möglich wird das durch die Förderung durch das Stadtjugendamt Bamberg. Ohne diese Unterstützung gäbe es die Hüttenstadt als kostenfreies Angebot für alle Kinder nicht.

Preisverleihung unter der Schirmherrschaft von Michael Fitz

Der Inklusionspreis wurde Ende Oktober durch Michael Fitz übergeben. Er ist Schirmherr des Preises für Inklusion. Der Schauspieler und Musiker war bereits 2012 Schirmherr der „Woche der Inklusion“ des Paritätischen in Bayern sowie Schirmherr des Preises für Inklusion 2013 und 2016.

Alix Veh ■

Migration

Sprachbarrieren verhindern Teilnahme

Sprachmittlung als Voraussetzung für Chancengleichheit beim Zugang zu Sozialleistungen

Im Sozialgesetzbuch (SGB I) werden die Leistungsträger verpflichtet darauf hinzuwirken, dass jeder Berechtigte die ihm zustehenden Sozialleistungen in zeitgemäßer Weise, umfassend und zügig erhält (§ 17 Abs. 1 S. 1). Sprachliche Verständigung ist eine Grundvoraussetzung für den Zugang zu bestimmten sozialen Leistungen und somit für die gesellschaftliche Teilhabe. Leider bilden Sprachbarrieren für viele in Deutschland lebende Menschen ein Hindernis bei der Wahrnehmung ihrer sozialen Rechte. Seien sie Geflüchtete, Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten aus Drittstaaten, EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler – darunter auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Durch erschwerte sprachliche Kommunikation kann es zu Problemen bei der tatsächlichen Gewährung von Sozialleistungen und zur Minderung deren Qualität kommen. Schwerwiegende Folgen wie fehlende Existenzsicherung durch fehlerbehaftete oder verzögerte Verwaltungsakte in den Bereichen des SGB II oder des SGB XII oder Falschbehandlung bei der medizinischen Versorgung sind nur einige Beispiele. Betroffen von den Folgen der fehlenden oder unzureichenden sprachlichen Kommunikation sind sowohl die Empfänger der Sozialleistungen, als auch deren Träger und

Erbringer: Behörden, medizinische Einrichtungen, Freie Wohlfahrtspflege und andere.

Der Handlungsbedarf bezüglich der sprachlichen Verständigung ist bereits von diversen Akteuren festgestellt worden. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung hat sich beispielsweise im Schwerpunktjahr 2015 „Gesundheit und Pflege in der Einwanderungsgesellschaft“ mit dem Thema sprachliche Verständigung bei der Prävention und der medizinischen sowie pflegerischen Versorgung befasst. Der Bundesweite Arbeitskreis

Migration und öffentliche Gesundheit bei der Beauftragten fordert in seiner Stellungnahme von Mai 2017 die Einführung einer sprachlich-kulturellen Vermittlung als Standard bei der medizinischen Versorgung und hält die Schaffung entsprechender gesetzlichen Grundlagen, Qualitätsstandards und Strukturen für erforderlich.

Der Paritätische trägt diese Position mit, sieht aber die Problematik nicht ausschließlich in Bereichen der medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung. →



Grafiken: Rudie | Adobe Stock



Institutionen und Behörden müssen sich öffnen

Anknüpfend an den einstimmigen Beschluss der 13. Integrationsministerkonferenz vom März 2018, in dem die Sicherung der sprachlichen Verständigung durch adäquate Sprachmittlung neben Einrichtungen des Gesundheitswesens auch in Behörden und anderen staatlichen Institutionen als erforderlich für die

lichen, muss dem Anspruch der exklusiven Kommunikation in der Nationalsprache übergeordnet werden.

Was nach langem Kampf für Menschen mit Hörbehinderung möglich wurde, nämlich das Recht bei der Ausführung von Sozialleistungen

Analog dazu fordert der Paritätische die Sicherstellung der sprachlichen Verständigung durch Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Sprachmittlung bei Beantragung und Ausführung von Sozialleistungen im Allgemeinen Teil der Sozialgesetzbücher (SGB I). Menschen ohne ausreichende Sprachkenntnisse, die in Deutschland nach geltendem Recht Ansprüche auf soziale Leistungen haben, dürfen nicht bei der Wahrnehmung ihrer Rechte durch Sprachbarrieren gehindert werden. Wenn die sprachliche Verständigung zur Klärung von Ansprüchen, Beantragung und Ausführung von Sozialleistungen erforderlich ist, soll diese durch den Einsatz einer adäquaten Sprachmittlung von den Leistungsträgern sichergestellt werden. Ebenso wird der Auf- und Ausbau entsprechender Strukturen, die die unterschiedlichen Anforderungen und Ausführungsbereiche berücksichtigt gefordert.

Andreas Selig ■

Menschen ohne ausreichende Sprachkenntnisse, dürfen nicht bei der Wahrnehmung ihrer Rechte durch Sprachbarrieren gehindert werden.

gelungene Integration betrachtet wird, gilt folgendes festzuhalten: Die Problematik der sprachlichen Verständigung muss im breiteren Kontext des gesamten Sozialrechts und dessen Leistungserbringung betrachtet werden.

in Gebärdensprache zu kommunizieren und die zuständigen Leistungsträger bspw. zur Übernahme der Gebärdensprachdolmetscherkosten zu verpflichten, muss auch für weitere Zielgruppen möglich sein.

Der Paritätische teilt die Forderung der Integrationsministerkonferenz, und damit auch des Freistaates Bayern, nach einer stärkeren inhaltlichen Auseinandersetzung durch die Bundesregierung mit dem Thema sprachliche Verständigung. In einem Einwanderungsland Deutschland ist aus Verbandssicht ein Umdenken des Grundverständnisses der sprachlichen Kommunikation notwendig: Die Strukturen, Institutionen und Behörden müssen sich stärker für andere Kommunikationsformen öffnen. Der Anspruch, allen dazu berechtigten durch entsprechende Leistungen Teilhabe zu ermög-

§ 17 SGB I Ausführung der Sozialleistungen

(1) Die Leistungsträger sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass

1. jeder Berechtigte die ihm zustehenden Sozialleistungen in zeitgemäßer Weise, umfassend und zügig erhält, ...

(2) Menschen mit Hörbehinderungen und Menschen mit Sprachbehinderungen haben das Recht, bei der Ausführung von Sozialleistungen, insbesondere auch bei ärztlichen Untersuchungen und Behandlungen, in Deutscher Gebärdensprache, mit lautsprachbegleitenden Gebärden oder über andere geeignete Kommunikationshilfen zu kommunizieren. Die für die Sozialleistung zuständigen Leistungsträger sind verpflichtet, die durch die Verwendung der Kommunikationshilfen entstehenden Kosten zu tragen. § 5 der Kommunikationshilfenverordnung in der jeweils geltenden Fassung gilt entsprechend.



Die „Stigmatisierung“ bleibt!

Auch wenn das PsychischKrankenHilfe-Gesetz entstigmatisiert wurde

Wow! Das war ein Jahr für die Psychiatrie und für Menschen mit psychischen Erkrankungen in Bayern! Dank des großartigen zivilgesellschaftlichen Protestes und des politischen Schulterschlusses der wichtigsten Interessengruppen der psychiatrischen Versorgung konnte ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz in Bayern verhindert werden, das psychisch kranke Menschen als gefährlich stigmatisiert und gesetzlich diskriminiert. In den Statements der parlamentarischen Anhörungen wurde eindrucksvoll aufgezeigt, welche Konsequenzen es für die Betroffenen haben kann, wenn mit den Regelungen zu Unterbringungsverfahren Bilder einer repressiven Psychiatrie gezeichnet werden, vor der betroffene und nicht betroffene Menschen Angst haben (müssen).



Das Gesetz ändert für viele nur wenig und vieles nur langfristig

Das in diesem Sinne stark verbesserte Gesetz muss sich nun beweisen. Und da wird zwangsläufig Ernüchterung einkehren. Zunächst einmal ist von den Regelungen im PsychKHG der größte Teil psychisch kranker Menschen selten oder nie betroffen. In ihrem Alltag und wenn sie Berührung mit dem psychiatrischen Versorgungssystem haben, werden Betroffene auch kaum konkrete Veränderungen bemerken. Das psychiatrische Versorgungssystem vollzieht ja nicht von heute auf morgen einen

Wandel im Umgang mit den psychisch kranken Patient/-innen, verändert nicht die Settings, stellt nicht mehr Personal ein und wendet nicht neue Methoden in Behandlung und Betreuung an. Das fordert dieses Gesetz nicht ein und das könnte ein Landesgesetz wie das PsychKHG auch gar nicht regeln.

War das also alles vergebliche Liebesmüh? Viel Wind um wenig? Symbolpolitik? Das wird sich zeigen.

Geduld und ein langer Atem sind nötig. Der Aufbau einer Psychiatrieberaterstattung

und die Einführung eines Zwangsregisters werden Erkenntnisse bringen, ob die Ziele einer menschenrechtlicheren Psychiatrie und weniger häufige Unterbringungen erreicht werden, und schon das allein wird mit Sicherheit dazu führen, dass an diesen Zielen innerhalb der psychiatrischen Versorgung auch gearbeitet wird. Die Schaffung von mehr Transparenz im System, die leichte Stärkung der Selbsthilfe und Betroffenenorganisationen sowie die für den Protest geschmiedeten Bündnisse sind weitere wichtige Grundlagen für eine gewollte Weiterentwicklung der Psychiatrie.

Für die Betroffenen ist die alltägliche Stigmatisierung von immenser Bedeutung

Und doch bleibt ein wesentlicher Aspekt aus den Statements in der Anhörung auch nach diesem für die Psychiatrie bemerkenswertem Jahr noch zu wenig bearbeitet: die Stigmatisierung. Auch wenn wir erreicht haben, dass dieses Gesetz die psychisch kranken Menschen nicht noch mehr stigmatisiert, haben wir damit nichts getan, um die schon vorhandene Stigmatisierung in der Gesellschaft zu verringern. Man könnte, um mit den Begrifflichkeiten der UN-Behindertenrechtskonvention zu arbeiten, auch sagen, dass die Inklusion von Menschen mit psychischen Erkrankungen auf halbem Wege steckenbleibt. Wir fördern und unterstützen die Menschen in ihrer Teilhabe, kommen aber in Bezug auf Akzeptanz und weniger Diskriminierung in der Gesellschaft nicht voran. Sie lernen ihren Alltag wieder eigenständig zu bewältigen, bekommen dann aber keine Wohnung. Sie tasten sich mit viel Unterstützung langsam wieder an die Arbeitswelt heran, finden aber keine Arbeitgeber, die sie einstellen. Das Bild eines potentiell gewalttätigen



Menschenrechte jetzt erstreiten überall – für alle Zeiten

Menschen oder auch das Unverständnis, die Unkenntnis und damit die vermeintliche Unberechenbarkeit von psychisch kranken Menschen haben großen Anteil an den massiven Teilhabebeeinträchtigungen beim Thema Wohnen, beim Thema Arbeit und im sozialen Miteinander. Für ein gelingendes Leben psychisch kranker Menschen sind die Bilder, die sich die Gesellschaft von den Auswirkungen psychischer Erkrankungen macht, von ebenso großer Bedeutung wie das Vorhandensein und die Qualität von Versorgungsangeboten. Die Konvention weiß um diese Zusammenhänge, weshalb sie den beigetretenen Staaten in Artikel 8 explizit vorgibt, an diesen Bildern zu arbeiten und in der Bevölkerung einen Bewusstseinswandel über die Menschen mit Beeinträchtigungen zu befördern.

Aktionstag zum Welttag der seelischen Gesundheit setzt den Fokus „Stigma“

Auch das Aktionsbündnis „ZehnZehn“, das zum 6. Mal am Welttag der seelischen Gesundheit am 10. Oktober mit einer Kundgebung und einem Solidaritätsmarsch durch die Münchner Innenstadt den Abbau der Stigmatisierung psychisch erkrankter Menschen fordert, weiß um diese Zusammenhänge und handelt im Sinne des Artikel 8 der Behindertenrechtskonvention.

Vier Tage vor der bayerischen Landtagswahl wurden Politiker/-innen (fast) aller Parteien auf der Kundgebungsbühne zu ihren Vorstellungen über Psychiatriepolitik aber auch zu ihren „Bildern“ von psychisch kranken Menschen befragt, und was sie im Sinne von Entstigmatisierung tun wollen. Zeitbedingt sind hier nicht die großen Zukunftsentwürfe gezeichnet worden. Aber die Politik ist sensibilisiert worden für das Thema Stigmatisierung, und die Teilnehmer/-innen an der Kundgebung – betroffene und nichtbetroffene Menschen – haben praktisch demonstriert, was getan werden muss, um Berührungängste abzubauen: sich begegnen, informieren, aufklären.

Ob es gelingt, diese praktisch gewordene Anti-stigma-Aktion ZehnZehn im kommenden Jahr ähnlich spektakulär wie beim Protest zum PsychKHG in die breitere Öffentlichkeit zu bringen – mit konkreten Projekten und Beispielen – ist fraglich. Aber ein Anfang ist gemacht und darauf können wir aufbauen. Wow!

Davor Stubican ■



Politiker/-innen wurden zu ihren Vorstellungen über Psychiatriepolitik befragt. Fotos: Paritätischer - SPZ München

Nichts ist so beständig wie die Veränderung

Der Paritätische in Bayern strukturiert die Aufgabenzuschnitte im Referat Teilhabe von Menschen mit Behinderungen um.

Die zurückliegenden und laufenden Reformen in den Bereichen der Altenhilfe und der Eingliederungshilfe bedeuten vielfältige und tiefgreifende Änderungen in den Unterstützungssystemen für Menschen mit Pflege- oder Teilhabebedarf. Neben vielen fachlichen Problemen sind meist auch zahlreiche (leistungs)vertragsrechtliche und finanzielle Fragestellungen zu klären. Damit führen diese Reformen auch die bisherige organisatorische Ausrichtung in den Verbänden an die Grenze des Machbaren, da die jeweiligen Themen meist innerhalb einer Referatsstruktur einzelnen Expertinnen und Experten zur Bearbeitung zugeordnet sind. Zahlreiche Schnittstellen zwischen den Rechtsbereichen benötigen eine gut funktionierende Kommunikationspraxis, um Informationsverluste zu vermeiden.

Vor allem bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes stehen mit der Erarbeitung eines neuen Landesrahmenvertrages zur Erbringung von Leistungen nach § 131 SGB IX große Herausforderungen bevor, die sowohl aus fachlicher als aus leistungsvertragsrechtlicher Sicht diskutiert und bewertet werden müssen. Zu den bestehenden leistungsvertraglichen Regelungsbereichen in den Sozialgesetzbüchern XI (Pflegeversicherung) und XII (Sozialhilfe) kommt das neue Vertragsrecht im SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) für die neu ausgerichtete Eingliederungshilfe ab 01.01.2020. Eine Aufteilung der jeweiligen Zuständigkeiten in zwei Landesreferate erschien vor diesem Hintergrund nicht mehr zeitgemäß. Bereits seit 2017 gibt es deshalb Bestrebungen, die Aufgabenzuschnitte der beiden Referate Finanzierung und Entgelte SGB XI/XII sowie Behindertenhilfe zu überdenken.

Ein neuer Name und ein veränderter Aufgabenzuschnitt im Landesreferat Behindertenhilfe

Zum 1. Juli dieses Jahres wurde nun eine Neustrukturierung des bisherigen Referates Behindertenhilfe umgesetzt. Im Wesentlichen wird damit die Zuständigkeit für Finanzierungs- und Entgeltfragen in der Eingliederungshilfe aus den Bereichen SGB IX und XII mit dem Fachreferat Behindertenhilfe zusammenführt. Die inhaltliche Arbeit im Referat wird künftig durch zwei Referenten verantwortet.



Jan Gerspach

Tel. 089 / 30 6 11 - 163

jan.gerspach@paritaet-bayern.de



Klaus Lerch

Tel. 089 / 30 6 11 - 210

klaus.lerch@paritaet-bayern.de

Jan Gerspach ist zuständig für den Bereich Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Dazu gehören u.a. die Themen

- Frühförderung,
- Heilpädagogische Tageseinrichtungen und
- Förderschulen.

Zu den übergreifenden Aufgaben von Herrn Gerspach gehören Betreuungsrecht und Betreuungsvereine.

Klaus Lerch ist zuständig für den Bereich Erwachsene mit Behinderungen mit den Themen:

- Offene Behindertenarbeit,
- Gehörlosenpolitik,
- Teilhabe am Arbeitsleben

Daneben übernimmt Herr Lerch die Aufgabe des Entgeltreferenten im Bereich der Eingliederungshilfe.

Die Neuausrichtung der Behindertenpolitik durch UN-Behindertenrechtskonvention und Bundesteilhabegesetz begründet schließlich auch die Umbenennung zum Referat Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Neues zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

Die bereits zum Jahresbeginn 2018 in Kraft getretenen Leistungsverbesserungen in der Eingliederungshilfe konnten mittlerweile in Verhandlungen mit den Bezirken konkretisiert werden. Dazu gehören v.a. die



Luise Kiesselbach Preis 2019

**Einreichungsfrist für Vorschläge läuft
bis zum 15. März 2019**

Regelungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bei sog. Anderen Leistungsanbietern (§ 60 SGB IX i.V.m. § 140 SGB XII) und das Budget für Arbeit (§ 61 SGB IX i.V.m. § 140 SGB XII). Eine neue Musterleistungsvereinbarung bietet neuen Anbietern von Leistungen zur Beschäftigung im Arbeitsbereich Orientierung für die Ausgestaltung und Verhandlung mit dem jeweils zuständigen Bezirk. Sie kann auf der Homepage der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern abgerufen werden (www.lagoefw.de).

Parallel wurde im Sommer im Rahmen eines Runden Tisches beim Sozialministerium eine Rahmenvereinbarung zum Budget für Arbeit zwischen Bezirkstag, Zentrum Bayern Familie und Soziales und Sozialministerium abgestimmt. Die Vereinbarung ist zum 01.10.2018 in Kraft getreten und regelt die Umsetzung des Budgets für Arbeit in Bayern. Gesamtverantwortlich für die Umsetzung des Budgets und die Finanzierung des Lohnkostenzuschusses ist der jeweils zuständige Bezirk. Im Rahmen der Amtshilfe unterstützt das Inklusionsamt bei der Feststellung des Umfangs der Minderleistung und bei der Ermittlung des notwendigen Unterstützungsbedarfs am Arbeitsplatz. Das Inklusionsamt übernimmt auch die Finanzierung dieser Unterstützungsleistung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe.

Die größte Herausforderung neben der inhaltlichen Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe steht den Einrichtungsträgern stationärer Wohnangebote mit der Trennung von existenzsichernden Leistungen und Fachleistung ab 01.01.2020 bevor. Dazu laufen die Verhandlungsgespräche mit den Bezirken derzeit auf Hochtouren. Die Materie gestaltet sich allerdings sehr komplex. Die vom Gesetzgeber zur Verfügung gestellte Zeit zur Verhandlung neuer Rahmenverträge bis Ende 2019 erscheint mehr als nur knapp bemessen. Kurz vor dem Abschluss steht daher zunächst die Vereinbarung einer sog. Übergangslösung, mit der die vom Gesetz geforderte Trennung der Leistungen formal umgesetzt werden kann, auch wenn der neue Rahmenvertrag noch nicht endgültig vorliegt.

Über die aktuellen Entwicklungen informiert das Referat zeitnah in den anstehenden Fachgruppensitzungen und gesonderten Informationsveranstaltungen Anfang 2019.

Seit 2008 ehrt der Paritätische in Bayern Mitgliedsorganisationen und deren ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Luise Kiesselbach Preis. Mit dem Preis möchte der Paritätische bürgerschaftliches Engagement in Bayern würdigen und stärken. Herzlich laden wir Sie daher ein, uns für 2019 Ihre Vorschläge einzureichen.

Preis für Bürgerschaftliches Engagement

Mit dem Luise Kiesselbach Preis werden herausragende (Lebens)leistungen von Menschen, die den Paritätischen oder seine Mitgliedsorganisationen ehrenamtlich mitgestalten, aber auch besonders erfolgreiche oder innovative Engagements und Mitgliedsorganisationen ausgezeichnet. Für die Auszeichnung können auch Menschen, Organisationen und Institutionen vorgeschlagen werden, die den Paritätischen und seine Mitgliedsorganisationen fördern oder die sozialen Anliegen des Verbandes beispielgebend unterstützen.

Bewerbungsunterlagen und Auswahlverfahren

Bitte reichen Sie Ihre Vorschläge bis zum 15. März 2019 bei Ihrem Bezirksverband ein. Dort erhalten Sie auch nähere Informationen über die Auswahlkriterien und das Auswahlverfahren. Die Formblätter zur Einreichung Ihrer Vorschläge und weitere Informationen zum Preis finden Sie auch im Mitgliederbereich unserer Homepage (www.paritaet-bayern.de).

Die Ehrungen mit dem Luise Kiesselbach Preis finden Ende 2019 statt. Nähere Informationen zur Veranstaltung werden zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht.

Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge und bedanken uns herzlich bei allen, die durch bürgerschaftliches Engagement die Gesellschaft stärken und den Paritätischen aktiv mitgestalten!

Christa Weigl-Schneider

Vorsitzende des Verbandsrats



Im Workshop wurden verschiedene Methoden spielerisch erprobt.
Foto: Paritätischer in Bayern

Design Thinking, Kanban und Scrum

Workshop zu Agilität lieferte viele neue Methoden

Agilität – ein Wort, das momentan in vieler Munde ist und gelegentlich auch überstrapaziert wird. Doch was bedeutet es überhaupt? Im Netz findet sich die schöne, knappe Erläuterung: „Agilität ist die höchste Form der Anpassungsfähigkeit einer Organisation an die Umwelt.“ Diese Anpassung ist schon viele Jahrzehnte Bestandteil von Organisationen – aber selten hatte sie eine so große Bedeutung wie in Zeiten des digitalen Wandels. Wenn sich die Arbeitsumgebung immer rascher verändert und die neueste Entwicklung von heute am nächsten Tag bereits überholt ist, stellen sich den Organisationen völlig neue Herausforderungen. Betroffen sind die Arbeitskultur, die Zusammenarbeit und auch die Führung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Paritätische Mitgliedsorganisationen sind häufig durch flache Hierarchien gekennzeichnet. Die Aktivitäten der Vereine, insbesondere der Selbsthilfe, begannen oft im kleineren Kreis, durch das Engagement einiger sehr Aktiver und Unterstützer, bevor sie die heutige Größe erreichten. Und oft sind flache Hierarchien, ein Sich-Begegnen auf Augenhöhe und die Offenheit gegenüber neuen Arbeitsweisen Bestandteil der Organisationen geblieben.

Die Neugierde an neuen Lösungen war auch beim Workshop „Agile Methoden und Prinzipien“ am 17. September im Landesverband zu erkennen, den der Paritätische im Rahmen des Projekts „Digitalisierung gestalten“ organisierte. Als Moderator und Coach führte Björn Schmitz, Inhaber der Innovations- und Organisationsberatung phillomondo, durch den Tag.

Komplexe Lösungen

Nach der Begrüßung durch Margit Berndt, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik, führte Schmitz im theoretischen Input in verschiedene Modelle wie beispielsweise das CYNEFIN-Modell ein, nach dem agile Methoden insbesondere in einer komplexen Umwelt helfen können. Auf komplexe Sachverhalte sei nicht mit einfachen oder komplizierten Erklärungen zu antworten, sondern eben auch mit komplexen Lösungen. Schmitz' These lautete, dass der Einsatz der richtigen Methoden die Kultur einer Organisation verändern kann. Den Weg andersherum zu beschreiten und erst einen Kulturwandel herbeiführen zu wollen, hält Schmitz aufgrund des fehlenden Rahmens für problematisch.

Dieser These folgend wurden während des Workshops verschiedene Methoden spielerisch erprobt. Bei der Design Thinking Methode sollten sich die Teilnehmer/-innen beispielsweise gegenseitig „das perfekte Portemonnaie“ kreieren – jedoch nicht auf Grundlage ihrer eigenen Vorstellungen, sondern nach den Bedürfnissen des Gegenübers. Erst durch die wiederholte Frage „warum“ der bisherige Geldbeutel verbessert werden kann und durch das Herunterbrechen der bestehenden Bedürfnisse entsteht ein Exemplar, das den Wünschen des Kunden entspricht. Wendet man diese Methode auf Organisationen der Sozialen Arbeit an, wird deutlich, dass die Bedürfnisse der betroffenen Personen an erster Stelle stehen sollten, wenn es um die Errichtung neuer Angebote geht. Oder, um es mit dem Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention auszudrücken: „Nichts über uns ohne uns!“

Vielfältige Methoden

Anhand des Puzzlespiels Ubongo erlebten die Teilnehmer/-innen am Nachmittag, welche Auswirkung verschiedene Arbeitsweisen auf die Produktivität und Zufriedenheit der Beteiligten haben. Während im Falle der „Wasserfallmethode“, bei der ein Schritt nach dem anderen von jeweils einer einzelnen Person ausgeführt wird, an diesem Tag zu keinerlei abgeschlossenem Ergebnis führte, steigerte sich die Arbeitsfreude und auch die Produktivität mit jedem Mal, mit dem die Strukturen offener wurden, Mitarbeiter gleichzeitig agierten (Kanban) oder bestenfalls gemeinsam und kooperativ miteinander arbeiteten (Scrum).

An der einen oder anderen Stelle erforderte es sicher Überwindung, sich spielerisch oder malerisch neuen Methoden zu öffnen – die guten Ergebnisse und die Anschaulichkeit der Modelle führten jedoch zu einer Offenheit, die nötig ist, um Agilität zuzulassen.

Der Workshop schloss mit der Einführung in ausgewählte Meeting-Varianten, die Teamsitzungen auflockern und gleichzeitig zielgerichteter gestalten können. Bevor die Teilnehmer/-innen wieder in die komplexe Welt entlassen wurden, notierten sie eine Methode, die sie in ihrer Organisation anwenden wollen – die genannten Methoden waren so vielfältig wie der Workshop an sich.

Jan Gerspach ■

Gefördert durch die





Der Paritätische in Bayern lud ein zum Diskurs.
Fotos: Paritätischer in Bayern

Es ist Zeit für Taten!

Zusammen gestalten wir Zukunft: ökologisch, sozial und nachhaltig



Im Juni 2018 fand die zweite Veranstaltung der Reihe „Der Paritätische im Diskurs“ statt – dieses Mal zum Thema Nachhaltigkeit. Erneut gelang in vollem Haus ein Blick über den verbandlichen Tellerrand mit Menschen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern. Bei komplexen Herausforderungen braucht es die Auseinandersetzung aus verschiedenen Blickwinkeln, denn nur so können neue gesellschaftliche Antworten gefunden werden.

Nachhaltigkeit sei nicht allein ein ökologisches Thema, betonte Margit Berndl, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern, in ihrer Begrüßung. „Es ist ein Menschenrechtsthema.“ Es betreffe das Zusammenleben von Jung und Alt, die Zukunftsfähigkeit von Städten und des ländlichen Raums, die gesundheitliche Versorgung, und es beinhaltet die Herausforderung Chancengleichheit herzustellen. „Letztlich betrifft es die Frage, wie wir jetzt und in Zukunft zusammenleben wollen und können,“ so Berndl weiter.

Mit den 17 Nachhaltigkeitszielen (**Sustainable Development Goals - SDGs**) ist ein Tableau von gleichwertigen Zielen formuliert, die miteinander verschränkt sind. Die Schnittmengen z.B. von ökologischen und sozialen Zielen sind noch zu wenig im Blick. Um zu guten Lösungsansätzen kommen zu können, braucht es einen gemeinsamen Dialog.

Der Paritätische in Bayern beschäftigt sich mit dem Thema, weil er als gesellschafts- und sozialpolitischer Akteur die Aufgabe hat, sich einzumischen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen mitzugestalten, z.B. bei der Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur, der Arbeitsmarktpolitik oder der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme – Themen, die mit den UN-Nachhaltigkeitszielen zu tun haben.

Die gemeinsame Debatte sei dabei schwierig zu führen, räumte Margit Berndl ein, da sich sozialpolitische und ökologische Zielsetzungen und Interessen widersprechen können, zum Beispiel, wenn es um die Schließung der Braunkohlekraftwerke geht, die viele Arbeitsplätze kosten wird.

Individuelle Lebensstile in den Blick nehmen

Dr. Thomas Röbbke (Vorsitzender des Sprecherrats des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement als Projektträger von RENN Süd) sprach in seinem Einführungsvortrag über gesellschaftliche Veränderungen, nachhaltige Lebensstile und Bürgerschaftliches Engagement. Seiner Ansicht nach müssten individuelle Lebensstile stärker in den Blick genommen werden.

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit sei weder in der DNA unserer Bürokratie, noch in der DNA unserer Lebensweise. Als Hinderungsgründe, sich selbst zu verändern, nannte er die „Angstökonomie“, die zwar spontan Reaktionen und Handeln auslöst, jedoch nicht Zeiträume von über 20 Jahren überblickt. Nachhaltige Lebensstile bei jungen Menschen funktionieren dann, wenn sie nicht nach „Verzicht“ klingen. Aus Sparsamkeit und Resteessen wird „hippes Foodsaving“.

Röbbke nannte die drei Stellschrauben zur Förderung nachhaltiger Lebensverhältnisse: Das Bürgerschaftliche Engagement, den Fokus auf den individuellen Lebensstil und die Vorgaben durch Politik. „Je länger ich mich damit beschäftige, umso mehr glaube ich, dass es nur mit freiwilliger Selbstverpflichtung nicht geht“, so Dr. Thomas Röbbke. Danielle Rodarius informierte über das Projekt RENN Süd. Das berät Kommunen, organisiert Fachtage und moderiert Workshops auch für soziale Einrichtungen und informiert über deren Hebelwirkungen zu den SDGs.



„Wenn unsere Gesellschaft weiter auseinanderdriftet, wird es nichts mit den Nachhaltigkeitszielen.“

Die Sozialunternehmerin Sina Trinkwalder stieg in ihrem Impulsvortrag mit markigen Sätzen ein: „Ich glaube nicht daran, dass wir bis 2030 irgendeines der Ziele erreichen.“ „Es liegt an uns, ob wir Zukunft wollen oder nicht.“ „Diejenigen, die am meisten kaputt machen, sind in unserer Gesellschaft die mit der höchsten Anerkennung.“ „Uns kracht die Mitte weg.“

Nachhaltigkeitsziele würden die Menschen, die andere Probleme haben, nicht interessieren. Denn: erst kommt das Fressen, dann die Moral, um Bertolt Brecht zu Wort kommen zu lassen. An diese Menschen müsste der Paritätische als Verband ran mit seinen Themen Armut, Bildung, Chancengleichheit oder Beschäftigung. Wenn unsere Gesellschaft weiter auseinanderdriftet, dann werde es nichts mit den Nachhaltigkeitszielen.

Es braucht unbedingt verbindliche Regeln.

Zum Einstieg der Diskussion hielt Dr. Susanne Lang, die sowohl Politikberaterin als auch Beraterin von Großunternehmen und den Corporate Citizenship Abteilungen ist, fest: Es braucht unbedingt verbindliche Regeln.



Das sei eine Lehre aus dem „Dieselskandal“, der das Vertrauen in die Wirtschaft um Längen zurückgeworfen habe.

Der für den Diskurs obligatorische „freie Diskussionsplatz“ wurde vom Publikum rege genutzt. So fanden Themen wie „Gemeinwohlökonomie“ und kritische Fragen zu Kooperationsbedingungen mit Großunternehmen ihren Raum. Es brauche mehr Grenzgänger zwischen den Welten, die unterschiedliche „Kulturen“ zusammenbringen, forderte beispielsweise Prof. Egon Endres.

Es braucht eine starke Zivilgesellschaft

Soziale Einrichtungen können Maßnahmen entwickeln, die auf die Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele einzahlen, genauso, wie es Unternehmen auch tun. Diese verwenden schon oft die SDGs als Maßstab für ihre Nachhaltigkeitsstrategie. Soziale Einrichtungen haben dabei als organisierte Form der Zivilgesellschaft die Rolle des „watchdog“ gegenüber Unternehmen.

Gleichzeitig aber haben sie auch eine eigene Expertise und können sich als notwendige Kooperationspartner zur Erfüllung der Sozialen Nachhaltigkeitsziele einbringen. Beispielsweise können sie Ansprechpartner werden gegenüber Mitarbeitenden in Unternehmen, die für Corporate Citizenship zuständig sind.

Margit Berndt betonte auch die ökologische Verantwortung des Paritätischen: „Mit unseren 800 Mitgliedsorganisationen, den vielen Diensten und Einrichtungen kommt uns allein quantitativ eine Verantwortung zu.“ Nachhaltig zu leben heißt, an die Zukunft zu denken und jetzt zu handeln!

Monika Nitsche und Susann Engert ■

<https://www.renn-netzwerk.de/sued/>

<https://www.brichbag.de/500-rucksaecke-sind-ein-anfang>



Mit der Bridgebag unterstützt die Sozialunternehmerin Sina Trinkwalder Obdachlose. Hier im Bild mit Ursula Barrois vom Verein Die Initiative.

„Voneinander lernen erlaubt!“

Organisationen präsentierten ihre Digitalisierungs-Projekte beim „FORUM EHRENAMT“

„Es war beeindruckend für mich zu sehen, mit wie viel Herzblut sich Menschen im Ehrenamt engagieren und welche Technik sie dabei sinnvoll unterstützen kann“, sagte der Roboter am Ende des diesjährigen Forum Ehrenamts anerkennend. Der Roboter? Ja, Nao hieß das humanoide weiß-blaue Männchen, das die knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer passend zum Thema „engagiert diskutiert – Digitalisierung gestalten“ durch das diesjährige FORUM EHRENAMT begleitete. Die Versicherungskammer Stiftung hatte in Kooperation mit dem Paritätischen in Bayern zur inzwischen siebten Veranstaltung der Reihe Ehrenamtliche und Mitarbeiter/-innen ihrer Organisationen und Mitglieder nach München eingeladen.

In lockerer Atmosphäre – in Liegestühlen, Sitzsäcken oder an Stehtischen – wurden die Gäste während der Begrüßung zur Teilnahme an einer Blitzumfrage ganz digital per Smartphone aufgefordert. Knapp die Hälfte der Teilnehmer/-innen setzte laut eigener Aussage bereits Soziale Medien oder Software ein, um Ehrenamtliche zu betreuen oder zu gewinnen. Ein Drittel der Gäste gab aber auch zu, dass sie den ersten Schritt der digitalen Ansprache noch nicht gegangen sind, sich aber gern auf den Weg machen würden. Die Organisationen auf diesem Prozess zu unterstützen und miteinander zu vernetzen, sei ein zentrales Ziel der Veranstaltung, sagten Margit Berndl, Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern, und Wolfgang Reif, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Stiftung, zu Beginn einhellig.

Dass der Tag einen turbulenten Ritt durch verschiedene Bereiche der Digitalisierung versprach, wurde spätestens während des Inputs von Benedikt Geyer deutlich, den die Süddeutsche Zeitung kürzlich als „bärtigen Sozialpädagogen mit Hipster-Accessoires“ bezeichnete. Geyer nahm die Gäste mit auf eine kurzweilige Entdeckungsreise durch die digitalisierte Welt im Sozialsektor. Neben einem Einblick in die Auswirkungen der Digitalisierung auf Non-Profit-Organisationen und auf das Ehrenamt gab der „medienaffine Digital Native“, wie er sich selbst bezeichnet, den Teilnehmer/-innen drei Handlungstipps mit an die Hand: Seid offen und neugierig, bleibt kritikfähig und hört nicht auf, zu lernen.

Mit diesen Tipps ausgestattet betraten die Teilnehmer/-innen den Hauptteil des FORUM EHRENAMTs: den „Markt der Möglichkeiten“. Zwölf Organisationen und Unternehmen stellten ihre Ideen, Projekte und Visionen aus dem Bereich der Digitalisierung vor. Jeweils acht Minuten Zeit pro Stand musste ausreichen, um den interessierten Zuhörer/-innen den Kern des Projekts näherzubringen. Die Bandbreite beim „Markt der Möglichkeiten“ war groß: Über selbst entwickelte oder genutzte Apps, wie an den Ständen des Mütter- und Familientreffs Erlangen, der Paritätischen Kita „Telezwerge“ oder der Bayerischen Sportjugend, über den Einsatz digitaler Kommunikations- und Organisationstools wie Slack, Trello und WhatsApp (zu finden bei wabe e.V. oder der Freiwilligenagentur Tatendrang) bis hin zu ganzen Vernetzungsplattformen (sociallook des Vereins Horizont e.V. aus Thüringen) war viel geboten. Die Suchthilfe-



Input-Referent Benedikt Geyer zusammen mit dem am häufigsten fotografierten Objekt des Tages: dem Roboter Nao
Fotos: Vroni Arbes



Mitmachen statt nur zuhören – das galt auch für die ca. 100 Teilnehmer/-innen

DIGITALISIERUNG GESTALTEN



Margit Berndl und Wolfgang Reif freuten sich in ihrer Begrüßung über das große Interesse an Thema.



Die Versicherungskammer Stiftung und der Paritätische hatten erstmals gemeinsam zum Forum Ehrenamt geladen.

Organisation Condrops stellte ihre Online-Beratungsangebote vor, Birne7 zeigte, wie der Inklusionsbereich von digitalen Ideen profitiert und der Landesfeuerwehrverband Bayern präsentierte seine Social-Media-Kampagne. HelpTeers möchte Menschen für digitale Kanäle aktivieren, Michael Erlekamp sie beim Thema Datenschutz unterstützen und „Stifter helfen“ hatte von Soft- über Hardware bis hin zu Webinaren viel Kostenloses für gemeinnützige Organisationen im Angebot.

So konnte Jede und Jeder Ideen und Inputs für die eigene Organisation mitnehmen: Insbesondere „Kontakte“, „Apps“ und die „Vielfalt“ der Angebote wurden bei der abschließenden Kurzevaluation als persönlicher Mehrwert hervorgehoben. Diese Erfahrungen sollten Entschädigung genug sein für eine teilweise intensive und fokussierte, aber immer auch informative Reise durch den Dschungel Digitalisierung im Ehrenamt. Dass das neue Format des FORUM EHRENAMTs guten Anklang fand, ist insbesondere den engagierten Projektvorstellern und -vorstellerinnen zu verdanken, die zwei Stunden lang mit vollem Engagement ihre Ideen preisgaben. Ganz im Sinne der Prämisse von Benedikt Geyer: „Voneinander lernen erlaubt!“ Dieses Herzblut begeisterte selbst den Roboter Nao.

Weitere Informationen zu den Projekten und Präsentationen:

www.paritaet-bayern.de/digitalisierung



Die Projektverantwortlichen des Mütter- und Familientreffs Erlangen stellten den Interessierten ihre App vor.



Mittelfranken



Neues aus dem Projekt „Fit für Inklusion“

Aktionstag mit der VAG (Verkehrsbetriebe) in Nürnberg

Haben Sie schon einmal ans Älterwerden gedacht? Und haben Sie sich gefragt, ob und wie Sie dann im Stadtverkehr Wege zurücklegen? Gemeinsam mit der VAG konnte das Projektteam des Paritätischen in Mittelfranken mit einem Aktionstag die Nutzer*innen des ÖPNV aufklären und Ängste beseitigen. Der Einstieg in den Bus mit Rollator konnte versucht werden. Erproben konnte man sich in einem durch Mobilitätstrainer geführten Rundgang mit einer simulierten Sehbehinderung. Der Tag wurde prominent eröffnet. Bürgermeister Christian Vogel versuchte sich als Erster. Zum Termin waren viele Medienvertreter vor Ort, die in Radio- und TV-Beiträgen über den Tag berichteten.

**Aktion
MENSCH**

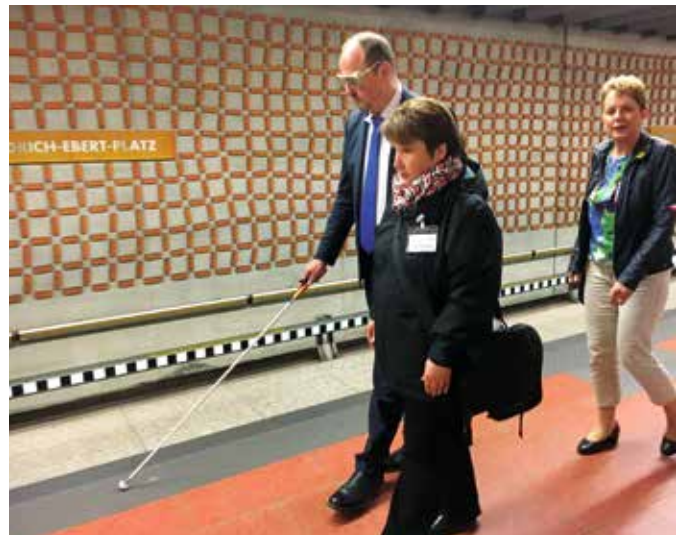
Workshop „Gestaltung barrierefreier Dokumente mit MS Word“



Inklusion beginnt in Word – Gestaltung barrierefreie Dokumente in MS Word



Am Fahrkartenautomat Nürnbergs Bürgermeister Christian Vogel
Foto: Susanne Jerosch, VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg



Blindenleitsystem Nürnbergs Bürgermeister Christian Vogel, Mobilitätstrainerin Ines Hübschmann und Angelika Lamml, BBSB
Foto: Susanne Jerosch, VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg

Ein Wunsch der Teilnehmer*innen des ersten Fachtags war ein Weiterbildungsformat zum Thema „Barrierefreie Dokumente“. Mit Unterstützung der DATEV e. G. und der IHK für Mittelfranken konnte dieser Wunsch erfüllt werden. Referent*innen des BBSB e.V. – BIT Textservice in München haben in insgesamt fünf Workshops fast 100 Teilnehmer*innen geschult. Das Wichtigste an diesem Workshop ist das Referententandem einer sehenden und eines blinden Referenten. Durch den Einsatz von Tandems wird der Inhalt authentisch vermittelt. Die Sensibilisierung der Teilnehmenden erfährt dadurch einen hohen Wirkungsgrad. Für die Zukunft ist geplant, dieses Format in einem Schulungsangebot zu verstetigen und regional für Interessierte zu öffnen. Mit solch kleinen Schritten kann in vielen Arbeitswelten zur Barrierefreiheit beigetragen werden.

Fachtag „Einfach machen – mehr erreichen“

Einfach machen – mehr erreichen – unter diesem Titel stand der Fachtag 2018 des Projektes „Fit für Inklusion“. Nach mehr als 28 Monaten Projektdauer zeigen sich viele zufriedenstellende Ergebnisse – aber: war es immer einfach oder hätte es einfacher gehen können? Woran liegt es, dass uns Veränderungen manchmal so schwer fallen?

Kerstin Seeger – Change Managerin – eröffnete den Tag mit ihrem Referat und der Frage: „Wirklich mehr erreichen?“. Sie hat die Teilnehmenden motiviert, Projekte zu reflektieren, Gedanken zu ordnen, Erfahrungen bestätigt.

Die Zusammenfassung des Projektes durch die Projektmitarbeiterin Lisa Distler konnte an diesen Vortrag anknüpfen. Mit ganz konkreten Erfahrungen und Ergebnissen wurde die Theorie durch die Vorstellung der praktischen Arbeit ergänzt. Wie sind wir mit unseren Erfahrungen umgegangen, welche Prozesse wurden in Bewegung gesetzt, wie konnte Wissen übertragen werden? Wie sind wir mit Höhen und Tiefen umgegangen?

Wichtig war es dem Projektteam an diesem Tag, Akteure der Region zusammenzubringen und miteinander zu vernetzen. Die Besucherinnen und Besucher waren eingeladen, sich über konkrete Projekte in eigens dazu initiierten Foren zu informieren, mitzudiskutieren, eigene Erfahrun-

gen auszutauschen. Vorgestellt haben sich in vier Foren Akteure aus der Region, die erfolgreich Projekte durchgeführt haben oder Projektpartner waren, die gerade in der Projektplanung sind oder die bereits mittendrin im Projekt stehen.

Mit konkreten Fragestellungen wurden die Besucher*innen neugierig auf die Foren gemacht: Was hat die GALERIA Kaufhof mit den Kliniken Dr. Erler gemeinsam? Wie passen Birne7 und der Tiergarten zusammen? Was passiert im Projekt „Schwer beschäftigt“, und in welcher Verbindung steht es zur ACCESS Integrationsbegleitung und dem Integrationsfachdienst Mittelfranken? Und was läuft sonst noch so in Mittelfranken – Engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lebenshilfe Sport und der Noris Inklusion stellten ihre gelungenen Ideen vor. Es ging um Attraktivität für Kunden, Digitalisierung, Inklusion in der Gesellschaft und nicht zuletzt um Mitarbeitergewinnung.

Voneinander lernen, Wissen miteinander teilen, Vorankommen mit der Inklusion – das hat alle Teilnehmenden an diesem Tag verbunden und für kreative Impulse gesorgt.

Die Vorträge und Ergebnisse des Fachtages stehen zum Download auf unserer Website bereit.



Im Gespräch: Teilnehmende des Fachtags im Foyer „Auf AEG“
Fotos: Paritätischer BV Mittelfranken



Kennen sich mit Inklusion aus: Dörthe Busch, Lernwerkstatt Inklusion und Sabrina Dellith, Inklusionsbeauftragte der Stadt Nürnberg

Förderberatungstag Kommune Inklusiv

Am 30. Oktober fand der erste Förderberatungstag im Rahmen des Aktion Mensch- Projekts Kommune Inklusiv in den Räumlichkeiten des Zentrums für Selbstbestimmtes Leben Behinderter e.V. – ZSL e.V. in Erlangen statt.

Bereits vorab sorgte die Veranstaltung für sehr großes Interesse; aufgrund begrenzter Raumkapazitäten mussten daher einige Interessierte auf einen nächsten Förderberatungstag im Jahr 2019 vertröstet werden. Die 35 Teilnehmer*innen, die aus der Metropolregion Nürnberg/Fürth/Erlangen ihren Weg ins ZSL fanden, wurden zu Beginn von der Förderberaterin Bianca Franke über die Fördermöglichkeiten der Aktion Mensch informiert.

Im Zentrum der Förderungen stehen Projektideen aus den Handlungsfeldern Barrierefreiheit/Mobilität, Wohnen, Freizeit, Persönlichkeitsentwicklung/Bildung sowie Arbeit. Gefördert werden dabei sowohl kleinere lokale Initiativen oder Workshops als auch zeitlich befristete Projekte, etwa zur Verbesserung der Inklusion von Menschen mit Behinderung; aber auch Anschubfinanzierungen, etwa zum Aufbau von dauerhaften Strukturen sowie Investitionen, z.B. in Spiel- und Fördermaterial, können Bestandteil einer Förderung durch Aktion Mensch sein.

Die Teilnehmer*innen des Förderberatungstags nutzten die Möglichkeit, sich untereinander auszutauschen und zu vernetzen, äußerst rege. Die hohe Motivation und das Engagement der Teilnehmer*innen zeigte sich auch in der großen Spannweite der einge-

reichten und spannenden Projektideen: Neben Gebärdensprachkursen für Grundschüler gibt es beispielsweise auch die Idee, eine Partnerbörse für Menschen mit Behinderung auf die Beine zu stellen.

Das Projekt Kommune Inklusiv verfolgt die Vision eines bunten und wertschätzenden Miteinanders in Erlangen. Es möchte dahingehend wirken, dass Vielfalt alltäglich wird und jeder Mensch sich individuell entfalten und nach den eigenen Möglichkeiten für die Gemeinschaft einsetzen kann – kurzum: dass Inklusion vor Ort (er)lebbar wird. Kommune Inklusiv hat dabei ein schier unergründliches Netzwerk an engagierten Akteur*innen, Institutionen und Einrichtungen um sich, das sich für die Umsetzung dieser Ziele einsetzt. Nichtsdestotrotz sind neue Partner, die sich dem aktiven und engagierten Netzwerk (mit weiteren Inklusionsprojekten) anschließen möchten, jederzeit herzlich willkommen. Auch Einzelpersonen, die Interesse haben, sich im neu gegründeten Generationencafé zu engagieren, können gerne auf die Projektkoordinatorinnen zukommen.

Jana Schmidt, ZSL Zentrum Selbstbestimmt Leben, Erlangen ■

Kontakt:

Projektbüro von Kommune Inklusiv Erlangen
 Friedrichstraße 28
 91054 Erlangen

Koordinatorinnen: Felicitas Keefer und Ina Fischer
 E-Mail: info@erlangen-inklusiv.de
 Tel.: 09131 9166756

Weitere Informationen:

<https://www.aktion-mensch.de/kommune-inklusiv/>



Kommune Inklusiv

Erlangen

„Gemeinsam handeln“

Das Motto des Verbandes hat viele Gesichter

Gemeinsame Aktivitäten des Verbandes mit seinen Mitgliedsorganisationen, z.B. Auftritte bei Messen, die Organisation von Wanderausstellungen oder Infoveranstaltungen, sind seit Jahren ein fester Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit in Mittelfranken. Bei gemeinsamen Auftritten der Wohlfahrtsverbände, z.B. am Tag der Pflege oder der Armutskonferenz nimmt der Paritätische einen aktiven Part ein.

Angesichts immer größerer gesellschaftlicher Herausforderungen gilt es, das Motto des Verbandes „Gemeinsam Handeln“ immer wieder neu zu definieren und die Zusammenarbeit in regionalen Netzwerken und die Partnerschaft unterschiedlicher Akteure zur Gestaltung einer besseren Zukunft voranzutreiben.

Die folgenden Beispiele zeigen, wie vielfältig gemeinsame Aktivitäten – auch mit externen Partnern aus der Kommune, der regionalen Wirtschaft und der örtlichen Politik – gestaltet werden.

Gemeinsames Fortbildungsprogramm der Stadt Nürnberg mit freien Trägern der Jugendhilfe ab 2019

Im Rahmen der Treffen der Arbeitsgemeinschaft nach §78 SGB VII wird seit mehreren Jahren ein Mangel an zielgruppengerechten und qualitativ hochwertigen Fortbildungen thematisiert. Gleichzeitig hat sich durch den Fachkräftemangel die Personalgewinnung als Problem verschärft.

Ziel ist es, eigene Ressourcen in Form von Wissen und Erfahrungswerten zu nutzen und Interessierten zugänglich zu machen. Eine kleine Arbeitsgruppe erstellte einen Ablaufplan, der beginnend mit einer Mitarbeiterbefragung bis hin zu Pilotprojekten letztlich eine Verstetigung von Fortbildungsangeboten erreichen soll.

Im ersten Quartal 2019 werden zum Schwerpunktthema „Krisenintervention“ gemeinsame Fortbildungen angeboten, so dass es nun möglich wird, ein sehr breites Angebot sowohl für die städtischen Mitarbeitenden, wie auch für die Beschäftigten bei den freien Trägern vorzuhalten.



Gefördert durch die

Glücksspirale

Miteinander reden, dann „Gemeinsam handeln“

Das von der Glücksspirale geförderte Projekt „Gemeinsam handeln“ im Bezirksverband Mittelfranken schafft neue Kooperationen in den Bereichen Nachhaltigkeit und Digitalisierung, die unter anderem einen Know-how-Transfer ermöglichen.

Bei der Bezirksversammlung im Juni 2018 und einer Folgeveranstaltung im Oktober 2018 diskutierten die Mitgliedsorganisationen mit den Aktivistinnen des Bluepingu e.V. über Nachhaltigkeit in sozialen Organisationen und erarbeiteten gemeinsam Handlungsmöglichkeiten. Der Verein Bluepingu e.V. hat sich die nachhaltige Verbesserung von Lebensbedingungen zur Aufgabe gemacht – denn nur sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltiges gemeinsames Handeln wird die Zukunft unserer Gesellschaft sichern.

Durch erste Maßnahmen der nachhaltigen Beschaffung im Tagungsbereich und durch die Beteiligung an konkreten Aktionen macht der BV Mittelfranken sein Engagement zur ökologischen Nachhaltigkeit nach außen sichtbar. Hier ein paar Beispiele:



Refill-Nürnberg: Kostenloses Trinkwasser ist in der Geschäftsstelle und den drei Kleiderläden des Verbandes für jeden Passanten erhältlich. Die Aktion, an der sich inzwischen rund 40 Städte und Kommunen beteiligen,

dient dem bewussteren Umgang mit unseren Ressourcen und der Müllvermeidung. Die Anlaufstellen sind überall mit einem Aufkleber deutlich gekennzeichnet und in einer Landkarte einsehbar – die Resonanz in der Bevölkerung ist sehr positiv. Logo einsetzen



Handyaktion der Telekom Deutschland: Müllvermeidung und das Recycling wertvoller Rohstoffe, sind Ziele der Handysammelaktion. In der Geschäftsstelle, den Kleiderläden und bei den Parikitas werden alte Handys in einer Box gesammelt und dann zur Weiterverwertung geschickt. Innerhalb von zwei Monaten konnten bereits 19 Handys eingesandt und viele gute Gespräche zum Thema nachhaltiges Handeln geführt werden.

WissensWerkstatt: Wissen miteinander Teilen und voneinander Lernen ist das Ziel der WissensWerkstatt. Wie kann das soziale Engagement mehr Wirkung erzielen? Wie können Menschen aus Unternehmen gemeinnützige Einrichtungen bei deren Vorhaben unterstützen und voranbringen? „Türen Öffnen“ hat gemeinsam dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und der Consorsbank die WissensWerkstatt entwickelt. Ab Winter 2018/2019 startet das Fortbildungsprogramm mit Themen rund um Digitalisierung, agiles Management, Markenentwicklung, Personalführung, Kreativitäts-Techniken, Konflikt- und Zeitmanagement, Rechtliches u.v.m. Das aktuelle Programm und die Teilnahmeinformationen finden Sie in Kürze auf

<https://www.iska-nuernberg.de/tueren-oeffnen/wissenswerkstatt.html>

„Würde im Alter“ – Sozialpolitische Forderungen gemeinsam in die Öffentlichkeit bringen

Das Fürther Bündnis gegen Altersarmut hat sich am 19. September 2018 bei einer Kundgebung für die Stärkung der gesetzlichen Rente, für bessere Löhne und bezahlbaren Wohnraum eingesetzt. Bei einer Mitmachaktion sammelten die Mitglieder des Bündnisses konkrete Wünsche und Forderungen aus der Bevölkerung zum Thema „Würde im Alter“. Ausreichende Rente und gute Pflege waren die wiederholt genannten Anliegen der Menschen vor Ort.



Fürther Bündnis gegen Altersarmut
Foto: DGB Region Mittelfranken

Die gute Resonanz in der Presse zeigt, dass ein gemeinsames aktives Bündnis aus Wohlfahrt, Kirchen, Gewerkschaften und weiteren gesellschaftlichen Gruppierungen mehr Öffentlichkeit für die wichtigen sozialen Themen erreichen kann.

Erste Nürnberger Wohlfahrtszeitung „Mensch“

Die in der Stadt und dem Landkreis Nürnberg agierenden Wohlfahrtsverbände veröffentlichten in Zusammenarbeit mit Redakteur*innen und Fotograf*innen der Nürnberger Nachrichten eine Wochenend-Zeitungsbeilage mit dem Themenschwerpunkt „Pflege“. Neben den ca. 55.000 regulären Leser*innen der Tageszeitung erhielten die beteiligten Verbände auch zusätzliche Exemplare zur Weiterleitung an deren jeweiliges Netzwerk, sodass eine weite Streuung der Diskussionspunkte und Ergebnisse, wie zum Beispiel zum Thema Ausbildung in der Pflege, ausländische Pflegekräfte oder menschenwürdiges Sterben gewährleistet war. Eine zweite Ausgabe zur Kinder- und Jugendhilfe ist für das Frühjahr 2019 geplant.



Diese vielfältigen Aktionen zeigen, dass es gelingen kann, gemeinsam sichtbar, hörbar und greifbar zu werden – zum Nutzen Aller: für den Verband und die Mitgliedsorganisationen, deren Klienten*innen, Kund*innen und Betreuten und für die Mitarbeitenden auf allen Ebenen. Soziales Engagement und Motivation leben vom gemeinsamen Handeln.



Politische Gespräche mit Bezirksrät/-innen

Paritätische Positionen, aktuelle sozialpolitische Themen und fachliche Ideen in Gesprächen mit den Bezirksrät/-innen einzubringen, ist ein wichtiges Anliegen des Bezirksausschusses Niederbayern/Oberpfalz. Dementsprechend fanden auf Einladung des Paritätischen politische Gespräche mit den Mitgliedern der Sozialhilfeausschüsse Bezirk Oberpfalz und Bezirk Niederbayern statt – am 24. April gemeinsam mit dem Bezirkstagspräsidenten Franz Löffler in der Bezirksgeschäftsstelle Regensburg und am 11. Juni 2018 beim Landshuter Netzwerk.

Das Bayerische Psychisch-Kranken-Hilfegesetz, der Aufbau einer flächendeckenden Krisenversorgung, die Ausgestaltung des Ambulant Betreuten Wohnens und aktuelle Themen bezüglich des BTHG wurden in einem intensiven Austausch zusammen mit Vertreter/-innen des Bezirksausschusses thematisiert. Die Gespräche werden künftig in regelmäßigen Abständen weitergeführt.

Andrea Ziegler ■



Im Gespräch mit Bezirksrät/-innen
Fotos: Paritätischer BV Niederbayern/Oberpfalz

Freie und öffentliche Wohlfahrtspflege im Regierungsbezirk Oberpfalz

Seit längerem gab es Überlegungen seitens der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft freie und öffentliche Wohlfahrtspflege für Stadt und Landkreis Regensburg und Bezirk Oberpfalz, eine eigene Arbeitsgemeinschaft für den Bezirk Oberpfalz zu bilden, um die spezifischen Themen zielgerichteter bearbeiten zu können. Hierzu wurde eine neue Satzung ausgearbeitet, an dem der Paritätische Niederbayern/Oberpfalz aktiv mitwirkte. In der Sitzung am 14. Mai 2018 wurde die

Gründung der Bezirksarbeitsgemeinschaft beschlossen. Bei der Neuwahl wurde Dr. Benedikt Schreiner, Leiter der Sozialverwaltung des Bezirks Oberpfalz, zum Vorsitzenden und Andrea Ziegler vom Paritätischen Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz zur Stellvertreterin gewählt. Inhaltlich wird sich die Bezirksarbeitsgemeinschaft in den nächsten Sitzungen insbesondere mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Bezirk Oberpfalz befassen.

Andrea Ziegler ■

Workshop „Gruppeninventur: Selbsthilfe zukunftsfähig gestalten“

PARITÄTISCHE Selbsthilfekontaktstelle, KISS Regensburg, einer von sechs Standorten des Projektes von Seko Bayern e.V.

„Welche Ressourcen und Stärken hat die Gruppe, um sich positiv weiterzuentwickeln und welche Probleme schwächen das Miteinander?“ Dies ist die zentrale Frage, denen bayerische Selbsthilfegruppen in einem neuen Workshop-Format nachgehen können. Die Engagierten reflektieren gemeinsam den Ist-Stand und nehmen Struktur, Inhalte der Gruppenarbeit oder Aufgaben- bzw. Rollenverteilung in der Gruppe in den Fokus.

Grundlage des Konzeptes ist, dass die Gruppe das gewohnte Umfeld verlässt und zu einer Kontaktstelle in einer anderen Stadt fährt – so wird zusätzlich der Austausch untereinander befördert. Dort moderiert eine erfahrene Selbsthilfeunterstützerin den Workshop.

KISS Regensburg ist seit dem Projektstart 2017 beteiligt. Sieben solcher „Gruppeninventuren“ haben bereits stattgefunden und die Rückmeldungen aus den Gruppen sind durchwegs sehr positiv. Fast 90 Prozent der Beteiligten waren ausgesprochen zufrieden mit der Veranstaltung und den Impulsen, die sie für die eigene Gruppenarbeit erarbeitet haben. Thematische Schwerpunkte sind beispielsweise Verantwortungsübernahme, Einbezug neuer und junger Mitglieder sowie Gruppenstruktur und Gruppengestaltung. Auch wurde immer wieder betont, dass die „Inventur“ verhalf, den Zusammenhalt und die Empathie in der Gruppe zu stärken.

Für 2019 sind Anpassungen des Konzeptes geplant. So wird etwa eine „Gruppeninventur dahoam“ möglich sein. Damit werden Teilnahmebarrieren gesenkt, da der Workshop nun auch auf Wunsch direkt vor Ort in der eigenen Kontaktstelle stattfinden kann, für deren Mitglieder eine Reise zu beschwerlich ist.

Lisbeth Wagner ■





Gut informiert in der Muttersprache

Das Projekt „Brücken bauen“ erleichtert den Zugang zum Hilfesystem. Damit Hilfe auch tatsächlich ankommt.

Wenn wir über Care-Arbeit sprechen, denken wir an gute Kinderbetreuung, den Wandel der Familienformen und der Erwerbsarbeit, an Pflege, an Rollenbilder, an den demographischen Wandel, etc. – All dies sind Faktoren, die Care-Prozesse beeinflussen. Die Stadt München als eine der teuersten Städte in Deutschland stellt Familien vor besondere Herausforderungen. Beide Partner müssen in der Regel arbeiten, um sich ein Mindestmaß an Lebensstandard leisten zu können. Die Kinder benötigen infolgedessen Kindertagesbetreuung. Diese Anforderungen gelten auch für Bürger/-innen mit Migrationsgeschichte. Insbesondere die Frauen haben mehrere Rollen im Leben: Sie sind Ehepartnerinnen, Mütter und heute auch oftmals erwerbstätig. Zusätzlich engagieren sie sich häufig ehrenamtlich in Migranten- und anderen Organisationen.

Die früheren Gastarbeiter der 60er Jahre und die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion erreichen jetzt ein höheres Alter und benötigen öfter Unterstützung im Alltag oder sind sogar auf Pflege angewiesen. Sobald ein Familienmitglied alt oder pflegebedürftig wird, kommen viele Familien beim Versuch, alles unter einen Hut zu bringen, an ihre Belastungsgrenze oder sogar in krisenhafte Situationen. Die Fragen „Welche gesetzlichen Leistungen stehen mir zu?“ „Was muss ich regeln?“ „Wo bekomme ich Hilfe?“ können oft nicht selbst beantwortet werden. Kulturell bedingte Aspekte erschweren den Zugang zu Unterstützungsleistungen in der Pflege. Hinzu kommt, dass das Unterstützungssystem grundsätzlich zu unübersichtlich ist.

Aufgrund kultureller Prägungen und dem Mangel an Kenntnissen zum Zugang zu entsprechenden Unterstützungsleistungen ist die Hemmschwelle bei Menschen mit Migrationsgeschichte, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen, erhöht. Das verschärft die Situation zusätzlich. Eine Studie der Stadt München von Dr. Philipp Anderson¹ untersuchte die Lebenssituation von älteren Migranten und Migrantinnen in München und zeigt auf, dass genau diese Zielgruppe wenig über ihre Rechte und Ansprüche bei Pflegebedürftigkeit wissen. Um diesen Wissensmangel und die kulturell bedingte Zurückhaltung zu reduzieren, wird von der Stadt München seit 2015 das Projekt „Brücken bauen“ gefördert. Es ist auf fünf Jahre angelegt.

Die Informationskampagne „Brücken bauen“ wendet sich gezielt an ältere und pflegebedürftige Menschen mit Migrationshintergrund, an ihre Angehörigen, aber auch an interessierte Organisationen und Personen. Im Rahmen von mehrsprachigen Veranstaltungen können sich Betroffene

und deren Angehörige niederschwellig über entsprechende Leistungen, Angebote und Einrichtungen informieren, die in München ältere oder pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige unterstützen, beraten und begleiten. So werden mögliche kulturell oder sprachlich bedingte Zugangsbarrieren des zum Teil sehr komplexen Systems der Altenhilfe gesenkt.

Die Mitarbeiterinnen von „Brücken bauen“ arbeiten eng verzahnt mit Migrantenorganisationen, Vereinen, Selbsthilfegruppen, ethnischen Communities und Glaubensgemeinschaften der Münchner Migrantinnen und Migranten. Diese wichtige Kontaktarbeit wird durch sogenannte Multiplikator/-innen unterstützt – d.h. Personen die diese Gruppen sehr gut kennen und den Bedarf und die spezifischen Fragestellungen an „Brücken bauen“ weitergeben können. Sie helfen auch vor Ort bei der Organisation der Informationsveranstaltungen. Oft finden diese im Rahmen von bestehenden Gruppentreffen statt (Seniorenkreis, Frauengruppe, nach dem Gottesdienst oder dem Freitagsgebet).

Die niedrigschwelligen Veranstaltungen z.B. Diskussionsrunden, Besuch einer Einrichtung der Altenhilfe oder Vorträge werden von Übersetzern begleitet. Die thematischen Inhalte der Veranstaltungen betreffen alle Herausforderungen in den verschiedenen Lebensbereichen, mit denen die ältere Generation in ihrem Alltag konfrontiert ist: Beantragung von Leistungen der Pflegeversicherung, Möglichkeiten der Begegnung, Beratung, Unterstützung für ältere Menschen, Angebote an Wohn- und Versorgungsformen für ältere und pflegebedürftige Menschen, Informationen zum Leben mit Demenz, Beantragung von Vorsorgeverfügungen und gesetzlicher Betreuung. Wichtig ist dabei immer, dass Migranten und Migrantinnen umfassende Orientierung über die vielfältigen Beratungs- und Kontaktstellen in München erhalten, die sie unmittelbar zu ihrer persönlichen Situation beraten und helfen können. Die Teilnahme ist kostenlos.

Die Informationskampagne „Brücken bauen“ ist Teil des städtischen Gesamtprojekts „Interkulturelle Öffnung der Langzeitpflege in München“.

Derzeit arbeitet „Brücken bauen“ mit den fünf größten Migrantengruppen (Türken, Italiener, Griechen, Ex-Jugoslawen sowie mit Migranten und Migrantinnen aus der ehemaligen Sowjetunion) zusammen. In der ersten Hälfte der Laufzeit des Projekts wurden 37 Informationsveranstaltungen mit ca. 700 Teilnehmern durchgeführt.

Elena Augustin ■

¹ http://www.philip-anderson.de/pdf/ein_bisschen_ges.pdf

Unser Wunsch ist,
dass die Flüchtlinge bei
Behörden immer mit **Respekt**
behandelt werden sollen.
Dies ist leider nicht
immer der Fall.



Ein Besuch bei Freunden

Über die unermüdliche Motivation der Ehrenamtlichen, Geflüchtete zu unterstützen



2016 startete der Paritätische Bezirksverband Oberbayern mit dem Projekt „Netzwerke für Geflüchtete“, um die Interessen der Geflüchteten in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Bildung und Freizeit zu erfassen und eine gelingende Integration zu ermöglichen. Das Netzwerk wird gefördert von der Deutschen Fernsehlotterie.

Mit der steigenden Zahl von ankommenden Flüchtlingen in München stieg auch das Interesse vieler Münchnerinnen und Münchner, sich ehrenamtlich zu engagieren und aktiv zu helfen. Gleichzeitig wurden die Anforderungen vieler Einrichtungen an die Koordination der Helfenden immer größer, um die Unterstützungsangebote bestmöglich am Bedarf zu orientieren.

Das Projekt unterstützt Mitgliedsorganisationen aus der Flüchtlingshilfe im Aufbau von Helferkreisen und Unterstützungsangeboten für Geflüchtete. Die Helferinnen und Helfer werden geschult und dabei begleitet, eigenständig Projekte durchzuführen. Dabei geht es dem Paritätischen auch darum, niedrigschwellige Räume der Begegnung zwischen Münchnerinnen, Münchnern und Flüchtlingen zu schaffen und weitere interessierte Bürgerinnen und Bürger für ein Engagement zu motivieren.

Wir fragten einige unserer Ehrenamtlichen, was sie bewegt und warum sie sich im Rahmen unseres Projekts in Paritätischen Einrichtungen für Geflüchtete engagieren. Die Motivationsgründe sind so vielfältig wie ihr Engagement:

Grzes (26) gibt seit zwei Jahren ehrenamtlich Deutschnachhilfe für Geflüchtete in München und das, obwohl er anfangs selbst nur wenig Deutschkenntnisse besaß. „Ich hätte nie gedacht, dass ich mit meinen mangelhaften Deutschkenntnissen von Nutzen sein kann.“ Grzes stammt aus Polen, ist seit drei Jahren in München und studiert Physik. Durch die regelmäßige Deutschnachhilfe konnten die Flüchtlinge und er gemeinsam ihre Sprachkenntnisse verbessern. Grzes sieht den Sinn in seiner ehrenamtlichen Tätigkeit nicht darin, den Geflüchteten perfektes Deutsch beizubringen. Vielmehr geht es ihm um ein Füreinander-da-sein und ein Miteinander. „Für mich ist die Nachhilfe wie ein Besuch bei Freunden. Deswegen dauert die Verabschiedung nach der Nachhilfe auch immer 15 Minuten.“

Belal (29) hat selbst einen Migrationshintergrund und möchte gerne die Unterstützung zurückgeben, die er als Kind bekommen hat, als er aus Afghanistan nach Deutschland kam. Auch er bietet ehrenamtlich Nachhilfe für Geflüchtete an und organisiert Freizeitaktivitäten am Wochenende. Belal ist davon überzeugt, dass es nicht nur darum geht zu geben, sondern er auch selbst von den Erfahrungen als Ehrenamtlicher in der Flüchtlingshilfe profitiert. „Es ist nicht nur ein Helfen, sondern auch eine Horizonsweiterung für einen selbst“.

Die beiden Schwestern Laura (30) und Ines (28) bieten seit zwei Jahren einen offenen Lerntreff, das „Sprachcafé“, an. Einmal pro Woche helfen die beiden jungen Frauen bei der Erledigung von Hausaufgaben, schreiben Lebensläufe, entwerfen gemeinsam Bewerbungen und lernen Deutsch. „Die Stimmung unter den Geflüchteten hat sich im Laufe der beiden Jahre stark geändert. Als sie in Deutschland ankamen, waren sie sehr zuversichtlich und voller Hoffnung. Nach einem Jahr hatten die meisten Flüchtlinge die Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hinter sich und bekamen im Anschluss meist negative Bescheide. Dies führte zu Frustration und einer depressiven Grundstimmung.“ Und dennoch wollen die zwei jungen Frauen „ihre Jungs“ auf keinen Fall im Stich lassen. Laura und Ines haben viele schlimme Geschichten erzählt bekommen. „Diese schweren Schicksale haben uns darin bestätigt, dass hier wirklich Hilfe gebraucht wird und wir weitermachen müssen!“



Grzes gibt ehrenamtlich Deutsch Nachhilfe.
Foto: Grzegorz Gradzink

Es ist nicht allein **anderen zu helfen**, es ist **eine Horizonterweiterung** für mich. Am Ende bekomme ich durch meine Tätigkeit mehr zurück, als ich eingebracht habe.

Das wichtigste bei der Arbeit mit Geflüchteten ist **Offenheit, Empathie und Geduld**.



Gemeinsam Spaß haben.
Foto: Ines Kleinknecht

Ich wünsche mir, dass alle Flüchtlinge die sich in Deutschland befinden, das gleiche **Recht auf Arbeit, Ausbildung und Bildung** haben wie Deutsche Bürger.

Die **Politik sollte umdenken** und statt der aktuellen Hetze **Integration fördern**. Dies wird momentan den Ehrenamtlichen überlassen, die das alleine jedoch kaum stemmen können.

Harry (25) kommt aus Australien und arbeitet in München. Gemeinsam mit Charlotte (23) und gleichaltrigen Freunden geben sie Flüchtlingen Nachhilfe und organisieren in ihrer Freizeit Ausflüge. Die sichtbaren Fortschritte der Geflüchteten beim Deutschlernen und die engen Freundschaften, die geschlossen wurden, treiben beide an, weiterzumachen. Vor allem die Lebensgeschichten der Menschen, wie die von Majid (23) aus Afghanistan motivieren die beiden Freunde sehr. „Majid konnte vor einem Jahr noch kaum Deutsch sprechen, hatte Kenntnisse in Mathematik. Als Junge hatte er die Schule abgebrochen, um zu arbeiten und Geld zu verdienen. Jetzt macht er seinen Hauptschulabschluss, ist hoch motiviert und spricht sehr gutes Deutsch.“

Auch Anja (24) freut sich jedes Mal, wenn sie die vielen Kinder trifft, die in einer Unterkunft unter dem Dach des Paritätischen wohnen. Alle zwei Wochen organisiert Anja mit drei Freunden einen Spielabend für Kinder. „Indem wir mit den Kindern Spiele aus unserer eigenen Kindheit spielen, bringen wir ihnen unsere Kultur näher und sie haben unwahrscheinlich viel Spaß dabei.“ Anja ist davon überzeugt, dass alle Menschen Flüchtlinge unterstützen können, entscheidend ist, dass man offen, geduldig und mit Engagement auf die Menschen zugeht.

Luca Schimmel und Ruth Zorawski ■



Oberfranken

Selbsthilfe braucht weitergehende Unterstützung!

Selbsthilfeaktive im Gespräch mit der Bayerischen Ehrenamtsbeauftragten

Die Selbsthilfeunterstützungsstelle des Paritätischen in Oberfranken für Stadt und Landkreis Bayreuth lud Selbsthilfegruppenvertreterinnen und -vertreter zu einem Gespräch mit der nunmehr ehemaligen Ehrenamtsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Gudrun Brendel-Fischer, MdL ein.

In einem regen Austausch wurden weitergehende Bedarfe an Unterstützungsmaßnahmen formuliert und Frau Brendel-Fischer gebeten, sich dafür einzusetzen:

- Politisch Verantwortliche werden gebeten, sich intensiv für das Ehrenamt einzusetzen, zum Beispiel durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit in den Medien.
- Ein Vorschlag der Selbsthilfeaktiven für eine wirkliche Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit wäre, wenn Ehrenamtlichen für die geleistete Zeit Rentenpunkte gutgeschrieben werden würden.
- Breit diskutiert wurde auch die Bayerische Ehrenamtskarte, denn die Vergünstigungen seien für viele Karteninhaber/-innen (mit Grad der Behinderung GdB) wenig attraktiv.
- Die Ehrenamtlichen sollten grundsätzlich eine Vergünstigung zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erhalten.
- Außerdem forderten die Selbsthilfeaktiven Vereinfachungen in den Förderverfahren im Bereich der Selbsthilfe, die Förderverfahren des Sozialministeriums und auch der gesetzlichen Krankenkassen betreffend.

Für weitere Transparenz in den Förderverfahren setzt sich der Paritätische in Bayern kontinuierlich mit konkreten Maßnahmen ein und kooperiert dazu im Rahmen der Krankenkassenförderung mit den Regionalen Runden Tischen. Er bringt sich bei Austauschtreffen und den Vergabesitzungen auf allen möglichen Ebenen ein. Die Rückmeldungen der Selbsthilfevertretungen helfen, die bedarfsgerechte Förderung weiter voran-

zubringen. Aus Oberfranken wird gemeldet, dass ein starker Wunsch nach verbesserter Abstimmung zwischen den drei örtlichen Regionalen Runden Tischen und deren Förderkriterien besteht.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Menschenrecht

Es braucht mehr finanzierte individuelle Fördermöglichkeiten für Menschen, die sich engagieren wollen und selbst Unterstützung zur Ausführung ihres Engagements, wie Assistenz oder Fahrdienst, benötigen. Engagement muss man sich auch leisten können! Die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung an der Gesellschaft muss endlich das Ziel einer wirkungsvollen und dynamischen Sozialpolitik werden.

Irene von der Weth ■



Der Paritätische Bezirksverband im Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Selbsthilfe.

Foto: Der Paritätische Bezirksverband Oberfranken

Im Gespräch mit Pflegefachkräften

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Anette Kramme lud zu einem Pflegedialog mit Andrea Nahles ein.

Irene von der Weth übergab Andrea Nahles pflegepolitische Forderungen des Paritätischen sowie ein Positionspapier der Mitgliedsorganisation Stephanus-Dienst aus Tettau.

Nahles versprach Verbesserungen in der Alten- und Krankenpflege: Bereits innerhalb eines Jahres sollen Schülerinnen und Schüler der Pflege aus den Planstellen herausgenommen werden. Auch den Pflegeschlüssel der nächtlichen Pflege will sie sich nochmals genauer ansehen.

Frau Nahles wurde damit konfrontiert, dass es an fachärztlicher Versorgung in der Pflege mangelt. Irene von der Weth forderte die Politik auf, die Pflegekräfte weiter von Bürokratieaufgaben zu entlasten. „Schaff den MDK (Medizinischen Dienst der Krankenkassen) in der ambulanten Pflege ab“, so das Votum des Stephanus-Dienstes aus Tettau, begleitet mit Applaus der anwesenden Pflegekräfte.

Irene von der Weth ■



Oberallgäu Forum zum Thema Pflegenotstand

Podiumsdiskussion mit Experten in Sonthofen

Professor Dr. Philipp Prestel von der Hochschule Kempten, die Bundestagsabgeordnete der SPD Ulrike Bahr und der Bezirksgeschäftsführer des Paritätischen in Schwaben Walter Wüst diskutierten im Rahmen einer Podiumsdiskussion das Thema Pflege. Die Veranstaltung stieß mit 120 Teilnehmer/-innen auf großes Interesse.

Im Augenblick herrsche ein Wettbewerb um Pflegekräfte und nicht um Pflegeplätze. Ulrike Bahr appelliert dabei an die Gesellschaft: Diese müsse sich entscheiden, was ihr die „Schwächsten“ wert sind. Die Qualität der Pflege hänge stark mit guten Arbeitsbedingungen und der Bezahlung zusammen.

Für Prof. Prestel von der Fakultät Soziales und Gesundheit hänge die Qualität in der Pflege besonders stark an einer adäquaten Bezahlung der Fachkräfte. Er verwies auf eine entsprechende Resolution des Oberallgäuer Kreistags. Die Vergütung des Pflegepersonals sollte sich am Durchschnittseinkommen orientieren.

Walter Wüst betonte, dass in den meisten Einrichtungen gute Arbeit geleistet wird. Das Image des Berufs sei aber leider zum Teil stark angeschlagen. Außerdem müsse den Menschen in der Pflege eine weitreichende Berufsperspektive mit Weiterentwicklungsmöglichkeiten gegeben werden.

Der Pflegnotstand sei in den 1980er Jahren begründet. Damals glaubte man, die Logik des Marktes werde es schon richten. Dies war und ist ein Trugschluss. Wirksame Korrekturen dieser Entwicklung müssten unter

Einbindung der Kommunen und Gemeinden schnell angestoßen werden. Pflege ist Daseinsfürsorge und diese kann am besten am Lebensmittelpunkt der zu pflegenden Menschen geleistet werden. Dies bedeute allerdings eine Umsteuerung in der Pflegeversicherung und bei den politischen Zuständigkeiten.

Aktuell fehlen 35.000 Pflegekräfte, davon ca. 23.000 in der Altenpflege. Die 13.000 geplanten Stellen für zusätzliche Fachkräfte sind ein erster wichtiger Schritt, aber bei weitem nicht ausreichend: Dies entspricht pro Einrichtung lediglich ca. 0,8 Stellen.

Am Ende der Diskussion kam noch ein Vorschlag aus dem Plenum: Den Solidaritätszuschlag nicht ersatzlos abzuschaffen, sondern in die Finanzierung der Pflege zu lenken.

Walter Wüst ■



Die Diskutanten:
Prof. Dr. Philipp Prestel,
SPD MdB; Ulrike Bahr,
Moderator; Siegfried
Lüer, BV Geschäftsführer;
Walter Wüst (v.l.n.r.)
Foto: „Kreisbote Oberallgäu“

Fritz-Felsenstein-Haus unterstützt Einrichtung in der Ukraine

Der Bezirk Schwaben unterhält mit dem Fritz-Felsenstein-Haus seit etlichen Jahren eine Regionalpartnerschaft zur Region Bukowina. Dieses Jahr fand wieder ein Besuch aus der Ukraine zum gegenseitigen Austausch statt. Angeregt und unterstützt wurde der Besuch vom schwäbischen Bezirkstagspräsidenten Jürgen Reichert.



Nach zwei intensiven Wochen des Kennenlernens und des Austausches fahren sechs Fachkräfte aus dem Zentrum „Das besondere Kind“ aus Czernowitz in der Ukraine mit neuen Ideen wieder nach Hause.

Von der Rehabilitation zur Teilhabe – unter diesem Motto fassen die Besucher aus der Ukraine ihre Erfahrungen, die sie in Schwaben sammeln durften, zusammen. In der Ukraine liegt der Schwerpunkt der Arbeit mit behinderten Menschen in der medizinischen Versorgung. Die Aspekte der sozialen Teilhabe kommen erst langsam in den Focus der Arbeit mit gehandicapten Menschen. Die Besucher hatten die Gelegenheit, sich in den Bereichen Physiotherapie, Logopädie, Ergotherapie und unterstützender Kommunikation im Fritz-Felsenstein-Haus zu informieren. Die Kolleginnen im Fritz-Felsenstein-Haus waren von der Neugier und dem Engagement ihrer Kollegen aus der Ukraine beeindruckt.

Walter Wüst ■

Foto: Fritz-Felsenstein-Haus



Unterfranken

Diskussionsveranstaltung zur Kampagne „Mensch, Du hast recht!“

Am 19. Juli 2018 fand die diesjährige Bezirksversammlung des Paritätischen in Unterfranken beim Arbeiter-Samariter-Bund in Würzburg statt. Themenschwerpunkt war die aktuelle Kampagne „Mensch, Du hast recht!“ des Paritätischen Gesamtverbands.

Rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren der Einladung gefolgt, um mit Kandidatinnen und Kandidaten der bevorstehenden Landtags- und Bezirkstagswahlen über die Umsetzung der Menschenrechte hier bei uns ins Gespräch zu kommen. Zu Gast waren die Landtagsabgeordneten Kerstin Celina und Kathi Petersen, die Sozialreferentin der Stadt Würzburg Dr. Hülya Düber und die Landtagskandidaten Manfred Dülk und Karl Graf Stauffenberg sowie die Bezirkstagskandidatin Doris Dörnhofer.

Nach einer kurzen Einführung in die Kampagne durch Geschäftsführerin Kathrin Speck stellte Christian Pitz in einem persönlichen Statement aus der Sicht eines Menschen mit Teilhabebeeinträchtigungen seinen schwierigen Weg ins Arbeitsleben vor und die Benachteiligungen, auf die er dabei stieß. Im Anschluss wurde an drei Thementischen zu den Schwerpunkten Wohnen, Teilhabe und Gesundheit intensiv diskutiert.

Das Fehlen bezahlbaren Wohnraums und die Forderung nach einem Ausbau des sozialen Wohnungsbaus kamen dabei ebenso zur Sprache wie die schlechte Ärzteversorgung auf dem Land, die Schwierigkeiten von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt und der Wunsch nach mehr Barrierefreiheit im Wohnen, in der medizinischen Versorgung und in der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Kathrin Speck ■



Gesprächsrunde zum Thema Teilhabe
Fotos: Paritätischer BV Unterfranken



Christian Pitz berichtete
über seinen schwierigen
Weg ins Arbeitsleben.



Das Team des Paritätischen in Schweinfurt
Foto: Paritätischer

50 Jahre Paritätischer in Schweinfurt

**„Von einer Idee zur Wirklichkeit – Angekommen in der neuen Heimat?
Damals und heute – Wegweisende Begegnungen“**

Unter diesem Motto feierte der Paritätische in Schweinfurt am 11. Oktober 2018 sein 50-jähriges Bestehen. Rund 100 Gäste aus der Politik, von Behörden und Kooperationspartnern, Ehrenamtliche, frühere und heutige Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern waren der Einladung zur Jubiläumsfeier gefolgt.

In ihrer Begrüßung gaben Bezirksvorsitzender Wolfgang Vogt und Geschäftsführerin Kathrin Speck einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Arbeit in Schweinfurt. Begonnen hatte der Paritätische in Schweinfurt im Jahr 1968 mit dem Aufbau von Essen auf Rädern. Der Schwerpunkt der Arbeit lag aber in all den Jahren immer in der Integration und Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund. Viele Jahre lang war der Paritätische in Schweinfurt in der Eingliederung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern aktiv. Heute engagiert er sich in der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer und im Jugendmigrationsdienst für Menschen aus ganz verschiedenen Herkunftsländern.

So lag es nahe, auch bei der Jubiläumsfeier das Thema Migration und Integration in den Mittelpunkt der Veranstaltung zu stellen. Margit Berndl, Vorstand für Verbands- und Sozialpolitik des Paritätischen in Bayern, ging

in ihrem Grußwort auf die Vorstellungen und Forderungen des Paritätischen für eine gelingende Integration ein: „Integration ist kein einseitiger Prozess. Dafür braucht es die Offenheit der Mehrheitsgesellschaft, Geflüchtete in ihrer Mitte aufzunehmen. Das Zusammenleben in Vielfalt braucht den lebendigen Austausch und Orte, wo Menschen die Gelegenheit erhalten, einander zu begegnen und aufeinander zuzugehen.“

In einer Gesprächsrunde erhielten im Anschluss Klientinnen und Klienten der Migrationsberatung Gelegenheit, ihre Geschichten vom Ankommen in Deutschland zu erzählen. Dabei wurden sowohl die Schwierigkeiten deutlich, auf die sie dabei zum Beispiel im Umgang mit Behörden oder bei der Arbeits- und Wohnungssuche stießen, wie auch gelingende Faktoren, die ihnen die Integration erleichterten. Insbesondere die wichtige Funktion einer guten Beratung wurde mehrfach hervorgehoben. Beteiligt an der Gesprächsrunde waren auch der Oberbürgermeister der Stadt Schweinfurt, Sebastian Remelé, und die stellvertretende Landrätin Christine Bender, mit denen Moderator Andreas Selig, Referent für Migration beim Paritätischen in Bayern, über Chancen und Schwierigkeiten bei der Integration diskutierte.

Kathrin Speck ■

Der Paritätische auf dem Würzburger Stadtfest

Mit einem Beitrag zur Jahreskampagne „Mensch du hast Recht“ war der Paritätische auf dem 30. Würzburger Stadtfest am 15. September 2018 vertreten. Bei einem Do-it-yourself-Tisch konnten sich alle Kids und Jugendliche einen Turnbeutel selbst mit Stencil-Schablonen gestalten. Die Aktion kam so gut an, dass sogar schon am frühen Nachmittag Nachschub an Bastelmaterial eingekauft werden musste!



Währenddessen konnten sich alle Interessierten über die Dienste des Paritätischen in Unterfranken, die paritätischen Freiwilligendienste und das 70-jährige Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte informieren. Wir freuen uns über einen gelungenen und schönen Tag auf dem diesjährigen Stadtfest! ■

Fördermittel | Zuschüsse

Förderung neuer Konzepte

Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter (SeLA)

Der Freistaat Bayern fördert die Umsetzung neuer Unterstützungs- und Wohnformen für ältere Menschen. Die kommunalen Seniorenpolitischen Gesamtkonzepte bilden die Basis für neue Verantwortungsgemeinschaften im Sinne von „Sorgenden Gemeinschaften“. Flexible Assistenzleistungen, ambulante Wohn- und Betreuungsformen tragen dem Wunsch älterer Menschen Rechnung, ihr Leben auch im Falle von Hilfebedürftigkeit zu Haus oder zumindest wie zu Hause verbringen zu können.

Unterstützt werden Konzepte für

- bürgerschaftlich engagierte Nachbarschaftshilfen
- betreutes Wohnen zu Hause,
- Quartierskonzepte
- Seniorenhausgemeinschaften
- generationsübergreifende Wohnformen,
- sonstige innovative ambulante Konzepte für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Gefördert werden können z. B. Personal- und Sachkosten bzw. Honorarkosten für eine Koordinationskraft, Moderationskosten, Öffentlichkeitsarbeit oder eine seniorengerechte Ausstattung von Gemeinschaftsräumen. Nur Maßnahmen, die noch nicht begonnen haben, werden bezuschusst.

Förderbetrag: **bis zu 80.000 Euro**

Antragsfristen:

31. Dezember / 31. März / 30. Juni / 30. September eines Jahres

Mehr Informationen:

<https://www.stmas.bayern.de/wohnen-im-alter/index.php>

Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales



„360° Pflege“

Robert Bosch Stiftung fördert Qualifikationsmix in der Pflege

Von 2016 bis 2018 haben Vertreter der professionellen Pflege Modelle für einen Qualifikationsmix in den verschiedenen Versorgungsbereichen erarbeitet. Die Ergebnisse können auf der Homepage www.qualifikationsmix-pflege.de eingesehen werden.

Qualifikationsmix bedeutet hier, dass in einem Versorgungsteam systematisch Pflegefachpersonen mit verschiedenen Abschlüssen, die zu einem Pflegeberuf befähigen, zusammengestellt und dann bedarfs- und kompetenzgerecht in der Versorgung tätig werden.

Das Ziel ist die Lebensqualität und Sicherheit der Menschen mit Unterstützungsbedarf zu erhöhen. Gleichzeitig ist es notwendig angesichts des Fachkräftemangels neue und attraktive Karriereverläufe zu ermöglichen.

Die Robert Bosch Stiftung möchte mit der Förderung die Umsetzung des Qualifikationsmix in der Praxis demonstrieren und vorantreiben. Dazu sollen in allen Versorgungsbereichen vorbildliche Projekte und konkrete Lösungsansätze unterstützt werden. Die Ausschreibung rich-

tet sich an Einrichtungen, die in der Gesundheitsversorgung tätig sind, wie ambulante Pflegedienste, stationäre Langzeitpflege, Krankenhäuser oder Rehakliniken. Gefragt sind Konzepte, die die Umsetzung der Modelle von „360° Pflege – Qualifikationsmix für den Patienten“ umfänglich vorsieht. Dazu gehören die Einbeziehung akademisch qualifizierter Pflegefachpersonen, eine nachhaltige Personalentwicklung, die Gestaltung interprofessioneller Kooperation und die Verstärkung des Qualifikationsmix in der Einrichtung.

Förderbetrag: **bis zu 100.000 Euro**

Antragsfrist: **15. Dezember 2018**

Mehr Informationen:

<https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/360deg-pflege-qualifikationsmix-fuer-den-patienten>



Renate Kretschmer ■

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder



Bellevue di Monaco eG Gemeinnützige Sozialgenossenschaft

Müllerstr. 2
80469 München
Tel.: 089 55057750
Fax: 089 55057756
info@bellevuedimonaco.de
www.bellevuedimonaco.de

Das Bellevue di Monaco ist ein neugegründetes Wohn- und Kulturzentrum für Geflüchtete und interessierte Münchnerinnen und Münchner im Glockenbackviertel, im Zentrum der Stadt. Zusammen mit vielen Freiwilligen wurde das Gebäude saniert. Hier werden jetzt auf fünf Etagen junge geflüchtete Menschen nach der Betreuung durch die Jugendhilfe in ein selbständiges Leben begleitet.

Weitere Angebote der Sozialgenossenschaft sind u.a. die Migrationsberatung, eine Sprachwerksatt, ein Frauencafé, eine Rad- und Nähwerkstatt und das offenes Café mit vielen Kulturveranstaltungen. Der Cafébetrieb wird gemeinsam mit Flüchtlingen organisiert.

Gehörlosenverein Memmingen und Umland e.V.

Herrn Robert Albrecht (1. Vorsitzender)
Liegnitzer Str. 8
87616 Marktoberdorf
Fax: 08342 8959252
romacada@t-online.de

Der Gehörlosenverein Memmingen und Umland e.V. engagiert sich in der Selbsthilfe und unterstützt Betroffene und deren Angehörige in allen Lebenslagen. Der Verein vertritt die Interessen von Menschen mit Behinderung gegenüber Krankenkassen und sonstigen Gremien. Außerdem werden aufsuchende Dienste organisiert, Begegnungstreffen und Informationsveranstaltungen. Der Verein hat sich das Ziel gesetzt, ein Netzwerk zur Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in diesem Bereich aufzubauen.

Nachbarschaftliche Unterstützung und Zeitvorsorge NUZ e.V.

Im Lus 16
87459 Pfronten
Tel.: 08363 8066
info@nuz-pfronten.de
www.nuz-pfronten.de

Der Verein Nachbarschaftliche Unterstützung und Zeitvorsorge NUZ e.V. fördert das soziale und kulturelle Miteinander und organisiert Dienstleistungen als eine Art Generationenvertrag. Aktive Mitglieder machen es sich zur Aufgabe, in den sozialen, kulturellen und lebenspraktischen Bereichen Menschen zu unterstützen und zu einem späteren Zeitpunkt die eingebrachte Zeit als Gegenleistung in Anspruch zu nehmen. Zur Koordination dieser Dienstleistungen steht dem Verein eine Geschäftsstelle in Pfronten zur Verfügung.



Helfende Hand International – HeHani e.V.

Rietenbühlstr. 10
90455 Nürnberg
Postadresse:
Fürther Str. 194
90429 Nürnberg
Tel.: 0911 50739242
info@hehani.de

Helfende Hand International – HeHani e.V. bietet Beratung und Unterstützung für Familien mit Migrationshintergrund, insbesondere für zu Hause pflegende Angehörige, aber auch Schulung und Begleitung von Ehrenamtlichen, die als Sprach- und Kulturvermittler in den Haushalten tätig sind. Der Verein engagiert sich für die Integration von älteren Menschen durch Gesundheitskurse wie „Gesund leben“, Ausflüge und Sprachkurse für Analphabeten mit Vermittlung von Alltagswissen.



Eröffnungsfeier HeHani e.V.



Serlo Education e.V.

Daiser Str. 15
81371 München
Tel.: 089 35856942
de@serlo.org
www.serlo.org

Serlo e.V. gestaltet Konzepte für Bildungsprozesse in Schulen, um insbesondere benachteiligte Kinder zu fördern. Ziel ist es, Bildung demokratischer und partizipativer zu gestalten und Kinder in ihrer Selbstbestimmtheit zu unterstützen. Auf einer digitalen Plattform, die nach dem Prinzip von Wikipedia arbeitet, werden kostenlose Lernprogramme in den MINT-Fächern zur Verfügung gestellt und mit audio-visuellen Lernprogrammen für Analphabeten ergänzt. Die Serlo Lab School bietet zusätzlich an acht Münchner Schulen Lernbegleitung für Lehrkräfte und Schüler. Die Angebote werden monatlich von ca. 800.000 Nutzerinnen und Nutzern aufgerufen und eingesetzt.

Solidarni e.V.



Solidarni e.V.

Westendstr. 68
80339 München
Tel.: 0176 22063325
Fax: 089 394260
info@solidarni.de
www.solidarni.de

Der deutsch-polnische Verein Solidarni e.V. hat das Ziel, Migrantinnen und Migranten zu unterstützen. Als Treffpunkt verschiedener Kulturen bietet die Initiative Hilfe und Orientierung für alle Neuankömmlinge. Sie setzt auf den gegenseitigen Erfahrungsaustausch ihrer Mitglieder, um ihnen bei der Überwindung von sozialen Problemen zu helfen. Zahlreiche Kultur- und Informationsveranstaltungen bereichern das Vereinsleben. Seit der Vereinsgründung hat es bereits viele Kurse und Beratungen für Hilfesuchende gegeben. Die meisten Angebote werden durch das Engagement von Ehrenamtlichen geleistet.

Gertrud Wimmer ■

Perspektive Hans-Schüller-Schulen e.V.

Königshofstr. 3
96103 Hallstadt
Tel.: 0951 974010
Fax: 0951 9740129
fajung@arcor.de

Der Verein Perspektive Hans-Schüller-Schulen e.V. ist ein Förderverein zur Unterstützung der Hans-Schüller-Grund- und Mittelschulen in Hallstadt. Eltern und Lehrkräfte organisieren Aktionen und Projekte für die Schüler, u.a. die Durchführung von gebundenen Ganztagsklassen im Bereich von Übergangsklassen. Ziel des Projekts ist es, den Schülerinnen und Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache im schulpflichtigen Alter durch den Besuch von Übergangsklassen den Quereinstieg in das bayerische Bildungssystem zu ermöglichen. Der Förderverein sichert auch den Betrieb der Schulküche ab und arbeitet mit weiteren Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in der Region zusammen.

Die Leistungen und Dienste des Paritätischen für seine Mitgliedsorganisationen

Leistungen

Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege sieht der Paritätische in Bayern seine Aufgabe in der fachlichen Information, Beratung und Vernetzung seiner Mitglieder sowie der sozialpolitischen Interessenvertretung und Mitgestaltung. Zur Umsetzung dieser Aufgaben dienen individuelle Beratungsgespräche, Gremien- und Fachgruppenarbeit sowie zahlreiche Publikationen. Hierfür greifen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Kenntnisse zurück, die sie durch die Einbindung in die überörtlichen Aufgaben des Verbandes inklusive seiner Vernetzung mit der Bundesebene erwerben.

Information und Beratung

Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei Fragestellungen

- zu Konzepten
- zu Träger- und Projektstruktur
- zu betriebswirtschaftlicher Führung sozialer Einrichtungen und Dienste
- Personalwesen
- zum Vereins-, Gemeinnützigkeits- und Steuerrecht
- zu Versicherungen und Haftungsfragen

Unterstützung bei der Finanzierung

- Fördermittel
- Zuschüsse
- Leistungsverträge
- Stiftungsmittel
- Beratung bei Antragsstellung und Verwendungsnachweis
- im Rahmen von Haus- und Straßensammlungen

Unterstützung von Mitgliedsorganisationen bei Verhandlungen

- mit Kostenträgern
- mit politischen Vertreterinnen und Vertretern
- mit der Verwaltung

Regelmäßig erscheinende Publikationen

- Themenheft
- Fachinformationsdienst
- Newsletter

Unregelmäßig erscheinende Publikationen

- Rundschreiben (der Fachbereiche)
- Broschüren mit Fachinformationen
- Broschüren zu sozialpolitischen Positionen
- Arbeitshilfen aus den Fachbereichen

Vernetzung

- zwischen den Mitgliedsorganisationen auf regionaler und überregionaler Ebene
- mit anderen Interessengruppen und Verbänden (z.B. Freie Wohlfahrtspflege, Selbsthilfe)

Sozialpolitische Interessenvertretung und Mitgestaltung auf regionaler und landesweiter Ebene

- Positionierung des Verbandes in der öffentlichen Diskussion
- Mitwirkung in Gremien der öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege
- Vertretung in Arbeitsgruppen von Behörden und Ministerien
- Vertretung in parlamentarischen Ausschüssen und Kommissionen
- Vertretung in weiteren sozialpolitischen Zusammenhängen (z.B. Arbeitsagenturen, Sozialversicherungsträger)

Weitere Leistungen

Freiwilligendienste

Der Paritätische als größter Träger des FSJ in Bayern vermittelt im gesamten Freistaat Teilnehmende am FSJ an Einsatzstellen seiner Mitgliedsorganisationen und anderer Träger. Seit 1. Juli 2011 bietet der Paritätische in Bayern den Bundesfreiwilligendienst an. Der Paritätische vermittelt Freiwillige in Dienststellen der Mitgliedsorganisationen.

Fort- und Weiterbildung

Der Paritätische in Bayern führt für seine Mitgliedsorganisationen sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksverbandsebene zahlreiche Fachtagungen und Informationsveranstaltungen durch. Über die Paritätische Akademie Süd können Mitgliedsorganisationen eine breite Palette an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen zu äußerst günstigen Konditionen besuchen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen in Bayern erhalten für die Angebote der Akademie eine Ermäßigung auf den Teilnahmebetrag von etwa 20 Prozent.

Günstig wirtschaften

Der Paritätische hat mit zahlreichen Herstellern von Produkten und Anbietern von Dienstleistungen günstige Verträge ausgehandelt. Davon profitieren vor allem die Mitgliedsorganisationen, unter anderem durch:

- Rahmenverträge
- UNION-Versicherungsdienst
- Bank für Sozialwirtschaft
- PariSERVE

Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit

- Gemeinsame Durchführung von Veranstaltungen
- Bereitstellung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen (soweit möglich)
- Bereitstellung von paritätischem Informationsmaterial
- Gemeinsame Pressemeldungen

Kontakt

Erste Anlaufstelle für unsere Mitgliedsorganisationen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bezirksverbänden

Paritätischer Wohlfahrtsverband Bezirksverband Mittelfranken

Christiane Paulus
Geschäftsführung, Ansprechpartnerin Altenhilfe
Peter Mack, Fachberatung Kinder- und Jugendhilfe, Familie und Frauen
Ilona Busch-Heuer, Sachbearbeitung Lotterie- und Stiftungsmittel
Petra Gemeinholzer, Sachbearbeitung Zuschuss und Öffentlichkeitsarbeit
Melanie Hofmann, Fachberatung Behindertenhilfe, Psychiatrie/Sucht, Entgelte SGB XII
Spitalgasse 3, 90403 Nürnberg
Tel. 0911 / 205 65 - 0, Fax 0911 / 205 65 - 413
mittelfranken@paritaet-bayern.de
www.mittelfranken.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Niederbayern | Oberpfalz

Andrea Ziegler, Geschäftsführung
Margot Murr, KISS-Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe
Maria Simon, Leiterin der Freiwilligen Agentur Regensburg
Silvia Frenzel, Projektmitarbeiterin Kinder- und Jugendhilfe
Landshuter Straße 19, 93047 Regensburg
Tel. 0941 / 59 93 88 - 0, Fax 0941 / 59 93 88 - 666
niederbayern.oberpfalz@paritaet-bayern.de
www.niederbayern-oberpfalz.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Oberbayern

Karin Majewski, Geschäftsführung
Claudia Holtkamp, Angela Küster, „Fachberatung Behindertenhilfe und Entgelte SGB XII“
Elsbeth Hülsmann, Fachberatung Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Frauen
Luca Schimmel, Fachberatung Zuschusswesen, Stiftungen
Grit Schneider, Fachberatung Nachbarschaftshilfen, ambulante Dienste
Davor Stubican, Fachberatung Psychiatrie und Sucht
Charles-de-Gaulle-Straße 4, 81737 München
Tel. 089 / 30611 - 0, Fax 089 / 30611 - 125
oberbayern@paritaet-bayern.de
www.oberbayern.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Oberfranken

Irene von der Weth, Geschäftsführung
Leibnizstraße 6, 95447 Bayreuth
Tel. 0921 / 9900 873 32, Fax 0921 / 99 00 873-43
oberfranken@paritaet-bayern.de
www.oberfranken.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Schwaben

Walter Wüst, Geschäftsführung
Angela Brück, Überregionale Offene Behindertenarbeit (OBA) in Bayern
Sterzinger Straße 3, 86165 Augsburg
Tel. 0821 / 241 94 - 0, Fax 0821 / 241 94 - 99
schwaben@paritaet-bayern.de
www.schwaben.paritaet-bayern.de

Bezirksverband Unterfranken

Kathrin Speck, Geschäftsführung
Münzstraße 1, 97070 Würzburg
Tel. 0931 / 354 01 - 0, Fax 0931 / 354 01 - 11
unterfranken@paritaet-bayern.de
www.unterfranken.paritaet-bayern.de

Referentinnen und Referenten auf Landesebene:

Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Bayern e.V.

Charles-de-Gaulle-Straße 4, 81737 München
Tel. 089 / 306 11 - 0 · Fax 089 / 306 11 - 111

www.paritaet-bayern.de

Altenhilfe

Tel. 089 / 306 11 - 127
Tel. 089 / 306 11 - 138

Lydia Hoppert, Antje Muhl
lydia.hoppert@paritaet-bayern.de
antje.muhl@paritaet-bayern.de

Bürgerschaftl. Engagement

Tel. 089 / 306 11 - 145

Monika Nitsche
monika.nitsche@paritaet-bayern.de

Frauen / Familie

Tel. 089 / 306 11 - 191

Antje Krüger
antje.krueger@paritaet-bayern.de

Freiwilligendienste

Tel. 089 / 306 11 - 139

Dr. Annette Firsching, Leitung
annette.firsching@paritaet-bayern.de

Kinder/Jugend/Bildung

Tel. 089 / 306 11 - 117

Dr. Melanie Mönnich
melanie.moennich@paritaet-bayern.de

Migration (Koordination)

Tel. 0931 / 354 01 - 17

Andreas Selig
andreas.selig@paritaet-bayern.de

Mitgliederverwaltung

Tel. 089 / 306 11 - 240

Gertrud Wimmer
gertrud.wimmer@paritaet-bayern.de

Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 089 / 306 11 - 137

Susann Engert, Alix Veh
susann.engert@paritaet-bayern.de
alix.veh@paritaet-bayern.de

Psychiatrie und Suchthilfe

Tel. 089 / 306 11 - 230

Davor Stubican
davor.stubican@paritaet-bayern.de

Teilhabe von Menschen

mit Behinderung

Tel. 089 / 306 11 - 210

Klaus Lerch, Jan Gerspach
klaus.lerch@paritaet-bayern.de
jan.gerspach@paritaet-bayern.de

Zuschüsse / Fördermittel

Tel. 089 / 306 11 - 134

Renate Kretschmer
renate.kretschmer@paritaet-bayern.de

Impressum

Herausgeber

Paritätischer
Wohlfahrtsverband,
Landesverband Bayern e.V.
Charles-de-Gaulle-Straße 4,
81737 München
magazin@paritaet-bayern.de
www.paritaet-bayern.de

Verantwortlich

Margit Berndl, Vorstand
Verbands- und Sozialpolitik

Redaktion

Susann Engert
Antje Krüger

Gestaltung

www.84ghz.de, München

Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung.

Anzeige



UNION
Versicherungsdienst
GmbH

**IHR
PARTNER FÜR
ALLE FÄLLE**

UNION Versicherungsdienst GmbH · Klingenbergstraße 4 · 32758 Detmold

**TRAGFÄHIGE ABSICHERUNGS-
KONZEPTE VOM PROFI**

Sie suchen bedarfsgerechten und nachhaltigen Versicherungsschutz?

Als Ihr kompetenter und erfahrener Partner in Fragen der Absicherung finden wir die Lösung, die perfekt auf Ihre Risiken zugeschnitten ist.

**Partner des Paritätischen in Bayern
für Versicherungs- und Vorsorgelösungen**

- ✓ Versicherungskonzepte
- ✓ Schadenmanagement
- ✓ Risikostrategien

Telefon +49 (0) 5231 603-0 · www.union-paritaet.de

© Iseggagne - iStockphoto, © vuk8691 - iStockphoto

Wir verbindet,
Wir stärkt,
Wir hilft.

Machen Sie mit und werden Sie
vom **18.–26. Mai 2019** Teil der
Aktionswoche Selbsthilfe 2019.

Diskussionen, tolle Aktionen
und vieles mehr erwarten
Sie bei uns.

Wir macht mit – Und Sie?

www.wir-hilft.de



Aktionswoche
Selbsthilfe 2019